

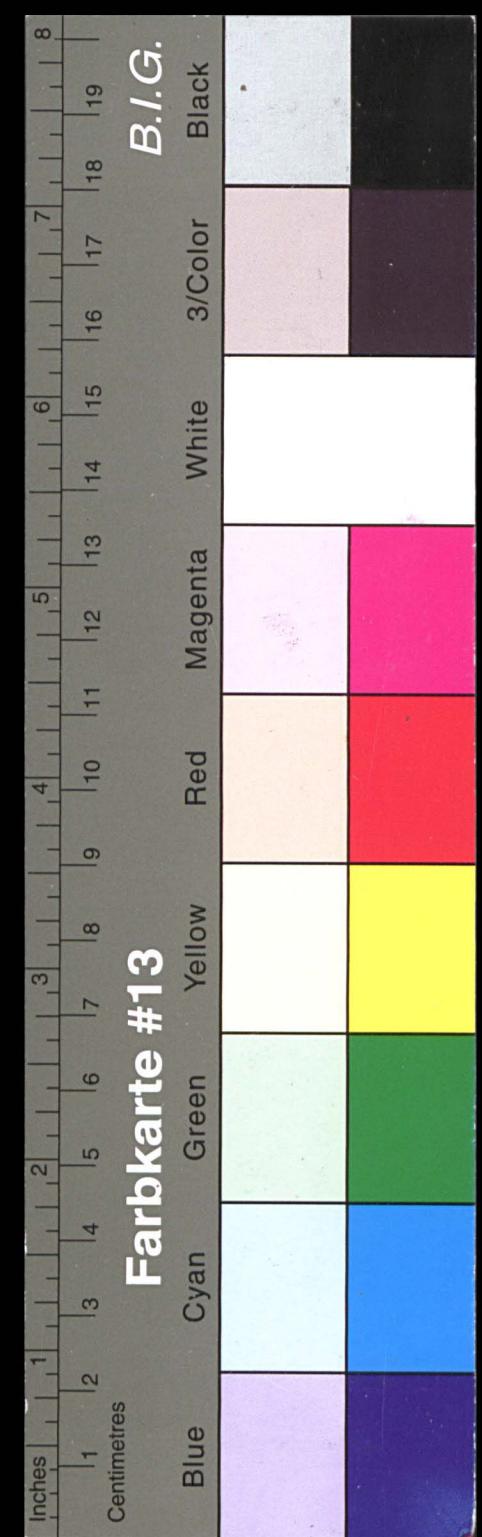
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

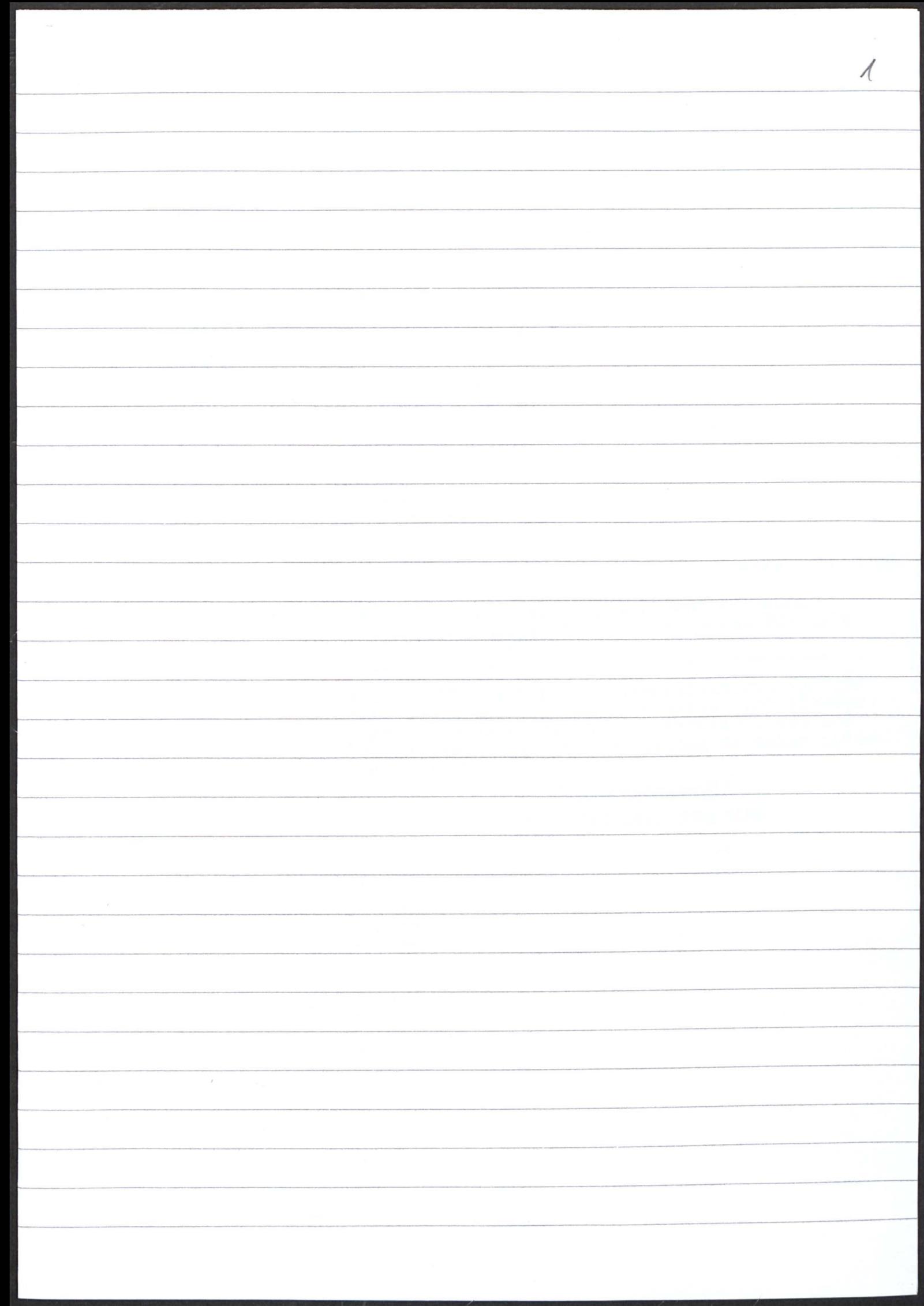
Bestand E103

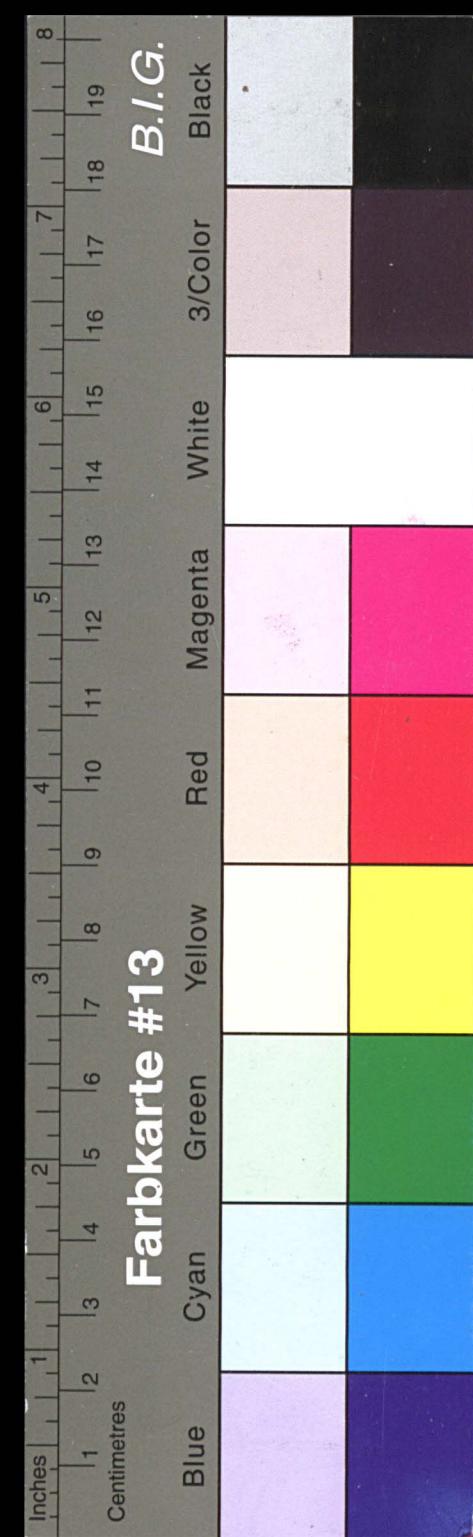
332



Kreisarchiv Stormarn E103

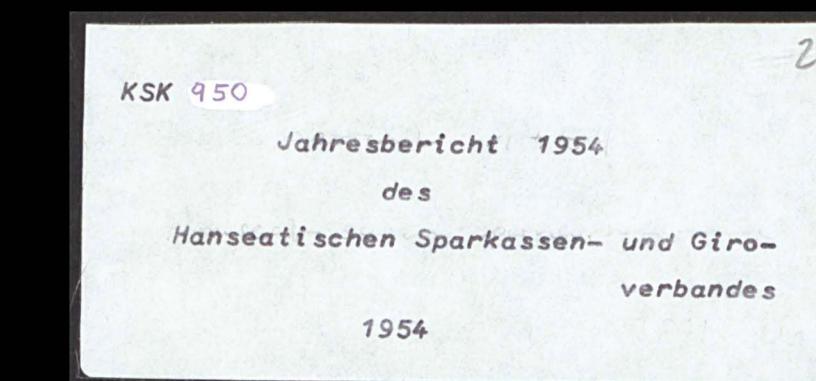
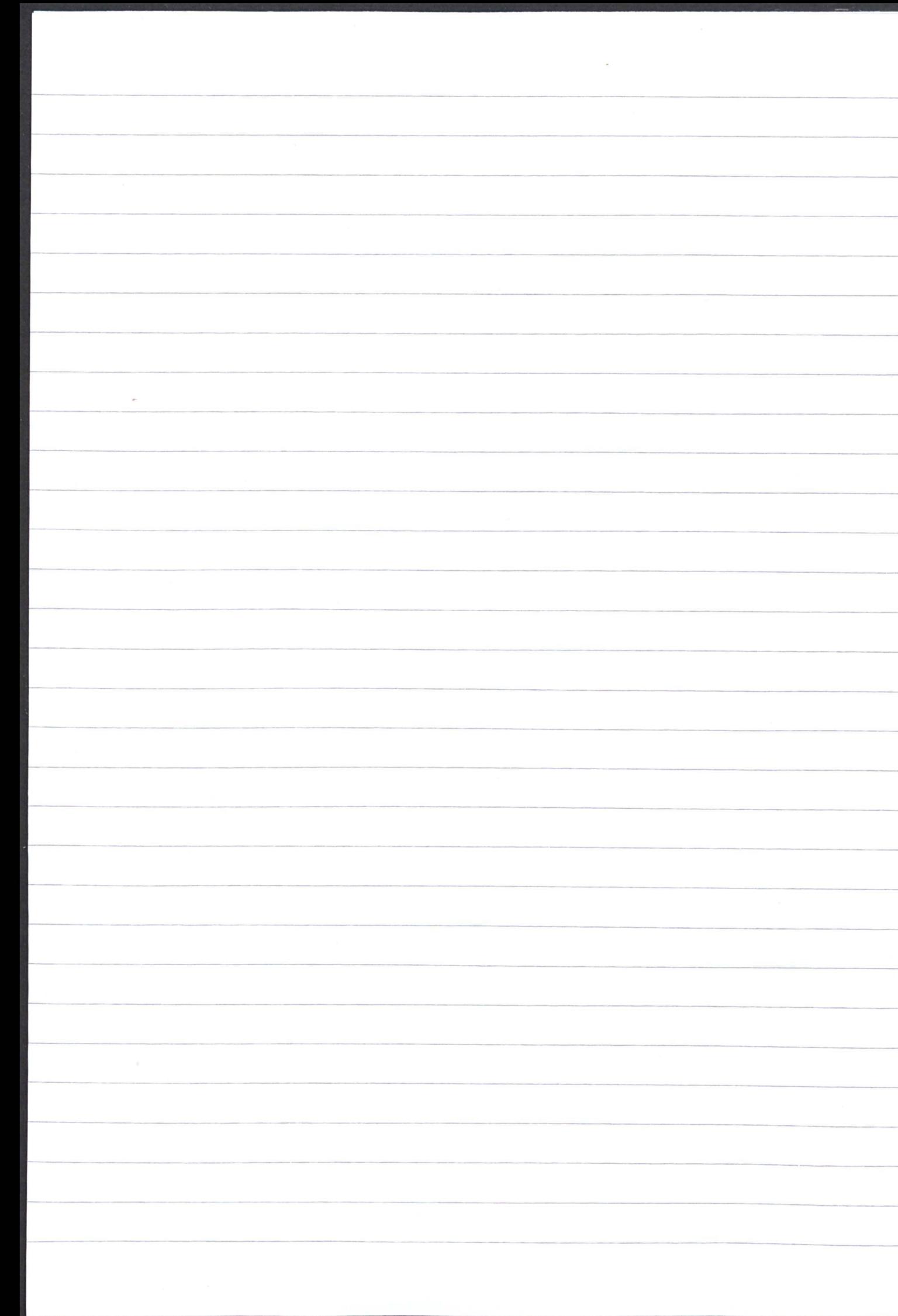
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

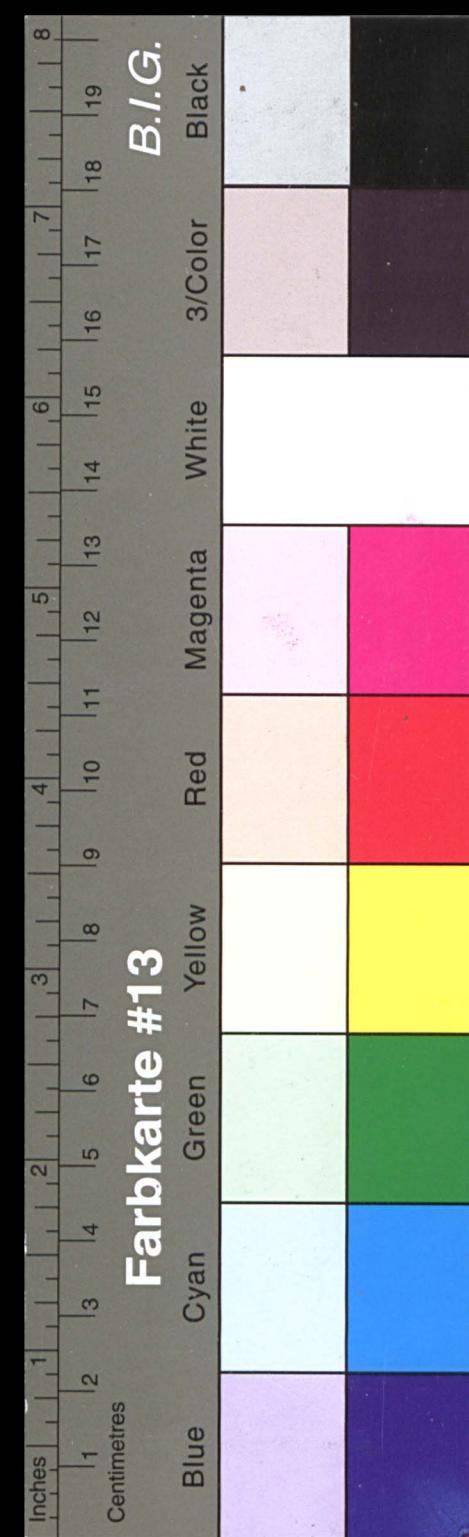




Kreisarchiv Stormarn E103

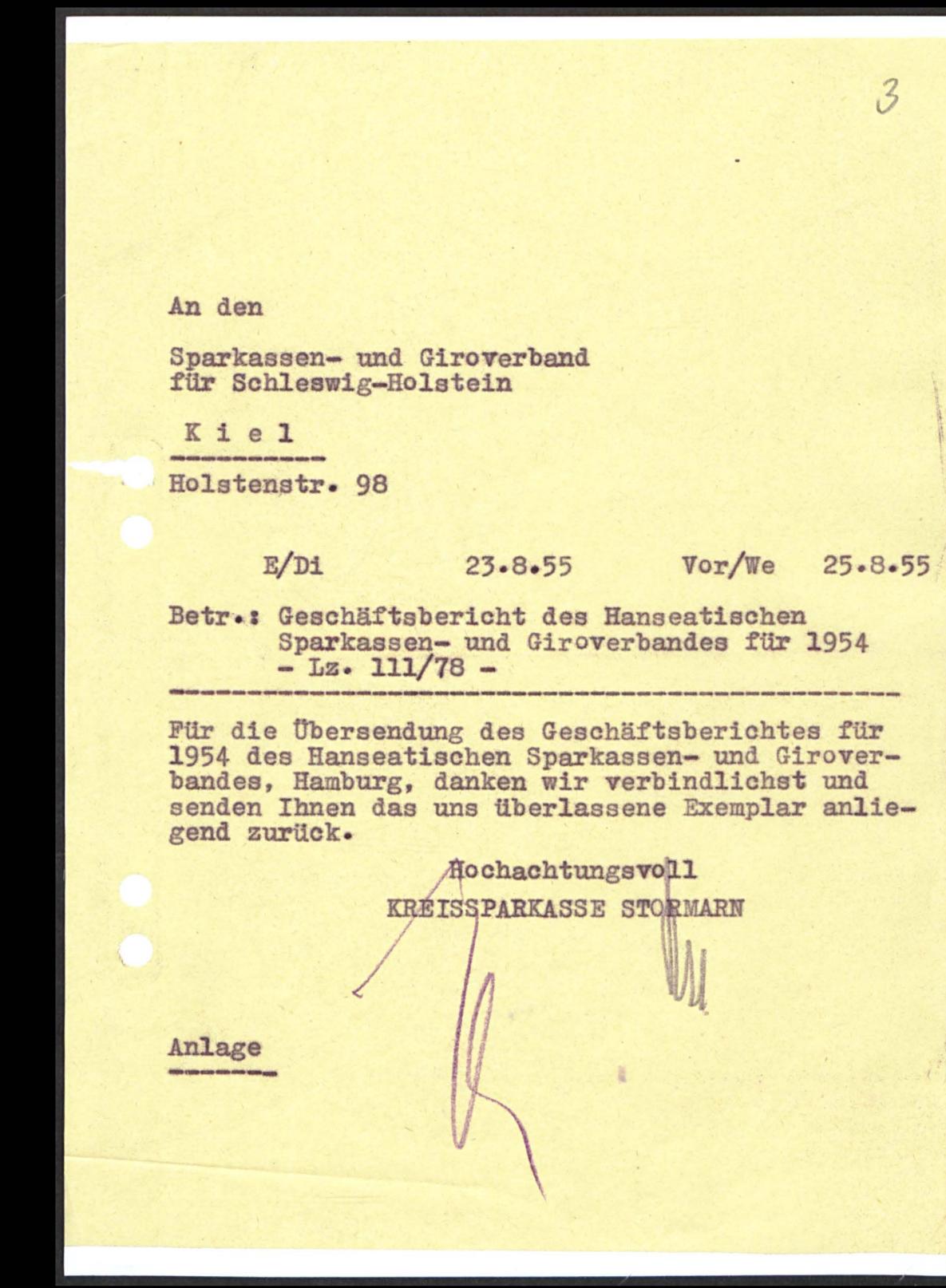
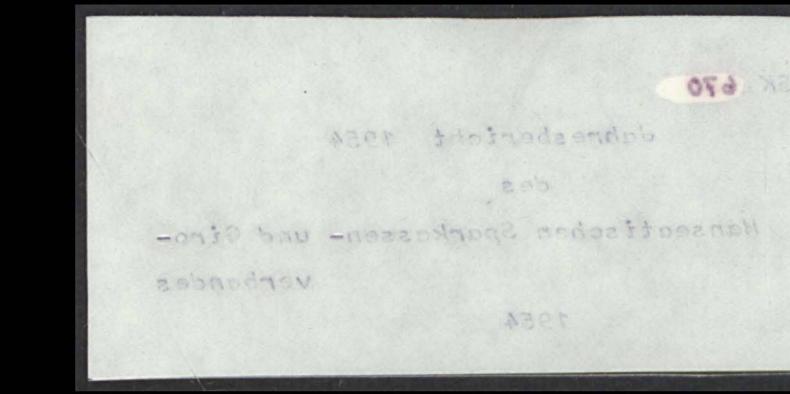
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

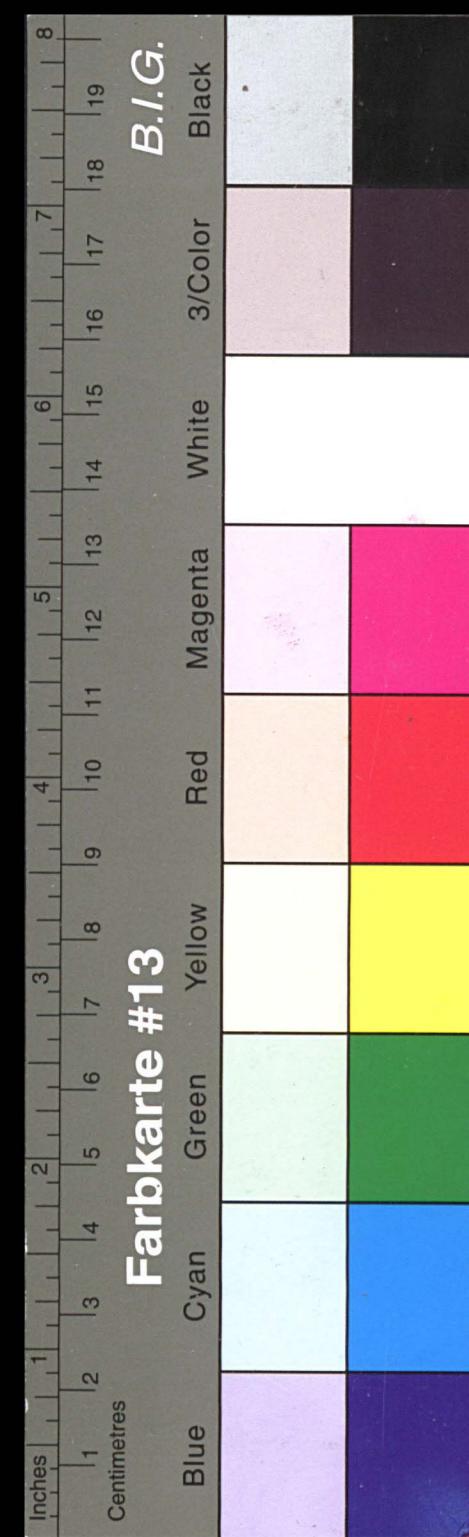




Kreisarchiv Stormarn E103

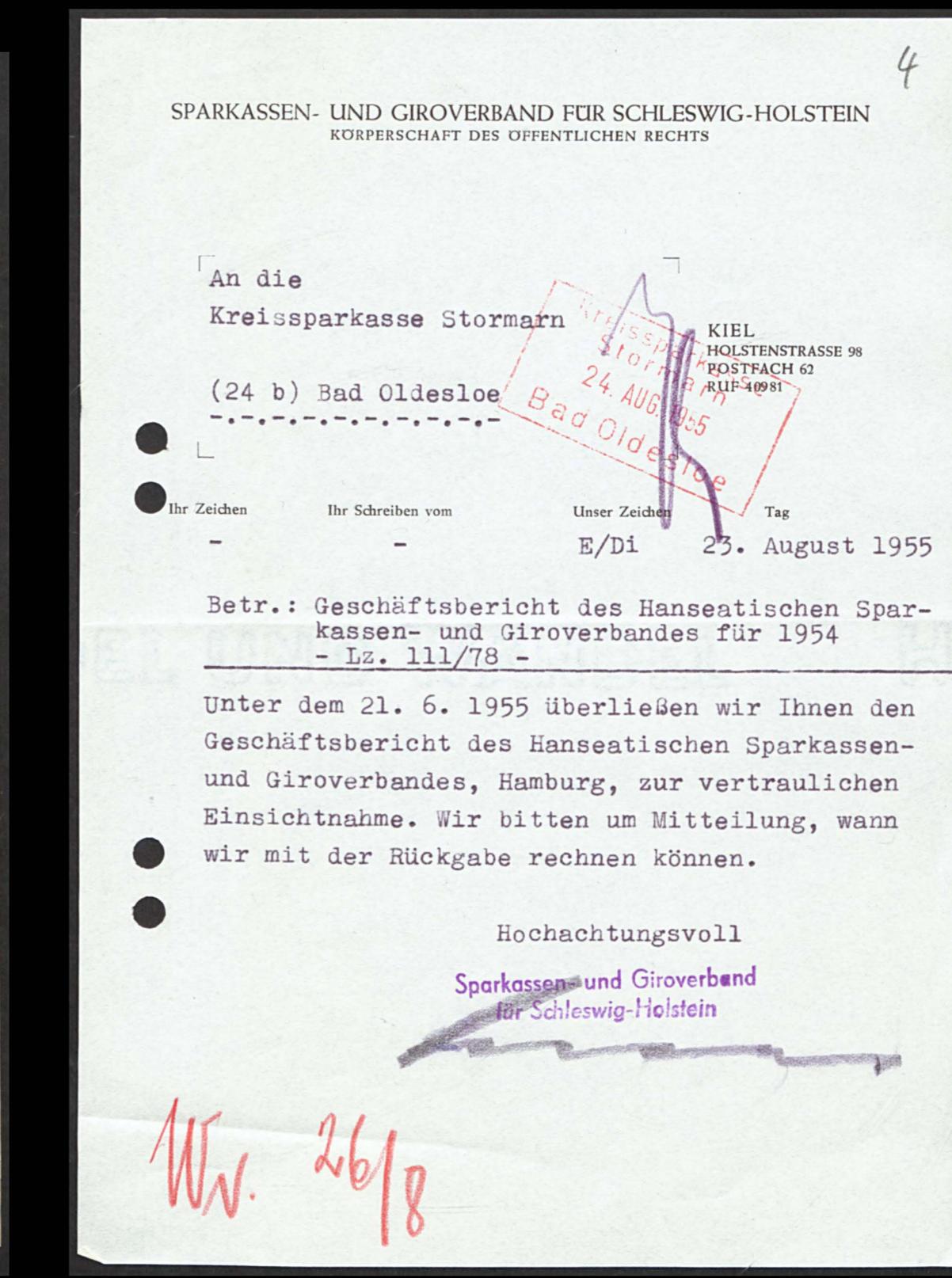
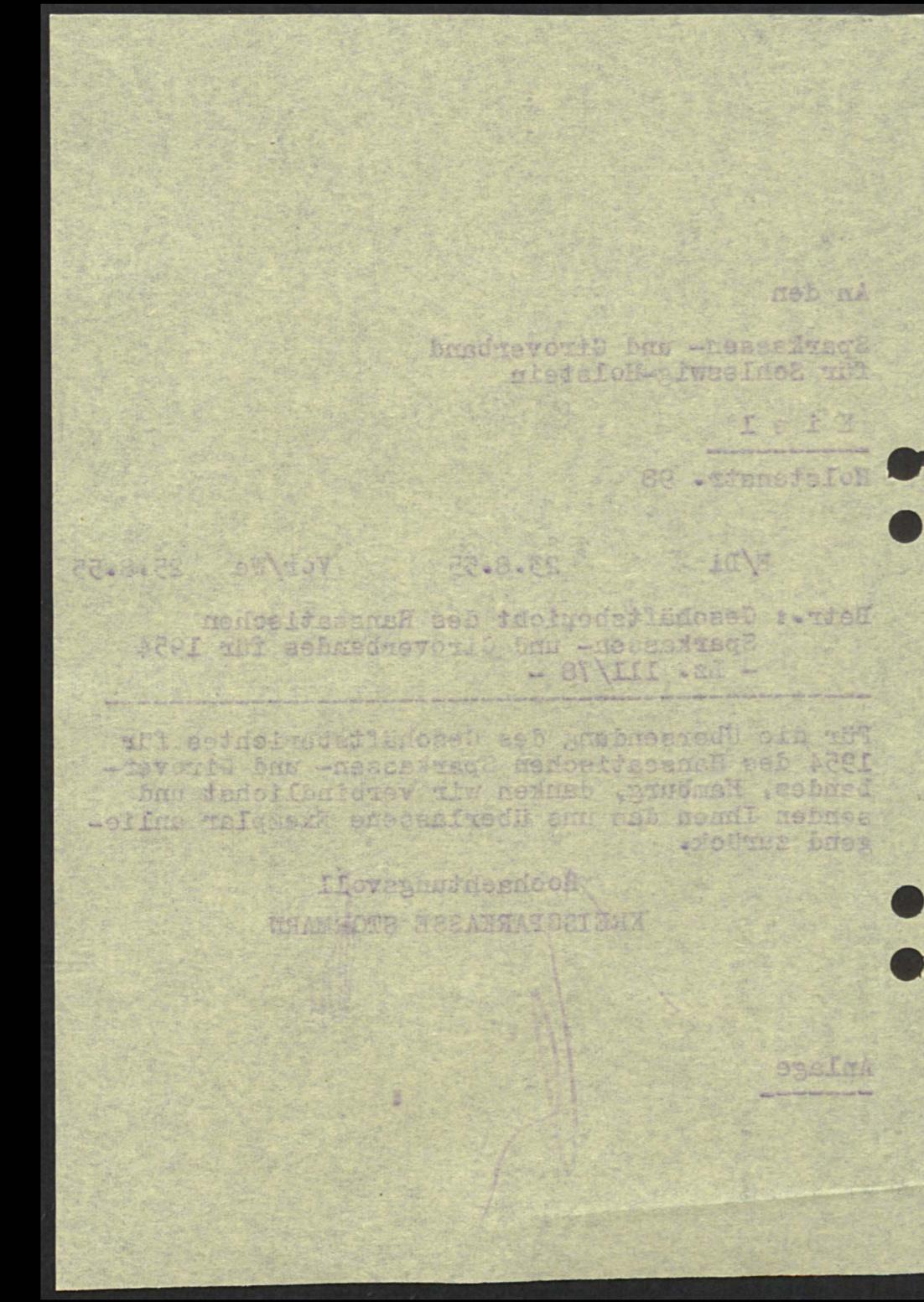
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

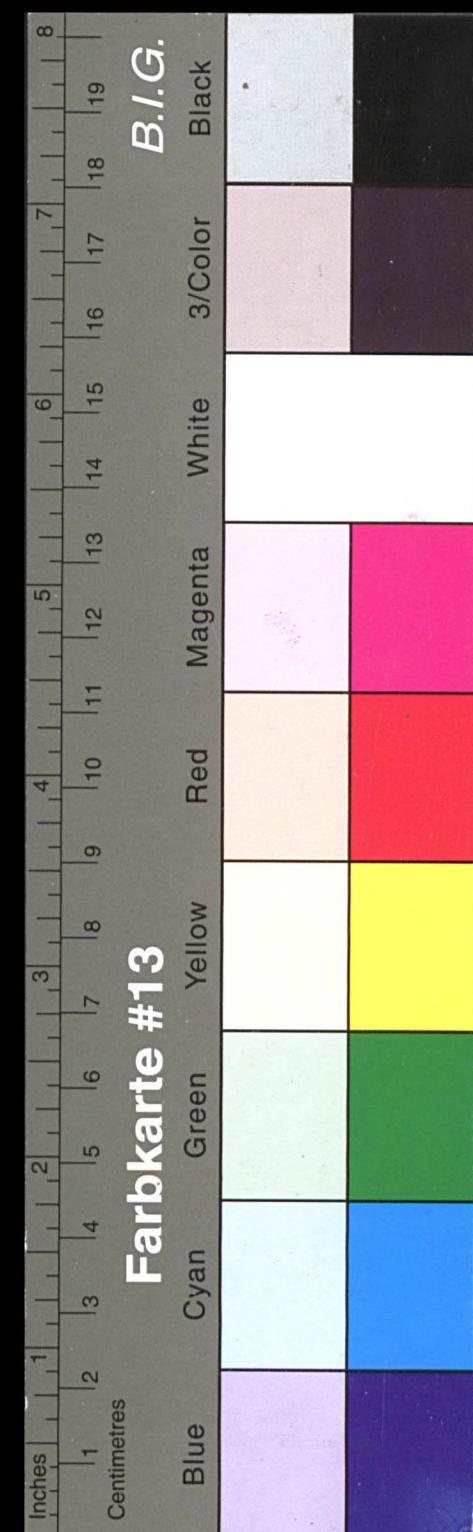




Kreisarchiv Stormarn E103

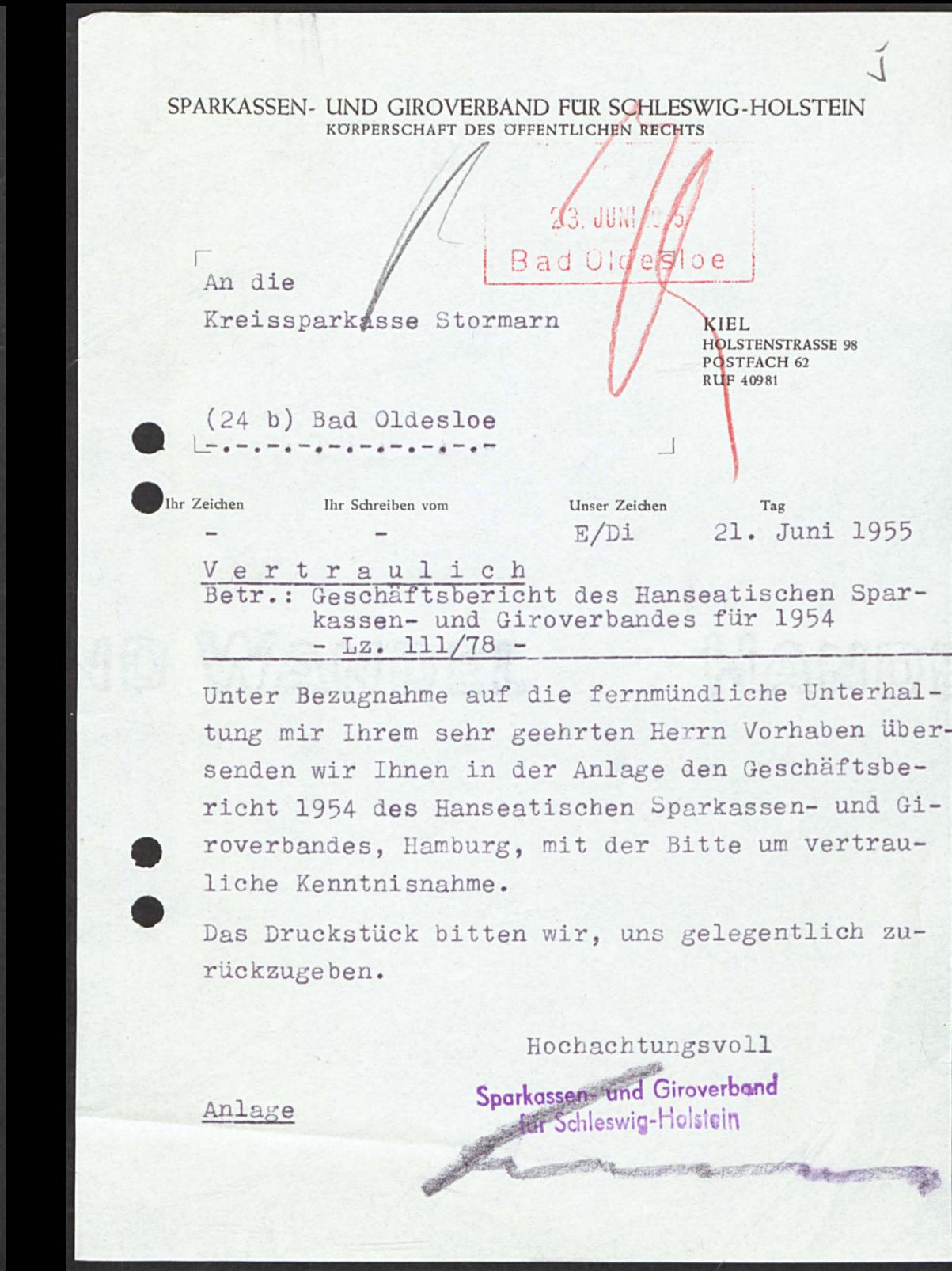
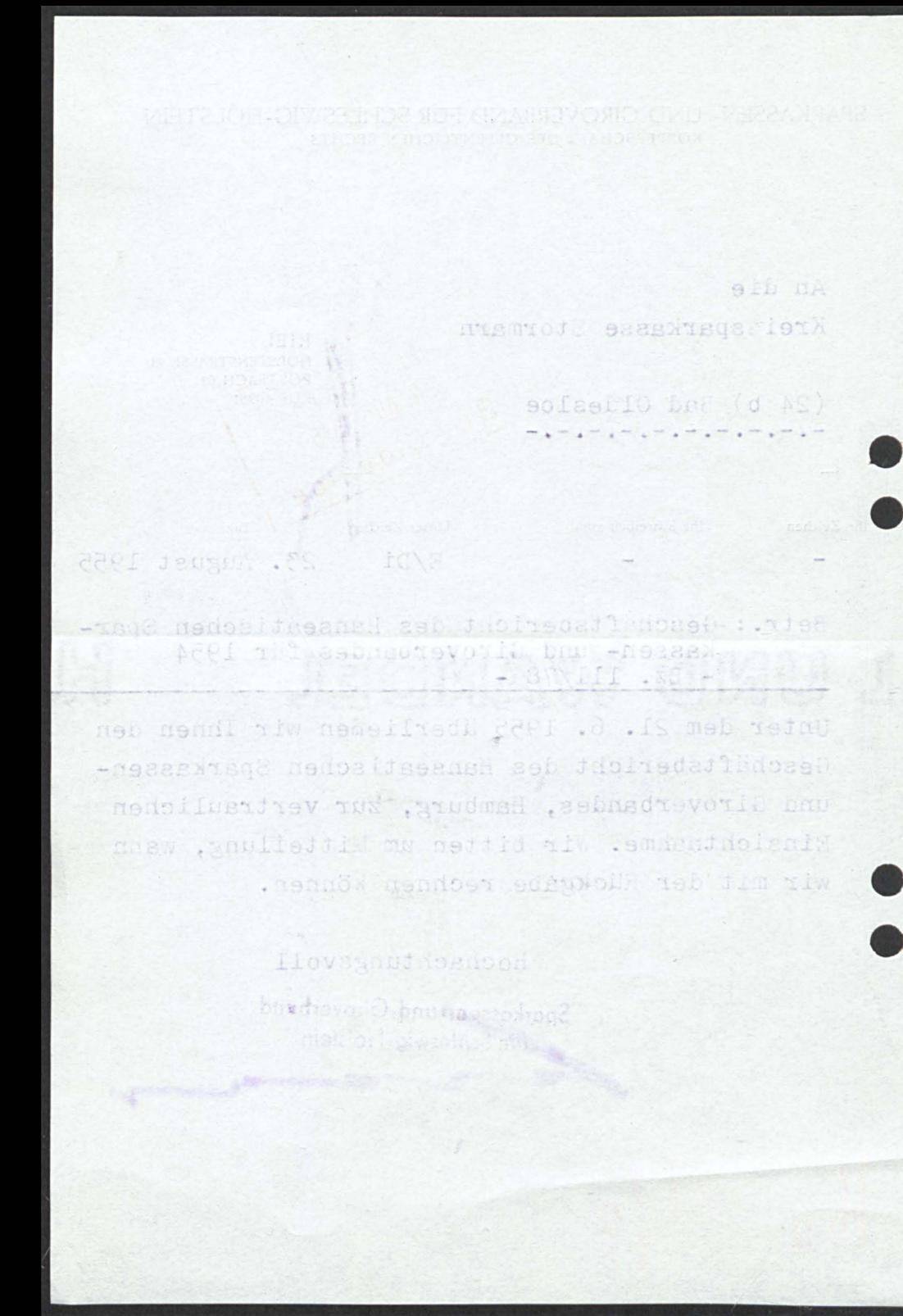
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

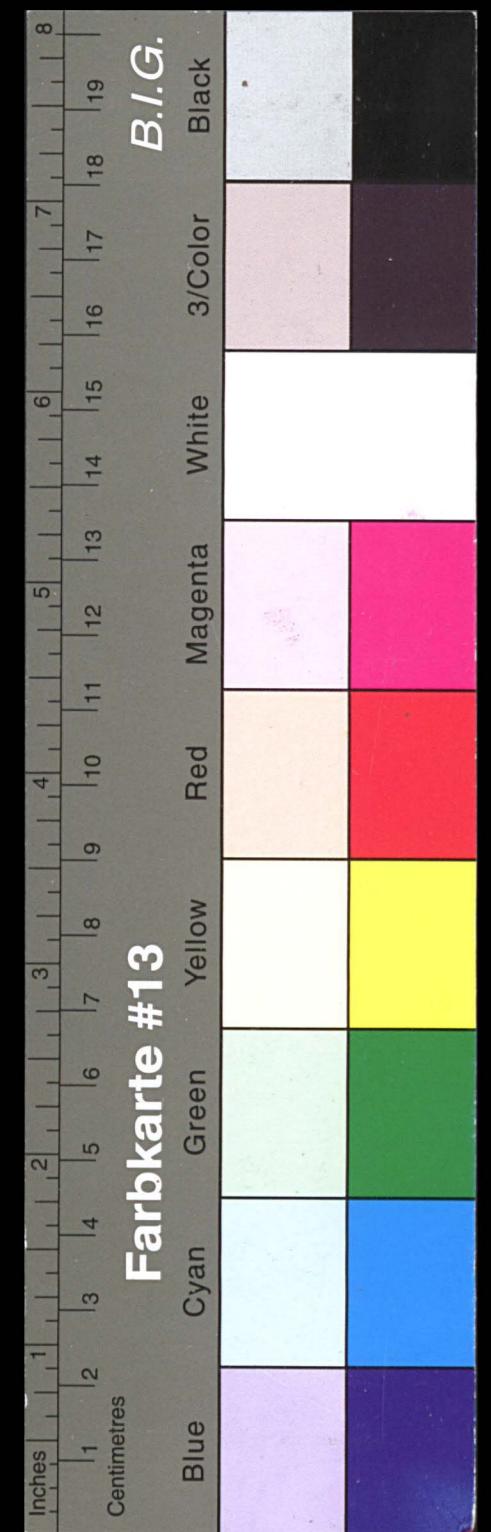




Kreisarchiv Stormarn E103

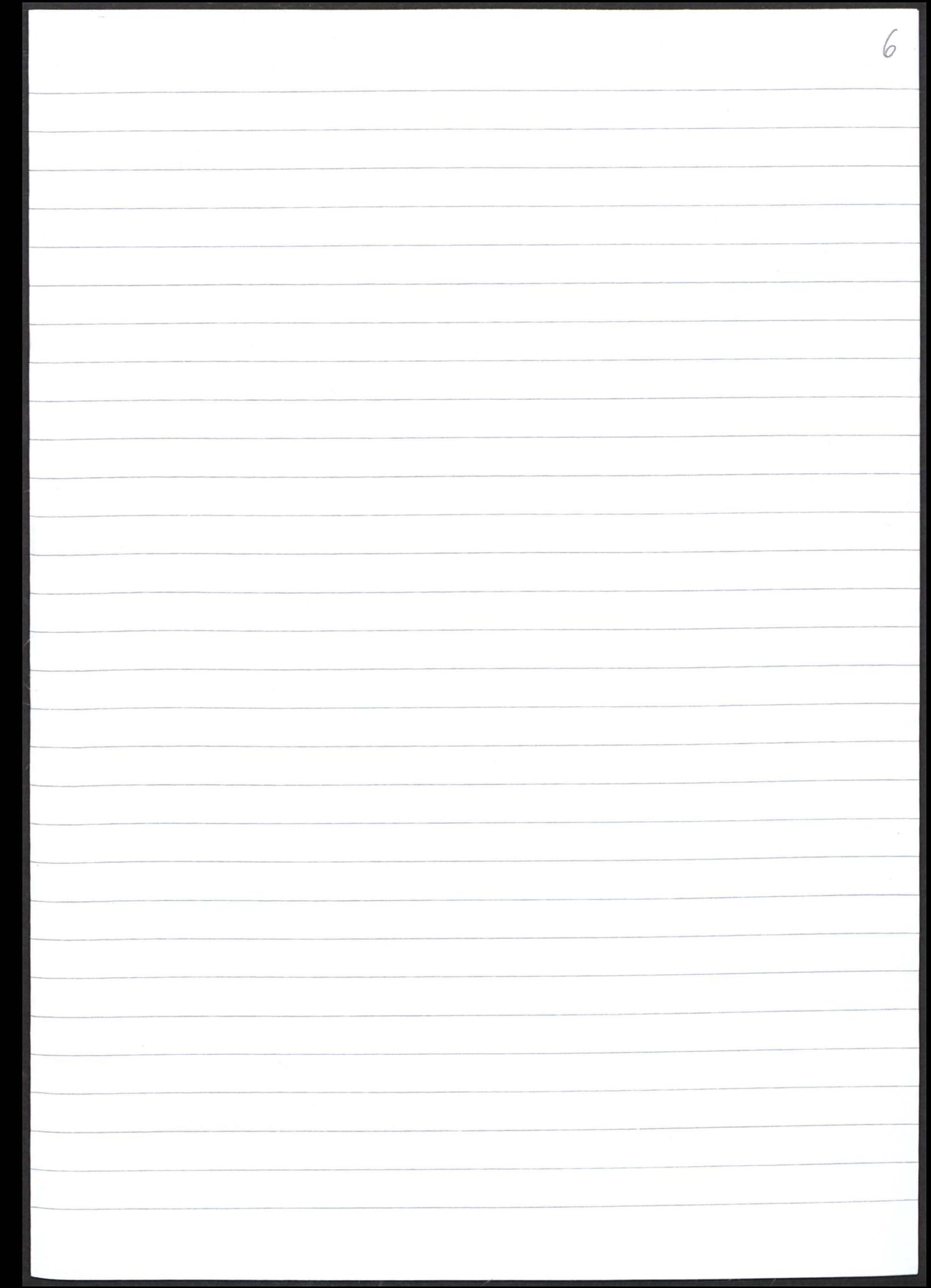
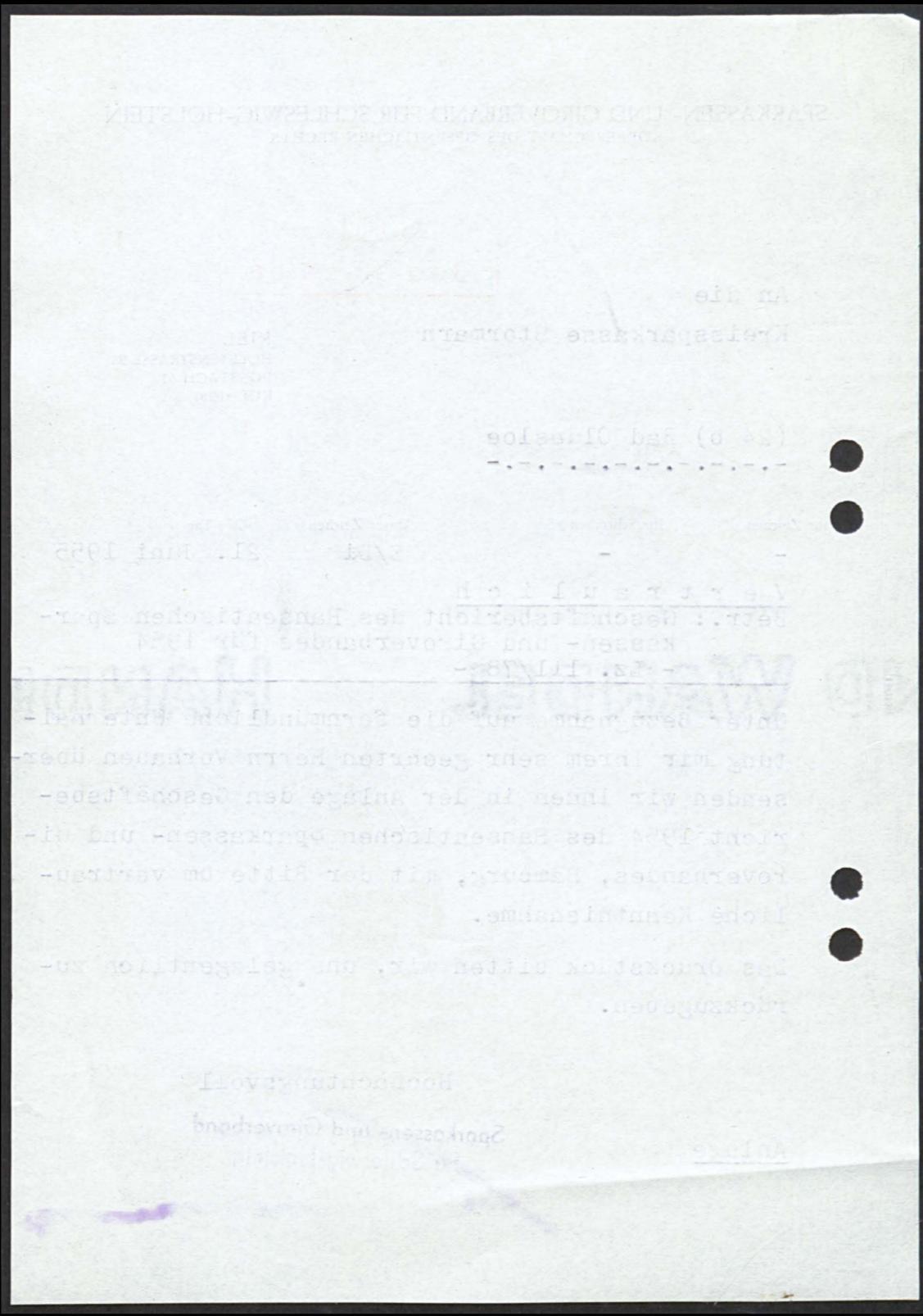
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





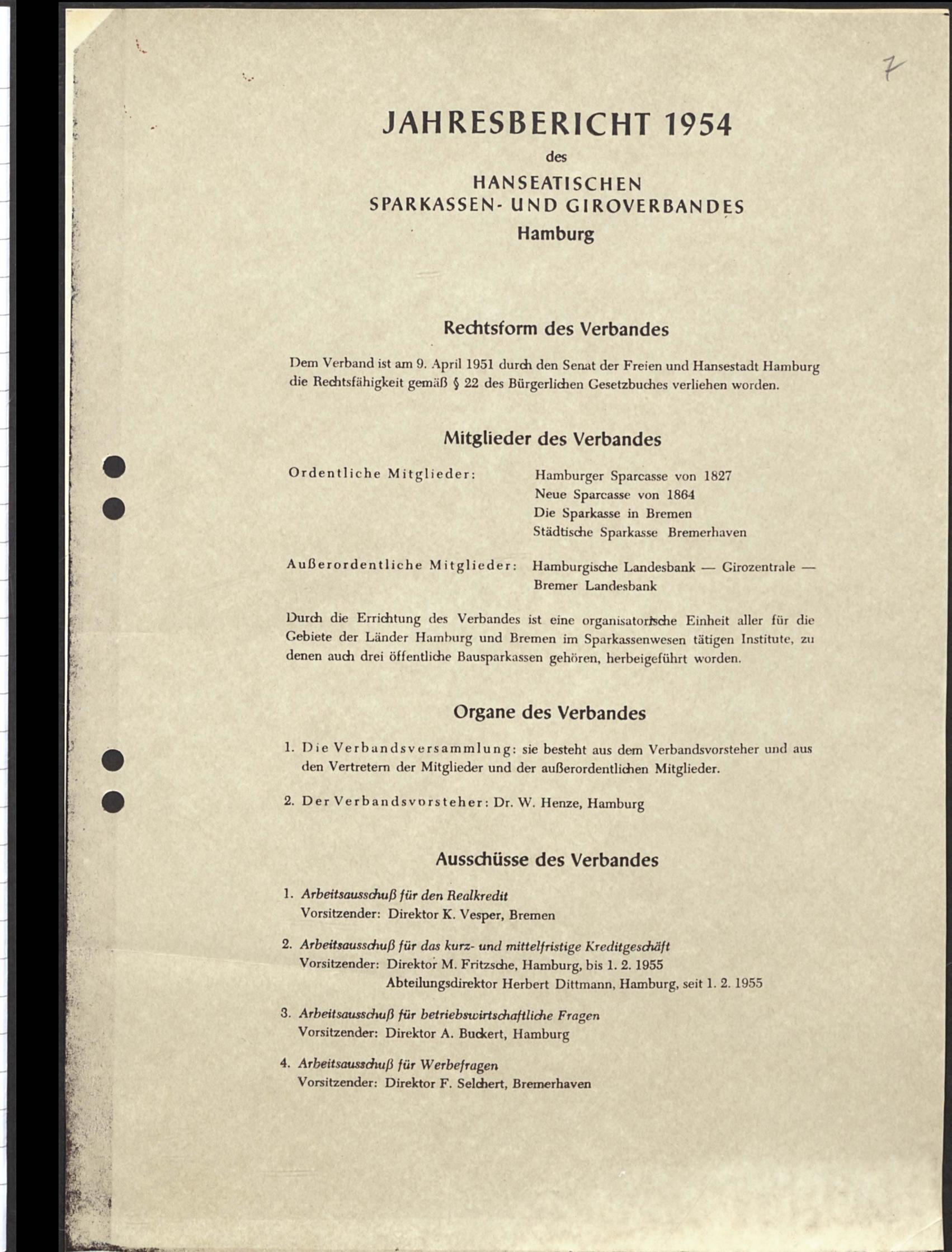
Kreisarchiv Stormarn E 103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



JAHRESBERICHT 1954

des
**HANSEATISCHEN
SPARKASSEN- UND GIROVERBANDES**
Hamburg

Rechtsform des Verbandes

Dem Verband ist am 9. April 1951 durch den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg die Rechtsfähigkeit gemäß § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches verliehen worden.

Mitglieder des Verbandes

Ordentliche Mitglieder: Hamburger Sparcasse von 1827
Neue Sparcasse von 1864
Die Sparkasse in Bremen
Städtische Sparkasse Bremerhaven

Außerordentliche Mitglieder: Hamburgische Landesbank — Girozentrale —
Bremer Landesbank

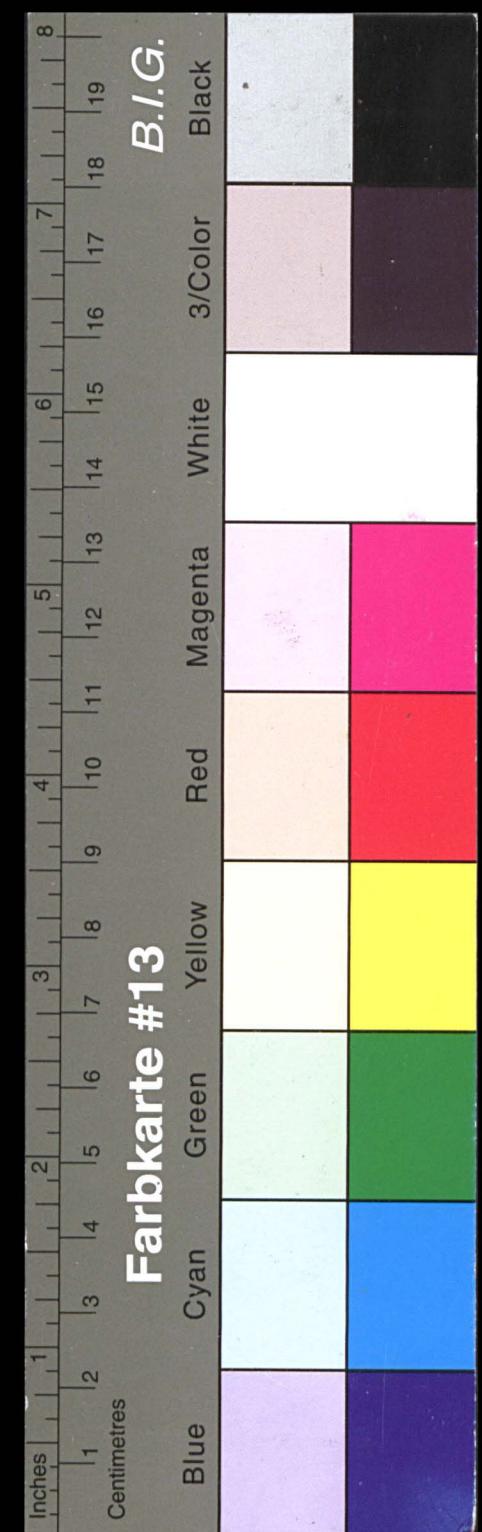
Durch die Errichtung des Verbandes ist eine organisatorische Einheit aller für die Gebiete der Länder Hamburg und Bremen im Sparkassenwesen tätigen Institute, zu denen auch drei öffentliche Bausparkassen gehören, herbeigeführt worden.

Organe des Verbandes

1. Die Verbandsversammlung; sie besteht aus dem Verbandsvorsteher und aus den Vertretern der Mitglieder und der außerordentlichen Mitglieder.
2. Der Verbandsvorsteher: Dr. W. Henze, Hamburg

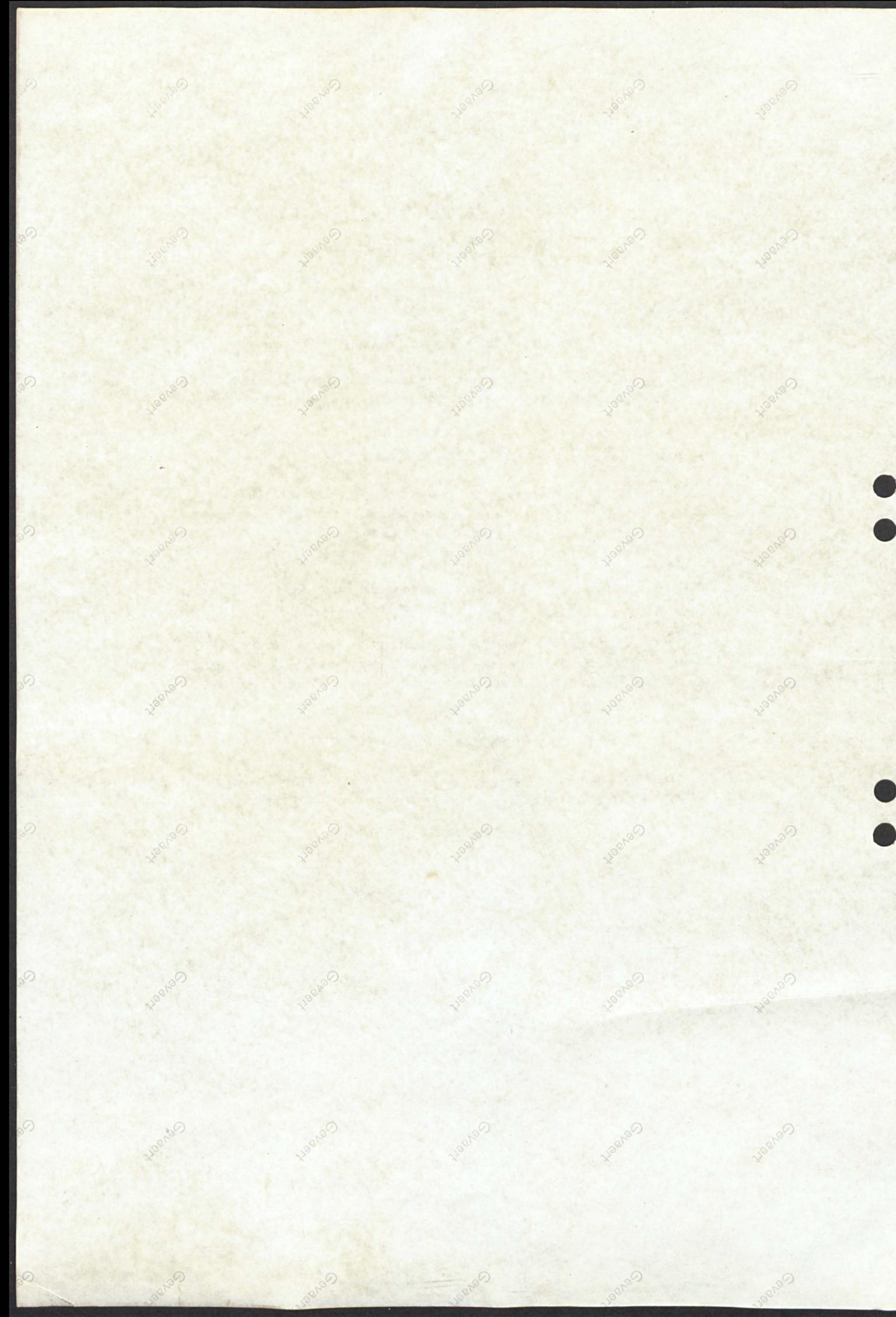
Ausschüsse des Verbandes

1. *Arbeitsausschuß für den Realkredit*
Vorsitzender: Direktor K. Vesper, Bremen
2. *Arbeitsausschuß für das kurz- und mittelfristige Kreditgeschäft*
Vorsitzender: Direktor M. Fritzsche, Hamburg, bis 1. 2. 1955
Abteilungsdirektor Herbert Dittmann, Hamburg, seit 1. 2. 1955
3. *Arbeitsausschuß für betriebswirtschaftliche Fragen*
Vorsitzender: Direktor A. Buckert, Hamburg
4. *Arbeitsausschuß für Werbefragen*
Vorsitzender: Direktor F. Seldhert, Bremerhaven



Kreisarchiv Stormarn E103

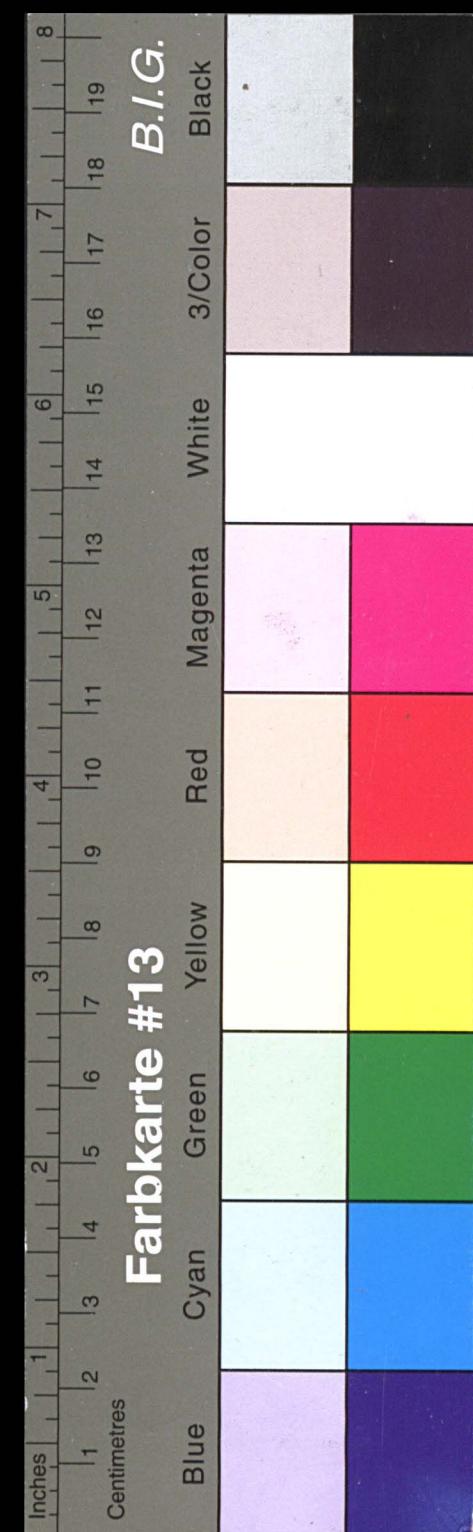
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Mitgliedschaften
Der Verband ist ordentliches Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., Bonn

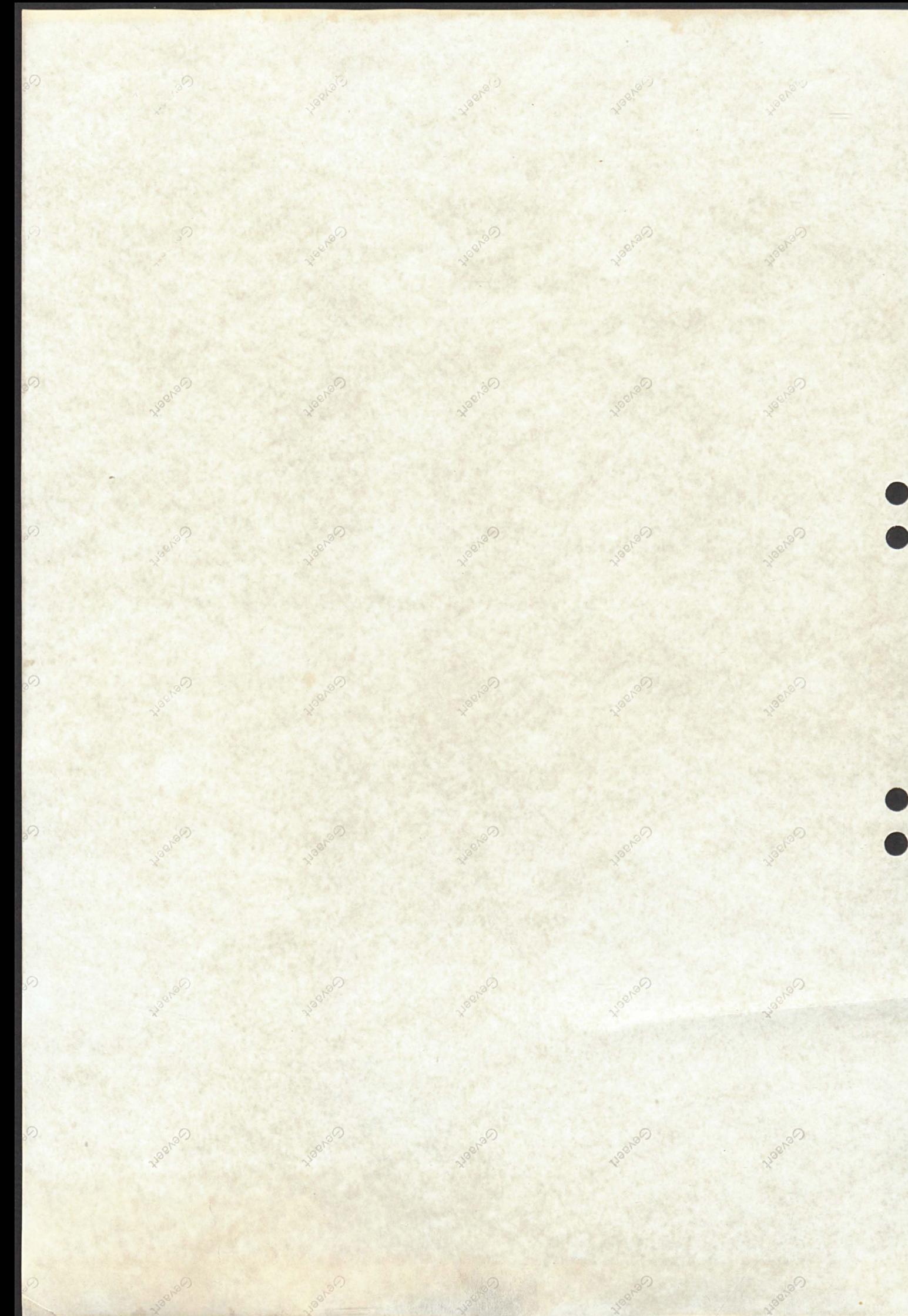
Sitz des Verbandes
Satzungsmäßiger Sitz: Hamburg
Geschäftsstelle: Hamburg, Innocencienstraße 46

Errichtungsdaten
Der Verband wurde unter der Bezeichnung Hanseatischer Sparkassenverband am 8. September 1950 von den Sparkassen in den Ländern Hamburg und Bremen gegründet.
Die Eintragung in das Verbandsregister der Freien und Hansestadt Hamburg erfolgte am 19. September 1951.
Der bei der Verbandsgründung gewählte Name Hanseatischer Sparkassenverband wurde durch Beschuß der Verbandsversammlung vom 29. Oktober 1951 in die Bezeichnung HANSEATISCHER SPARKASSEN- UND GIROVERBAND geändert. Die Eintragung der Satzungsänderung in das Verbandsregister erfolgte am 3. Januar 1952.

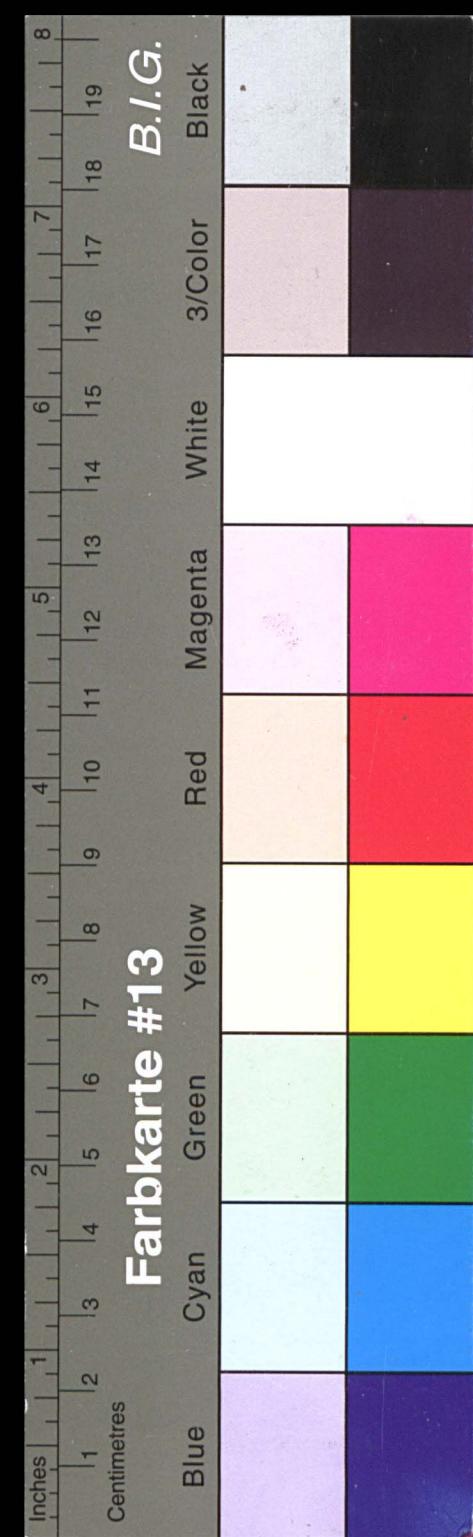


Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

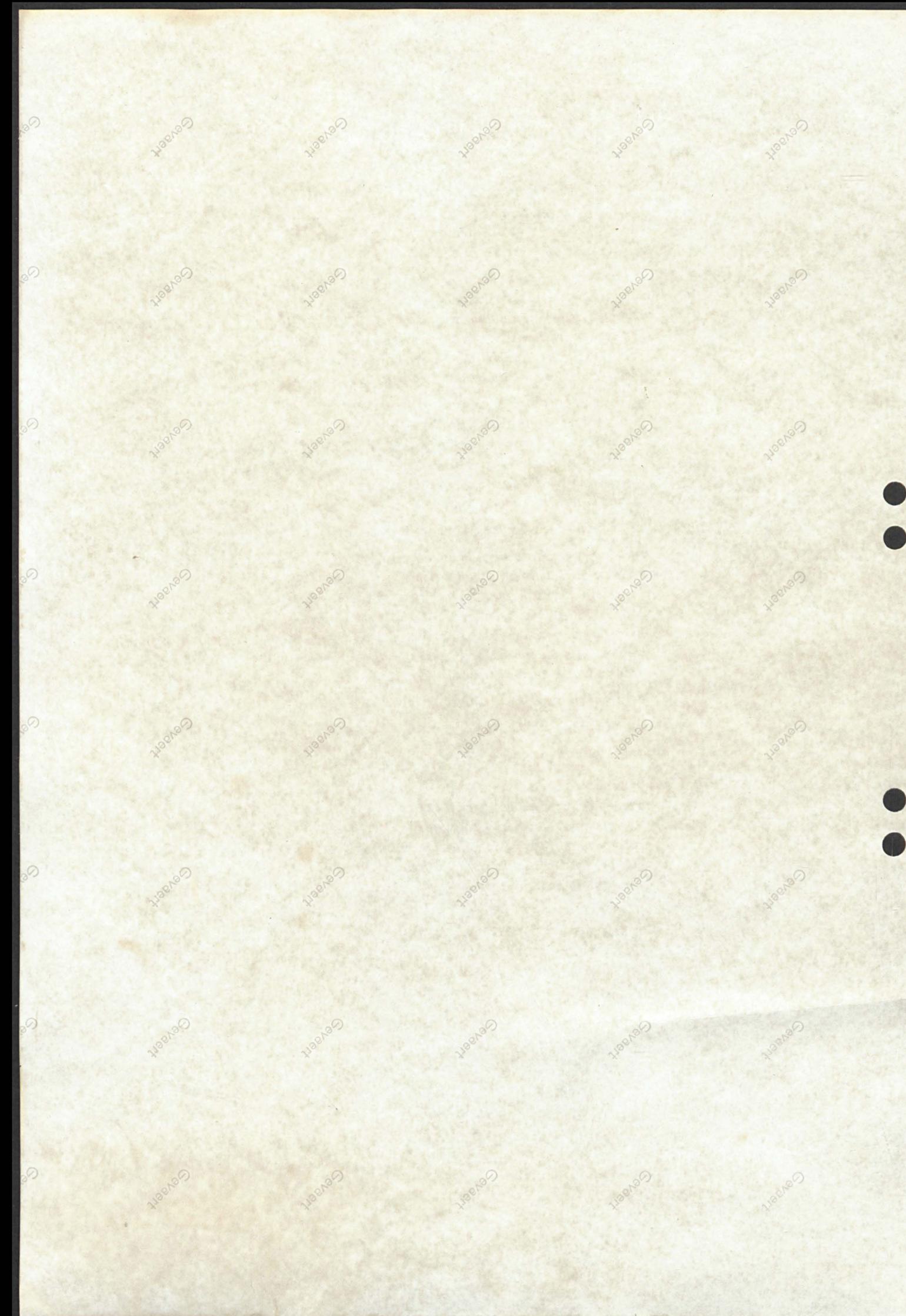


Inhaltsverzeichnis:	
Daten des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes	Seite 3
I. Hansestädte im Anschlußprozeß	7
II. Auf der Schwelle der Normalisierung	8
1. Kontensparen als Schrittmacher der Kapitalmarktentfaltung	8
a) Rückkehr zu den natürlichen Regeln	8
b) Hervorragende Sparleistungen	8
c) Förderung der Spartätigkeit durch besondere Spareinrichtungen	11
d) Überleitung der Altsparerentschädigung in den regulären Sparverkehr	14
e) Tendenzen des Sparprozesses	15
2. Die Sparkassen in der Verwaltung der Zahlungsgelder	15
a) Entwicklung der Bestände und Konten	15
b) Anteil der Sparkassen an den Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten bei allen Kreditinstituten	16
c) Gliederung nach Sicht- und Termingeldern	16
d) Gliederung nach Einlegergruppen	16
3. Die Gesamteinlagen der hanseatischen Sparkassen	17
4. Ausleihungen der hanseatischen Sparkassen	18
a) Allgemeine Daten zum Kreditgeschäft	18
b) Ermäßigte Zuwachsquote im langfristigen Kreditgeschäft	19
c) Wohnungsbaufinanzierung wie bisher an erster Stelle	20
d) Erweiterte Kredithilfe durch mittel- und kurzfristige Kredite	21
e) Mittelständische Investitionskredite	22
f) Weitere Zunahme der durchlaufenden Kredite	22
5. Dringliches Problem Ausgleichsforderungen	23
6. Im Status der Liquiditätsfülle	24
7. Leichte Verbesserung der Ertragslage	24
III. Die Arbeit des Verbandes	25
1. Konsequente sparkassenpolitische Linie	25
a) Wahrnehmung der Sparerinteressen	25
b) Rückwirkungen der neuen Steuerpolitik auf den Sparprozeß	26
c) Der Zins wieder regulierender Faktor	26
d) Kontaktplege zum Sparer	27
2. Einzelne Gebiete der Verbandstätigkeit	28
a) Beiträge zur Entwicklung des Sparkassenrechtes	28
b) Klärung der Sparkassenposition	28
c) Pflege der öffentlichen Meinung	29
3. Tätigkeit als Revisionsverband	29
4. Hanseatische Sparkassenschule	30
5. Vielfältiges und fruchtbare Verbandsleben	30
a) Zusammenfassung in der Verbandsversammlung	30
b) Ergiebige Mitarbeit der Verbandsausschüsse	30
c) Der Beitrag für die Gesamtorganisation	31
IV. Aus der Statistik der hanseatischen Sparkassen	32



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



10

I. Hansestädte im Anschlußprozeß

Die drei Städte Hamburg, Bremen und Bremerhaven sind im Jahre 1954 einen guten Schritt vorangekommen. Ihre wirtschaftliche Lage hat sich weiter gebessert. Ausmaß und Tempo des Fortschritts bewegen sich jetzt etwa auf dem Stande, den das Bundesgebiet im ganzen aufweist. Das allgemeine Wirtschaftsniveau liegt aber, in Hamburg namentlich infolge der politischen Abschnürung anschließender Wirtschaftsräume, nach wie vor unter dem des Bundesgebietes.

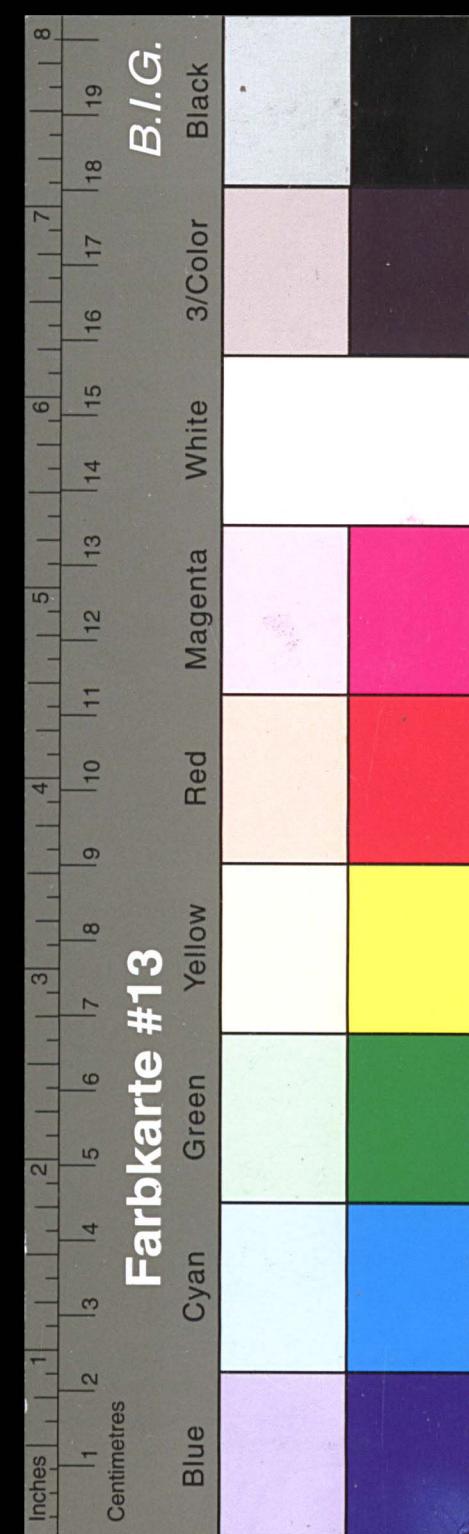
Der Prozeß der Angleichung wird dadurch begünstigt, daß mit der zunehmenden Konsolidierung der Wirtschaftsverhältnisse im Bundesgebiet die hanseatischen Hafenstädte ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihre Stellung im Rahmen der Gesamtwirtschaft in steigendem Maße zurückhalten. Die in den drei Städten selbst ruhenden und ihnen spezifisch eigenen Wirtschaftskräfte kommen jetzt stärker zur Geltung. Schiffahrt und Hafenumschlag wachsen in ihre Vorkriegsstellungen hinein. Daneben bietet die Beschäftigung der Werften, die erfahrungsgemäß erst in einem Zeitpunkt fortschreitender Konjunktur kräftiger einsetzt, ein erfreuliches Bild. In der Werftindustrie sind heute etwa 15 v. H. der Beschäftigten der Gesamtindustrie in Hamburg, Bremen und Bremerhaven tätig. Der weiteren Entwicklung kann mit Zuversicht entgegengesehen werden, wobei von Bedeutung ist, daß sich die deutsche Handelsflotte noch im Aufbau befindet. Weniger günstig liegen die Verhältnisse nach wie vor in der Fischerei und in den mit ihr verbundenen Verarbeitungs- und Handelsbetrieben.

Allgemein stärken die Tendenz zu wirtschaftlichem Denken und die Notwendigkeit zu rationalerem Handeln die Position der Hansestädte. Die Orientierung der Wirtschaft in der Bundesrepublik nach natürlichen Gesichtspunkten und nach besserer Kalkulation kommt ihnen zugute. So tritt in verschiedenen Wirtschaftszweigen das Standortproblem stärker hervor und die Hafenstädte gewinnen namentlich für diejenigen Industrien an Interesse, die frachtempfindliche Grund- oder Rohstoffe verarbeiten.

Der Aufholungsprozeß ist noch nicht frei von dem Schatten der letzten Jahre, die wirtschaftlich für die Länder Hamburg und Bremen besonders schwierig waren. Der Anteil der Arbeitslosen an der Zahl der Beschäftigten stellte sich im September 1954 in

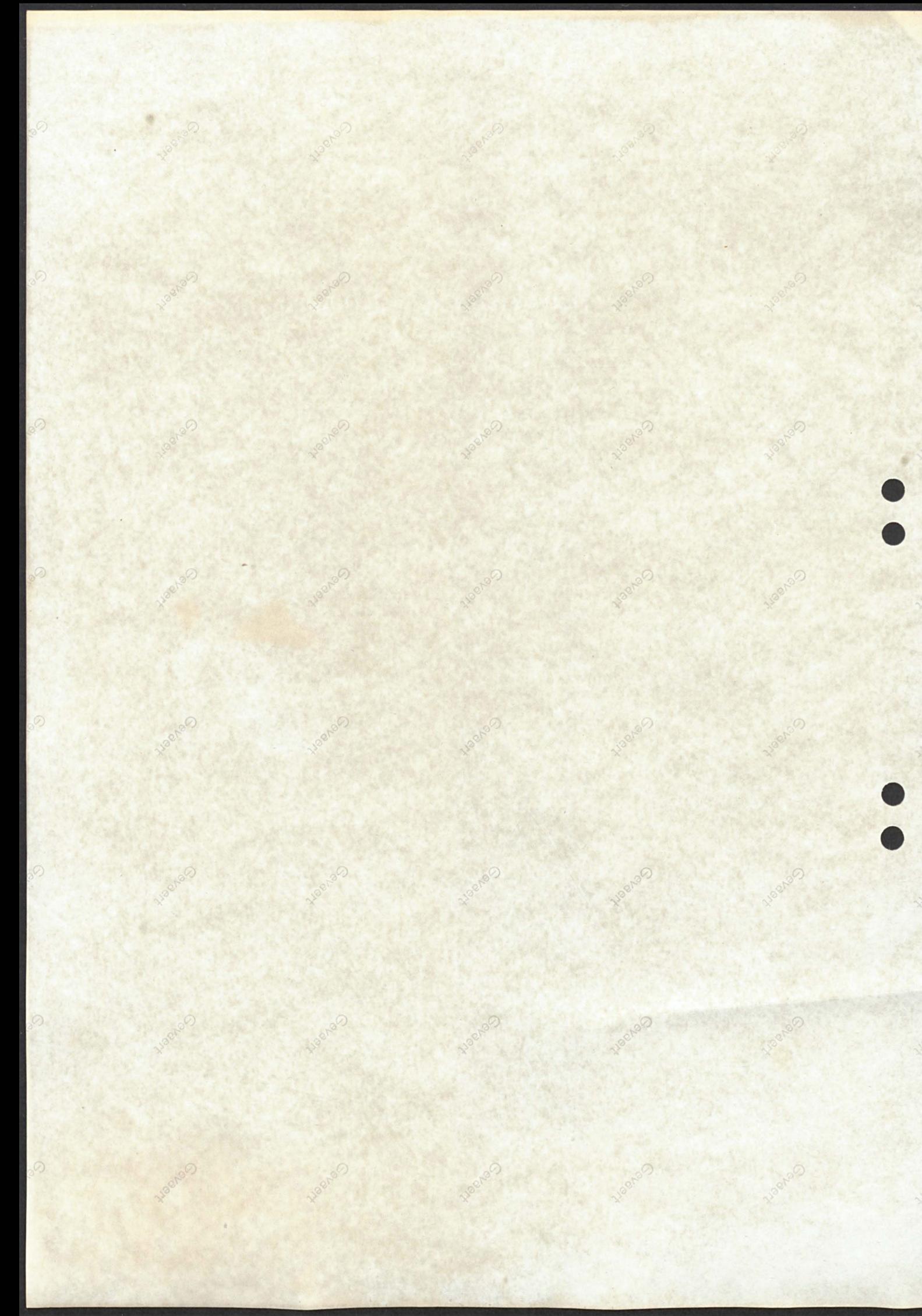
Hamburg auf 10,9 v. H. und im Lande Bremen auf 7,7 v. H. bei einem Bundesdurchschnitt von 4,9 v. H. Andererseits lag der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung zum gleichen Zeitpunkt in den Ländern Hamburg und Bremen mit 36,1 und 36,3 v. H. nicht unwe sentlich über dem Bundesdurchschnitt von 33,9 v. H. Höhere Arbeitslosigkeit und gleichzeitig höhere Beschäftigungsquote stellen scheinbar eine zwielichtige Situation dar, sind aber in Wirklichkeit aus der Gesamtstruktur der drei Hansestädte, aus der Hypothek der Vergangenheit und aus dem neuen Fortschritt zu erklären.

In den Grundzügen kann für die Wirtschaft der Hansestädte eine günstige Prognose gestellt werden. Der Wiederaufbau ist im wesentlichen auf natürliche Weise vor sich gegangen und birgt kaum die Gefahren in sich, die künstlich angesiedelten Industrien innenwohnen. In der Zahl der Arbeitslosen, bei denen es sich mehr als anderswo um echte Arbeitslose handeln dürfte, sind Arbeitsreserven für eine Ausweitung vorhanden. Auch die Änderung der Steuerpolitik wird sich hier voraussichtlich besonders günstig auswirken. Bei der starken Akzentuierung der Wirtschaft der Hansestädte durch den Handel sind allgemeine Tarifsenkungen vorteilhafter als Steuerbegünstigungen, die mehr auf die Industrie zugeschnitten sind. Die Inanspruchnahme von Steuerbegünstigungen ging daher in den Hansestädten in stärkerem Maße auf den Gebieten der Kapitalansammungsverträge sowie der nur einen Steueraufschub bringenden 7-c- und 7-d-Gelder vor sich. Im ganzen dürfte aber die Wirtschaft vom System der Steuerbegünstigungen in den Ländern Hamburg und Bremen weniger Gebrauch gemacht haben können als im übrigen Bundesgebiet. Die in der letzten Steuerreform zum Durchbruch gekommene Neutralisierung der Steuerpolitik wird daher den wirtschaftlichen Anschlußprozeß fördern. Eine kräftige Unterstützung erfährt dieser Vorgang durch die überdurchschnittliche Kapitalbildung, die nicht als Ergebnis eines übergroßen Wohlstandes, sondern als Frucht traditionellen und zielbewußteten Sparfleißes von den Bürgern der drei Hansestädte getragen wird. So können die hanseatischen Sparkassen auch für 1954 wieder über Sparleistungen der heimischen Bevölkerung berichten, mit denen die durchaus günstige Entwicklung im Bundesgebiet noch erheblich übertrroffen wird.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



11

II. Auf der Schwelle der Normalisierung

1. Kontensparen als Schrittmacher der Kapitalmarktentfaltung

a) **Rückkehr zu den natürlichen Regeln**

Der Kapitalmarkt hat 1954 sein natürliches Profil noch nicht zurückhalten. Wohl aber sind wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Die Wende hing mit der stetigen und starken Verbreiterung des Flusses der Kapitalbildung eng zusammen. Früher richtige und fördernde Hilfsmaßnahmen wurden damit entbehrlich und abbaureif. Hinzu kam, daß mit der immer nachhaltiger werdenden Kapitalbildung die anfangs nützlichen Stützungskonstruktionen ihren ursprünglichen Sinn verloren und vielmehr hemmend, verzerrnd und blockierend wirkten.

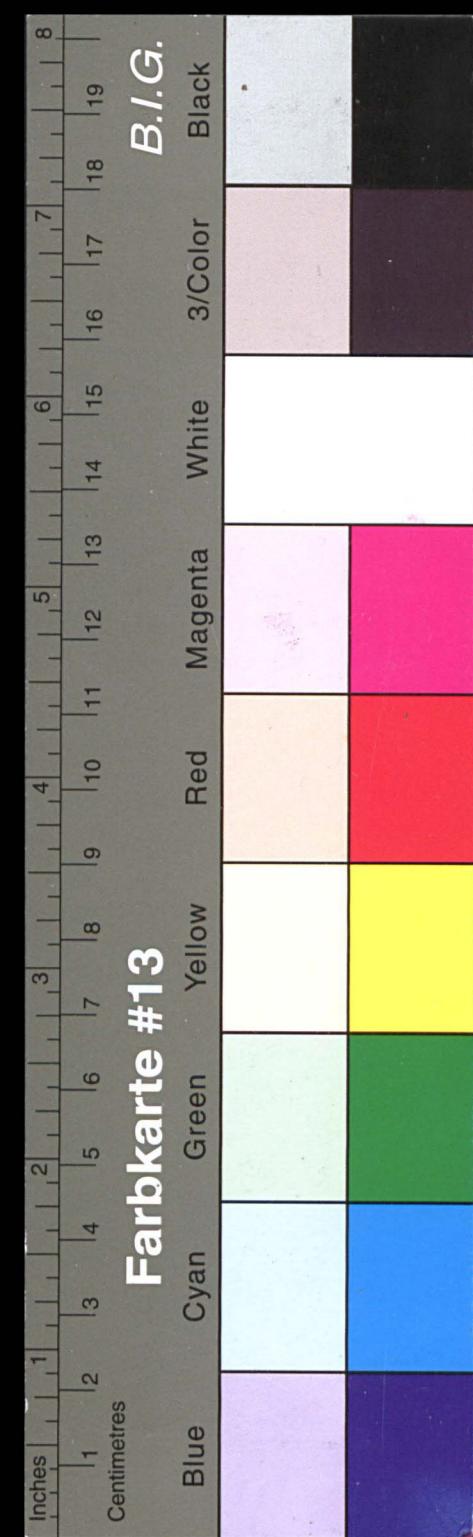
Die grundsätzliche Änderung der Kapitalmarktpolitik bedeutete eine Abkehr vom Dirigismus mit fiskalischen Mitteln und die Anbahnung eines freien und unter natürlichen Bedingungen zugängigen Marktes. So ist der Kapitalmarkt nach dem Auslaufen des Kapitalmarktförderungsgesetzes zu Beginn des Jahres 1955 in eine neue Periode eingetreten. Der volkswirtschaftliche Sparprozeß soll nicht mehr von der Steuerpolitik, sondern von der Zinspolitik beherrscht werden. An Stelle von Steuerbegünstigungen müssen marktgerechte Zinsen den Anreiz für die Kapitalanlage bieten. Diese Entwicklung hat sich nunmehr für den Markt der festverzinslichen Wertpapiere angebahnt. Bei dem Kontensparen waren gleiche Steuerbegünstigungen der Zinserträge nicht vorhanden. Eine Gleichstellung von Kontensparen und Wertpapiersparen ist jetzt trotzdem nicht eingetreten. Die bisher auf steuerlichem Gebiete bestehende Ungleichheit, die eine Bevorzugung der Wertpapieranlagen mit sich brachte, findet sich nach der Kapitalmarktnordnung auf zinspolitischem Gebiete wieder, da zwar für die festverzinslichen Wertpapiere die Zinsfreiheit, für die Spareinlagen dagegen weiterhin die Zinsreglementierung herrscht.

Damit gelten auf den für den Kapitalmarkt so bedeutsamen Bereichen des Konten- und des Wertpapiersparens gegensätzliche Prinzipien. Die Spaltung in einen freien und in einen reglementierten Teil ist mehr als ein Schönheitsfehler. Die Meinung, daß das mögliche Ineinandergreifen von Spar- und Termineinlagen eine andere Lösung nicht zulasse, ist weder durch die tatsächlichen Verhältnisse noch durch das Gewicht dieser These, die gegenüber der Notwendigkeit einer übereinstimmenden, natürlichen Regelung am Kapitalmarkt nicht durchschlägt, begründet. Verschiedentlich ist die Beibehaltung eines zweigespaltenen Marktes damit motiviert worden, daß ein stärkeres Zinsgefälle die Anlage von Sparguthaben in Wertpapieren fördern solle. Hierzu sei an dieser Stelle lediglich bemerkt, daß wohl natürliche und marktähnliche Zinsunterschiede, nicht aber dirigistische Manipulationen, die übrigens zu den neuen Grundlinien der Kapitalmarktpolitik im Widerspruch stehen, die Anlage-

b) **Hervorragende Sparleistungen**
Entwicklung der Spareinlagen

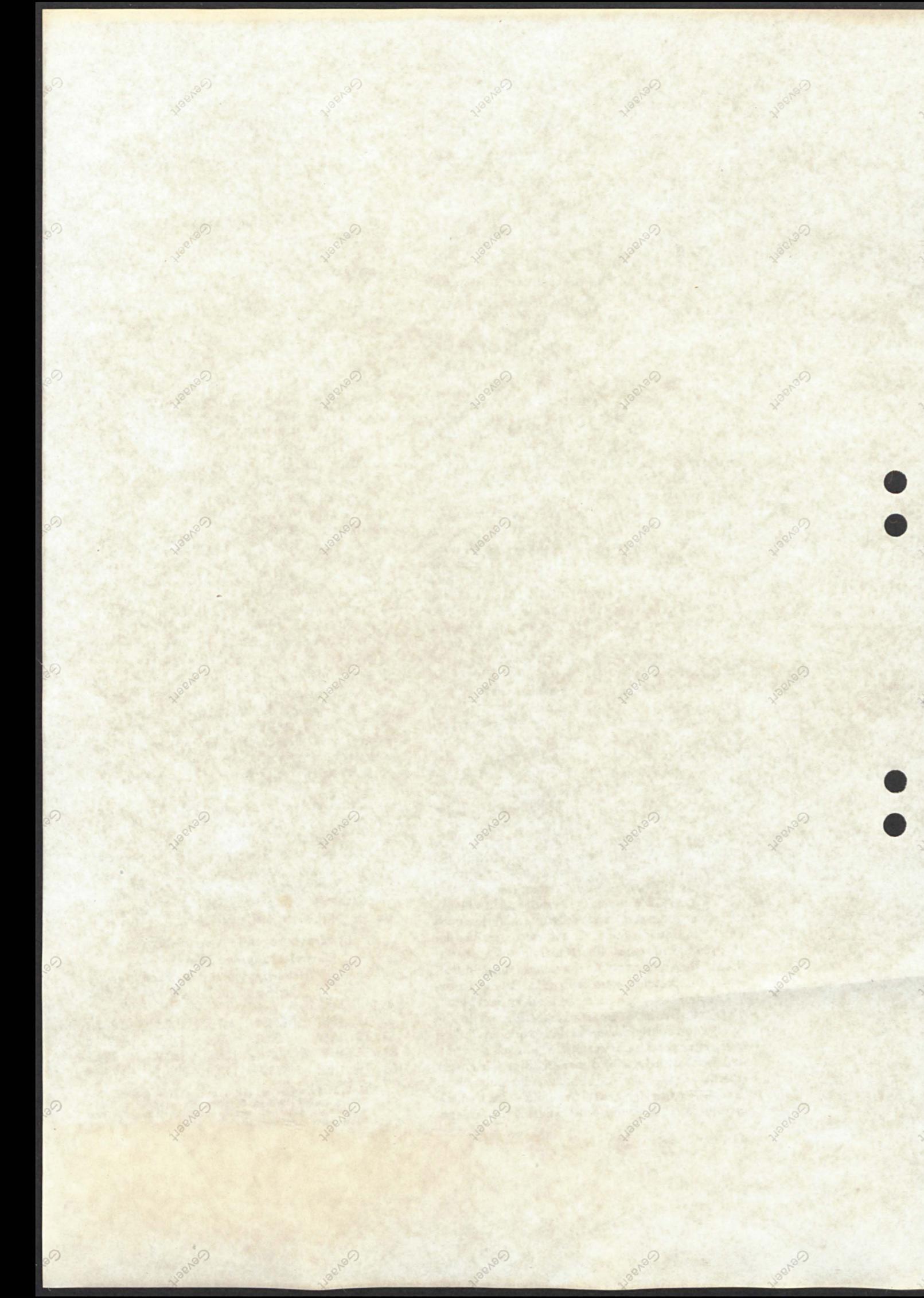
	Hamburg*	Bremen*	Verband	Bundesgebiet
in Mill. DM				
31. 12. 1951	134,4	47,7	182,1	3 301,1
31. 12. 1952	200,0	77,4	277,4	4 850,3
31. 12. 1953	307,8	112,9	420,7	7 329,2
31. 12. 1954	473,1	173,0	646,1	10 738,6

* In diesen Positionen und in den entsprechenden folgenden Statistiken handelt es sich um Länderergebnisse, so daß die Zahlen von Bremen diejenigen von Bremerhaven (Stadt. Sparkasse Bremerhaven) miteinschließen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



12

Anteil der Sparkassen am Spareinlagenbestand aller Kreditinstitute

Spareinlagenbestände	Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet
Mill. DM				
Alle Kreditinstitute	743,4	252,0	995,4	15 883,8
Sparkassen	473,1	173,0	646,1	10 738,6
in v. H.				
Anteil der Sparkassen	63,6	68,7	64,9	67,6

Die Spareinlagen haben sich im Berichtsjahr bei den hanseatischen Sparkassen von 420,7 auf 646,1 Mill. DM erhöht. Die Bevölkerung der Länder Hamburg und Bremen stellt sich auf 4,73 v. H. der Bevölkerung des Bundesgebietes. Die Spareinlagen der hanseatischen Sparkassen machten am 31. 12. 1953 5,74 v. H. und am 31.12.1954 6,01 v. H. der Spareinlagen aller Sparkassen des Bundesgebietes aus. Die Tendenz zu einer überdurchschnittlichen Sparkapitalsammlung im hanseatischen Bezirk tritt deutlich in Erscheinung.

Zuwachsrate der Spareinlagen

	Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet
a) in Mill. DM				
1952	65,6	29,7	95,3	1 549,2
1953	107,8	35,5	143,3	2 478,9
1954	165,3	60,1	225,4	3 409,4
b) in v. H. des Anfangsbestandes				
Hamburg	48,8	62,3	52,3	46,9
Bremen	53,9	45,8	51,8	51,0
Verband	53,7	53,2	53,6	46,5

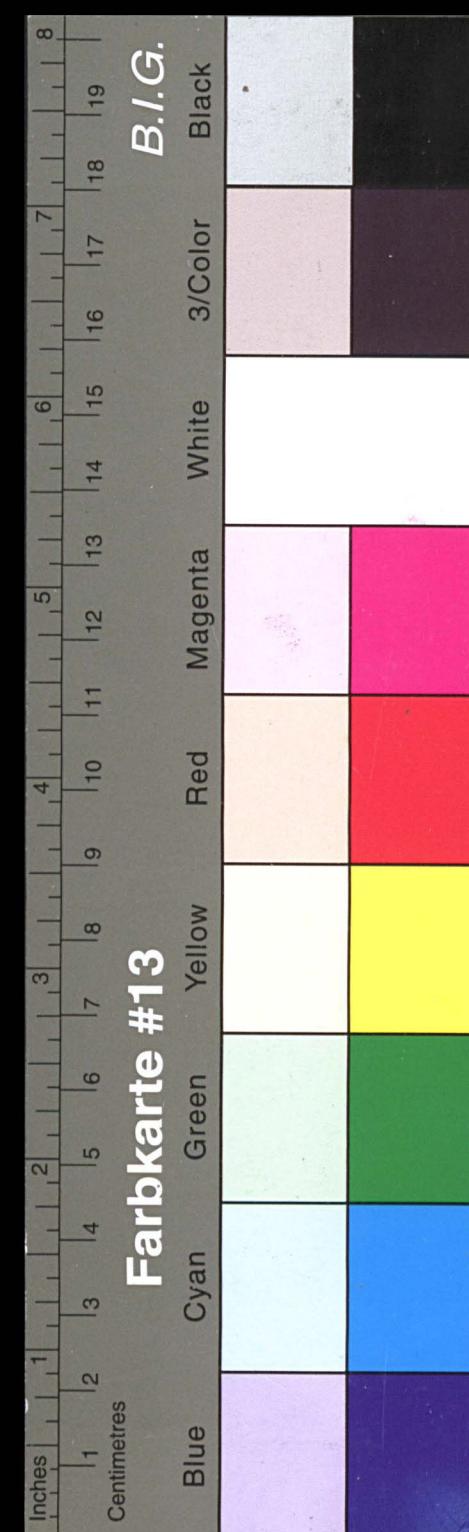
Wesentliche Änderungen haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben. Für die nächsten Jahre kann damit gerechnet werden, daß sich der Anteil der Sparkassen erhöht, da zwei Faktoren, die sich in letzter Zeit mehr zugunsten der anderen Kreditinstitute ausgewirkt haben, an Bedeutung verlieren. Es handelt sich einmal um die zinspolitisch verursachte Umwandlung von Termingeldern in Spareinlagen, die allerdings keinen großen Umfang angenommen hatte und im wesentlichen zum Abschluß gekommen sein dürfte, zum anderen um den Zufluß steuerbegünstigter Spareinlagen. Die Umgestaltung der steuerbegünstigten Kapitalansammlungsverträge wird in diesem Sparzweig normalisierend im Sinne des traditionellen Sparsens wirken.

Ein Sparkassenbuch bei jedem zweiten Einwohner

a) Zahl der Sparkonten	Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet
1953	702 174	322 295	1 024 469	18 050 300
1954	822 634	371 683	1 194 317	19 735 288
Zuwachs	120 460	49 388	169 848	1 684 988

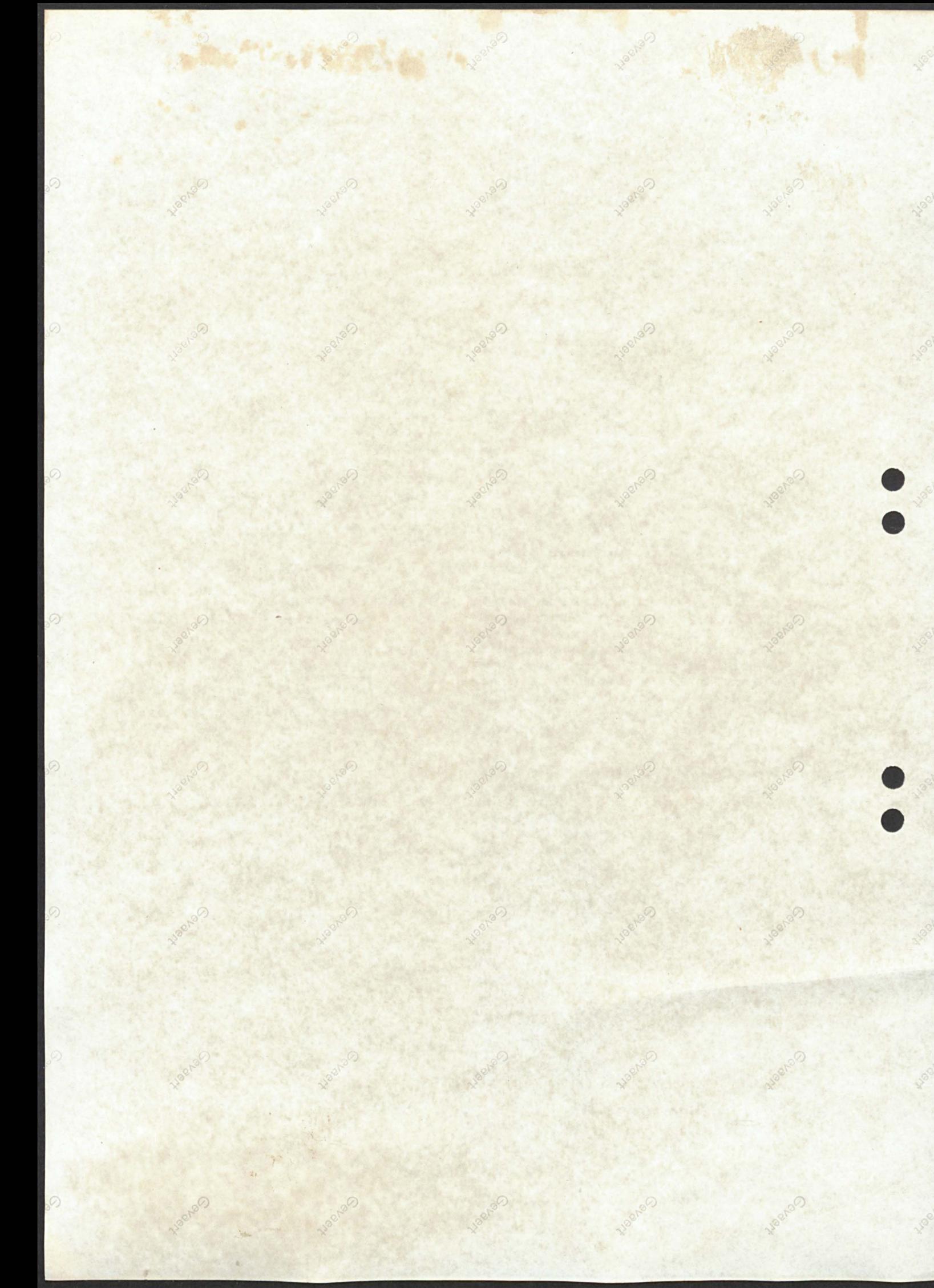
b) Je ein Sparkonto entfiel auf . . . Einwohner	1952	1953	1954
	2,8	2,0	2,5
	2,4	1,9	2,2
	2,1	1,6	2,0

Im Berichtsjahr sind bei den hanseatischen Sparkassen 169 848 Sparkonten hinzugekommen. Im Jahr zuvor stellte sich der Zugang auf 131 166. In runden Ziffern hat sich die Zahl der Sparkonten bei den Sparkassen in Hamburg, Bremen und Bremerhaven in zwei Jahren von 900 000 um 300 000 auf 1 200 000 erhöht. Über den Anteil des natürlichen Bevölkerungszugangs hinaus hat sich die Sparerdichte noch erheblich konzentriert. Die Zunahme der Sparkonten in zwei Jahren um ein Drittel des Ausgangsbestandes belegt eindeutig die Popularität des von den Sparkassen getragenen Spargedankens. Im Durchschnitt hat jetzt wieder jeder zweite Einwohner in den Städten Hamburg, Bremen und Bremerhaven ein Sparkassenbuch. Erfahrungsgemäß bildet die Masse der neuen Sparkonten einen Grundstock für den Aufbau größerer Sparvermögen. Sie bewegt sich zunächst im einzelnen in kleinen Beträgen, birgt aber einen guten Teil der Sparbereitschaft und des Sparpotentials kommender Jahre. Deshalb ist der Zugang an Spar-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



konten, auch wenn es sich vorwiegend um kleinere Guthaben handelt, kapitalmarktpolitisch als eine sehr bedeutsame Fundierung des Sparprozesses zu werten. In diesem Zusammenhang müssen auch die Anstrengungen der hanseatischen Sparkassen, durch Kleinspareinrichtungen, namentlich durch das Prämienparen, neue und regelmäßige Sparer zu gewinnen, ein Praktikum zur Förderung des Kapitalmarktes angesehen werden, das, über den schon außergewöhnlichen, unmittelbaren Erfolg hinausgreifend, eine Vorausbereitung zur Sicherung eines stetigen Sparprozesses darstellt.

Wiederum Intensivierung der Spartätigkeit

a) Spareinlagen pro Sparkonto

	Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet	DM
31. 12. 1952	329	271	310	294	
31. 12. 1953	438	349	411	388	
31. 12. 1954	575	465	541	544	

b) Spareinlagen pro Kopf der Bevölkerung

	DM
31. 12. 1952	118
31. 12. 1953	182
31. 12. 1954	275
	133 121 100
	187 184 149
	285 277 217

Der Durchschnittsbestand eines Sparkontos ist bei den hanseatischen Sparkassen in den letzten beiden Jahren von 310 DM auf 541 DM gestiegen. In Verbindung mit der Zunahme der Spareinlagen pro Kopf der Bevölkerung in der gleichen Zeit von 121 DM auf 277 DM spiegelt das Durchschnittsergebnis die Intensivierung des Sparverkehrs wider. Daß die Sparkapitalbildung im hanseatischen Bezirk noch ergiebiger ist als im übrigen Bundesgebiet, geht aus den Zahlen, die sich auf den Kopf der Bevölkerung beziehen und sich auf 277 DM und 217 DM stellen, hervor. Pro Sparkonto liegt diesmal das Durchschnittsergebnis der hanseatischen Sparkassen um ein geringes unter demjenigen aller Sparkassen. Die Ursache ist wahrscheinlich darin zu sehen, daß die Zahl der Sparkonten im hanseatischen Bezirk wesentlich stärker zugenommen hat als in den anderen Ländern, denn während sie sich hier um 16,6 v. H. erhöhte, ist sie im gesamten Bundesgebiet nur um 9,3 v. H. gestiegen. Das Ergebnis unterstreicht die schon getroffene Feststellung, daß die neuen Konten hauptsächlich als Anfangsguthaben eingerichtet werden.

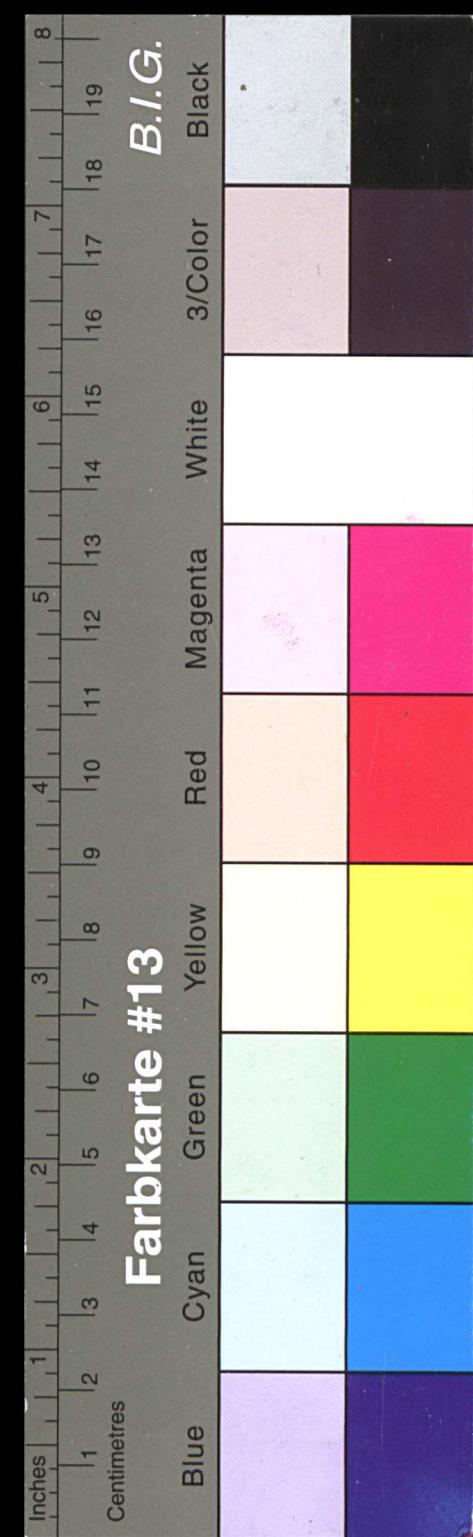
Größenstreuung der Sparkonten und Spareinlagen

Verbandsgebiet

Kontenzahl (Stück)	Einlagen (in Mill. DM)
1952 893 303	1952 277,369
1953 1 024 469	1953 420,736
1954 1 194 317	1954 646,122

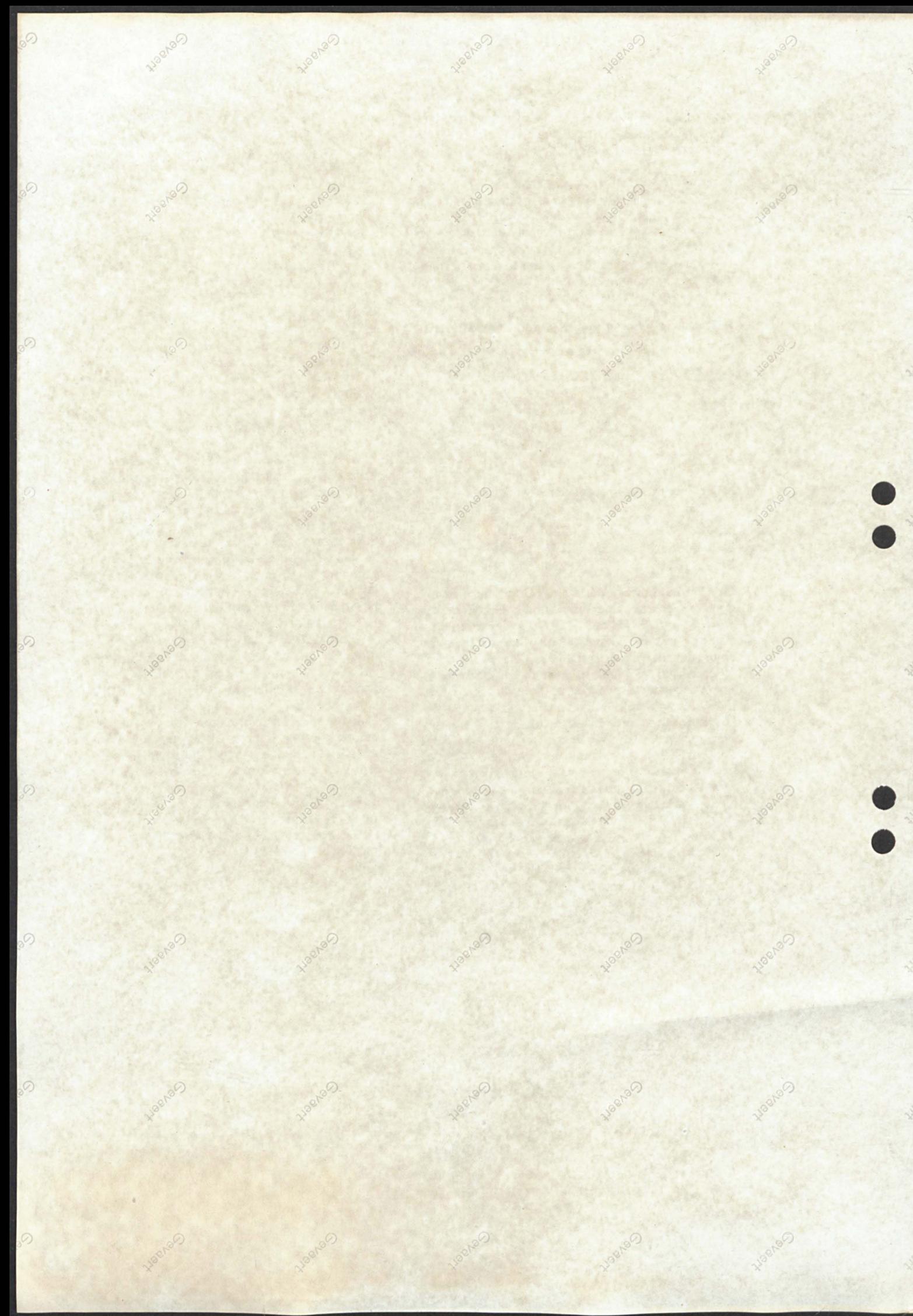
	Konten in v. H.	Einlagen in v. H.				
	1952	1953	1954	1952	1953	1954
Guthaben						
bis 100 DM	70,5	64,0	58,6	4,9	5,6	4,3
darüber bis	22,1	25,9	28,5	26,4	24,1	21,1
1000 DM						
darüber bis						
10 000 DM	7,3	9,9	12,6	53,5	55,5	58,3
über						
10 000 DM	0,1	0,2	0,3	15,2	14,8	16,3
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Der Prozeß des Hineinwachsenden der Sparkonten in größere Sparbeträge hat sich fortgesetzt. Während im Jahre 1952 noch 70,5 v. H. aller Konten mit Guthaben bis zu 100 DM geführt wurden, sind es im Jahre 1954 nur noch 58,6 v. H. Berücksichtigt man, daß fast 300 000 neue Konten seit Ende 1952 hinzugekommen sind, die meistens nur Guthaben kleiner Größenordnung aufweisen, so kann festgestellt werden, daß ein großer Teil der früher angelegten Konten mit kleinen Guthaben in höhere Größenklassen aufgerückt ist. Eine solche Feststellung läßt auch den Schluß zu, daß bei der Masse der Sparen sich die Spartätigkeit nicht auf einen einmaligen Sparvorgang beschränkt, sondern sukzessiv, wenn nicht sogar regelmäßig, fortgesetzt wird. Aber auch in den Größenklassen von mehr als 100 DM Sparguthaben macht sich die Aufstockung der Spareinlagen als eine durch die letzten Jahre durchgehende Entwicklungslinie deutlich bemerkbar. Die Zahl der Sparkonten mit Guthaben von mehr als 100 DM bis 1000 DM hat in den beiden letzten Jahren ihren Anteil an der Gesamtzahl von 22,1 auf 28,5 also um 6,4 v. H. erhöht. Die Gruppe der Sparkonten von mehr als 1000 DM bis 10 000 DM Guthaben weist eine Anteilssteigerung von 7,3 auf 12,6 also eine Erhöhung um 5,3 v. H. auf. Der Anteil der zweiten Gruppe ist also fast um denselben Anteilssatz gewachsen wie derjenige der weit größeren ersten Gruppe. Noch deutlicher tritt die Grundlinie bei der Aufgliederung der Einlagen nach Kontengrößenklassen in Erscheinung. Fast 75 v. H. aller Sparguthaben entfallen jetzt auf Sparkonten mit mehr als 1000 DM Guthaben. Der Anstieg bietet allerdings bei der Gruppierung nach Einlagen ein etwas ruhigeres Bild als bei der Gruppierung nach Konten. Daraus kann geschlossen werden, daß in den meisten Fällen die Aufstockung der Konten die Guthaben zwar über die Schwelle der nächsten Größenklasse geführt, sie aber noch nicht weit darüber hinausgebracht hat. In der Masse der Konten ist jedoch der Sparverkehr der Sparkassen nach wie vor durch die kleinen Konten charakterisiert, da noch immer 87,1 v. H. auf Guthaben bis zu 1000 DM entfallen. Die sorgfältige und intensive Bemühung der Sparkassen um kleine Ersparnisse gehört zu ihren satzungsmäßigen und traditionellen Aufgaben. Deshalb nehmen die Sparkassen die Führung und Pflege solcher Konten auf sich, obwohl sie ertragswirtschaftlich gesehen unrentabel sind. Der Ertragsausgleich muß durch die Sparkonten mit größeren Guthaben gebracht werden.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



14

den. Das erfreuliche Anwachsen der Konten zu größeren Guthaben wird es den Sparkassen ermöglichen, ihre satzungsmäßige Obliegenheit, auch den Kleinsparverkehr zu fördern, noch intensiver zu erfüllen.

Neigung zur längerfristigen Anlage

Verbandsgebiet	Zahl der Konten		Einlagen in v. H.			
	1952	1953	1954	1952	1953	1954
Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	92,1	92,5	91,8	72,7	72,7	71,2
mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist bis weniger als 12 Monate	2,7	1,4	1,1	6,8	6,5	5,5
12 Monate und mehr	5,2	6,1	7,1	20,5	20,8	23,3
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Bei der Zusammenfassung der Spareinlagen nach Kündigungsgruppen war 1953 die allmähliche Bevorzugung längerfristiger Anlagen noch nicht deutlich in Erscheinung getreten, da der Anteil der Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben war und sich nur innerhalb der Sparguthaben mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist eine geringfügige Erhöhung der Spareinlagen mit der längsten Anlegedauer bemerkbar machte. Allerdings war 1953 die Grundlinie zur längerfristigen Anlage durch die Gutschrift von Währungsausgleichsguthaben Vertriebener und durch die erstmalige Eröffnung neuer Sparkonten aus dem Prämienversprechen, die meistens mit gesetzlicher Kündigungsfrist angelegt wurden, überdeckt worden. Diese und ähnliche Faktoren waren auch im Berichtsjahr wirksam. Gleichwohl zeigt die Statistik einen relativen Rückgang der Einlagen mit gesetzlicher und eine Zunahme der Guthaben mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist. Die Neigung der Sparer zu längerfristigen Anlegedispositionen tritt damit auch in der Aufgliederung des Spareinlagenbestandes nach den Kündigungsmodalitäten in Erscheinung. Ende 1954 wurden bei den hanseatischen Sparkassen 185,74 Mill. DM als Spareinlagen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist geführt. Am Ende des Vorjahrs waren es 114,85 Mill. DM. Die Zunahme beträgt mithin 61,72 v. H. gegenüber einer Zunahme im gesamten Sparverkehr von 53,6 v. H. In den Spareinlagen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist sind die steuerbegünstigten Spareinlagen enthalten. Im Berichtsjahr haben sie sich von 53,2 auf 85,4 also um 32,2 Mill. DM erhöht. Ihre Zuwachsquote beträgt 60,5 v. H. Da die Spareinlagen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist im ganzen um 61,72 v. H. zugenommen haben und der Zuwachs an steuer-

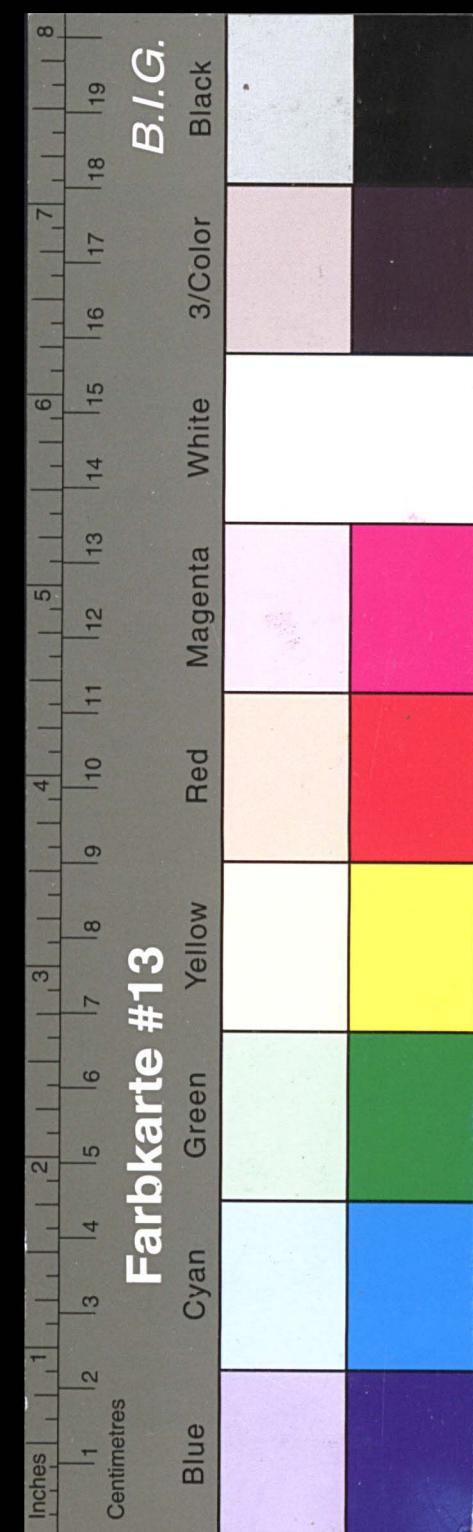
Bewegungen im Sparverkehr

Monatsdurchschnitte der Ein- und Auszahlungen	1952		1953		1954		Zunahme in v. H.	
	Mill. DM	1952	Mill. DM	1953	Mill. DM	1954	1953	1954
Einzahlungen	22,4	35,0	54,3	56	55			
Auszahlungen	15,2	24,6	38,2	61	55			
Einzahlungs-Überschuß	7,2	10,4	16,1	45	55			

Dem größeren Volumen des Sparverkehrs entsprechend haben sich die Monatsdurchschnitte bei den Einzahlungen und Auszahlungen sowie den Einzahlungsbürgessüßen durchweg erhöht. Der Vergleich der prozentualen Zunahme in den Jahren 1953 und 1954 zeigt aber, daß sich die Entwicklung weiter stabilisiert hat. Während noch im Jahr zuvor die Auszahlungen relativ stärker gewachsen waren als die Einzahlungen, sind im Jahre 1954 die Zuwachsquoten in allen drei Positionen mit 55 v. H. gleich. Eine solche Übereinstimmung ist natürliche nicht als ein Normalbild zu werten, sie zeigt aber im Vergleich zum Vorjahr, daß der Sparverkehr sich weiter konsolidiert hat.

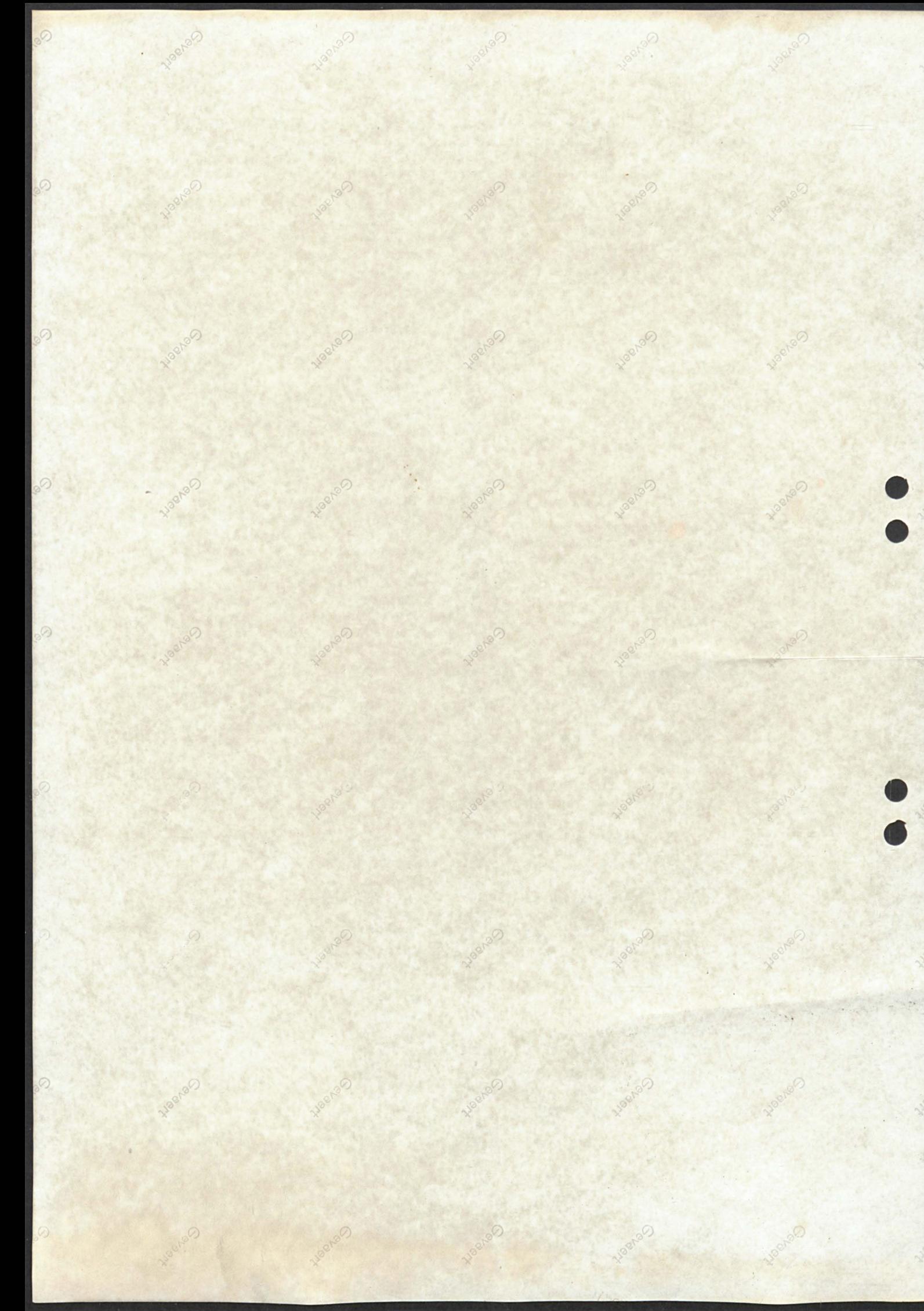
c) Förderung der Sparaktivität durch besondere Spareinrichtungen

Der Sparverkehr der Sparkassen hat auch in den Sparformen sein typisches Gesicht wiedergewonnen. Der Schwerpunkt liegt im Ein- und Auszahlungsverkehr am Schalter. Die mannigfaltigen besonderen Formen des Sparverkehrs sind damit aber nicht bedeutungslos oder gar entbehrlich geworden. Auch ihre Rolle hat sich wieder normalisiert. In den ersten Jahren nach der Währungsreform hatten sie vorwiegend die Aufgabe einer Initialzündung für den Sparprozeß oder eines neuen Brückenschlages zu den Sparern. Heute kommt diesen Spareinrichtungen wie einst die Aufgabe zu, die normale Sparaktivität zu verbreiten, den Spargedanken ständig zu vertiefen und das regelmäßige Sparen zu fördern. Der Wandel des Charakters, also die Wiederaufnahme von Ergänzungsfunktionen zur regulären Sparaktivität, hat im allgemeinen an den Formen der besonderen Spareinrichtungen der Sparkassen nichts geändert, lediglich das steuerbegünstigte Sparen ist mit dem Ablauf des Berichtsjahrs in neue Bahnen geleitet worden. Neben seiner Pflege haben die hanseatischen Sparkassen 1954 wiederum mit bestem Erfolg die verschiedenen Formen des traditionellen Kleinsparverkehrs, das hanseatische Prämienversprechen und das Bausparen sich angelebt sein lassen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



KJ

Das letzte Jahr des steuerbegünstigten Sparens in bisheriger Form

Steuerbegünstigte Spareinlagen bei den Sparkassen

	Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet
1952	26,0	6,0	32,0	434,2
1953	43,4	9,8	53,2	683,5
1954	69,5	15,9	85,4	1 090,3
	in v. H. der Spareinlagen			
1952	13,0	7,8	11,1	9,0
1953	14,1	8,7	12,6	9,3
1954	14,7	9,2	13,2	10,2

Allgemeine Sparverträge und Ratensparverträge bei den hanseatischen Sparkassen

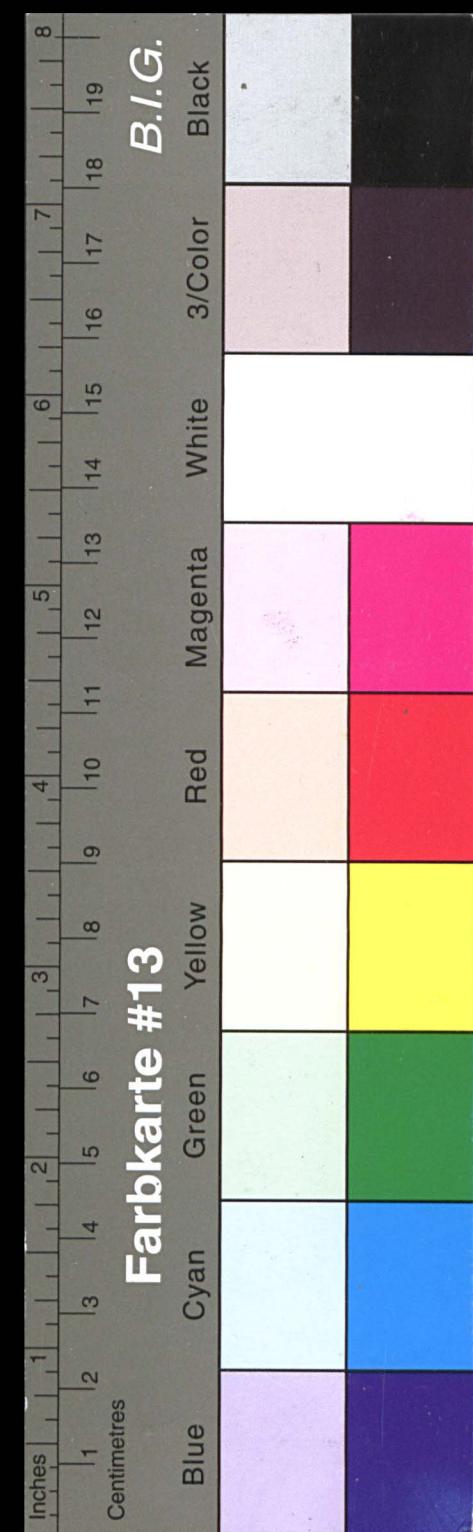
	Allgemeine Sparverträge	Sparverträge mit festen Raten	insgesamt
Zahl der Verträge:	Stück		
1952	8 470	17 276	25 746
1953	16 980	22 279	39 259
1954	22 459	27 422	49 881
	in v. H.		
1952	32,9	67,1	100
1953	43,3	56,7	100
1954	45,0	55,0	100
Sparbeträge	Mill. DM		
1952	16,7	15,2	31,9
1953	35,4	17,8	53,2
1954	50,2	35,2	85,4
	in v. H.		
1952	52,3	47,7	100
1953	66,5	53,5	100
1954	58,8	41,2	100

Anteil der Sparkassen am steuerbegünstigten Sparen

	Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet
alle Kreditinstitute	Mill. DM			
1953	151,0	43,1	194,1	1 579,7
1954	209,4	60,2	269,6	2 287,1
Sparkassen	Mill. DM			
1953	43,4	9,8	53,2	683,5
1954	69,5	15,9	85,4	1 090,3
Anteil der Sparkassen	in v. H.			
1953	28,7	22,7	27,4	43,3
1954	33,2	26,4	31,7	47,7

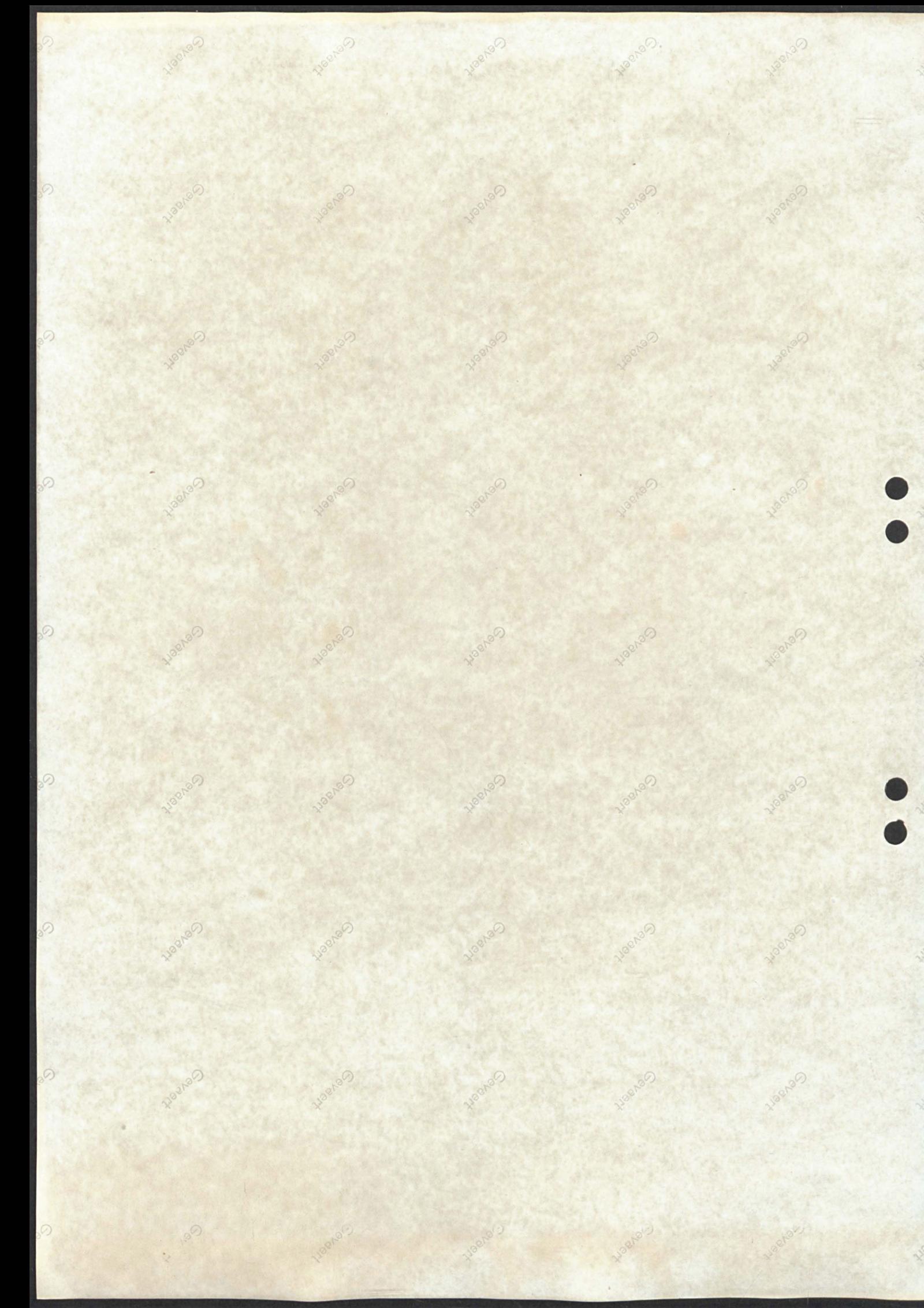
Im Zeitpunkt einer wesentlichen Änderung des steuerbegünstigten Sparen ist es am Platze, rückschauend kurz seine sparpolitische Bedeutung zu umreißen, die ihm in den ersten 6½ Jahren nach der Währungsreform zugekommen ist. Es muß anerkannt werden, daß der Staat mit der Gewährung von Steuerbegünstigungen für die Spartätigkeit einen wirksamen und nachhaltigen Beitrag zur Sparkapitalbildung geleistet hat. Das steuerbegünstigte Sparen hat die Bemühungen der Sparkassen, in den ersten Jahren schwachen Vertrauens und geringer Sparneigung die Spartätigkeit wieder in Gang zu bringen, wesentlich unterstützt. In den Monaten rückläufiger Spartätigkeit, die nach dem Ausbruch des Korea-Konfliktes einsetzte, hat der Zufluß steuerbegünstigter Spareinlagen einen sonst unvermeidbaren Rückgang des Spareinlagenbestandes mit seinen kreditpolitisch unerwünschten Folgen verhindert. In der späteren Zeit wieder zunehmender allgemeiner Sparbereitschaft und Spartätigkeit hat das steuerbegünstigte Sparen in zweifacher Hinsicht die Grundlagen des Sparverkehrs gefestigt. Einmal ist ihm zu danken, daß den Sparern das längerfristige Sparen wieder nahegebracht worden ist, da die Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung eine Festlegung der Sparverträge auf drei bis vier Jahre voraussetzte. Zum anderen wurde auf diesem Wege von den Sparern wieder der Gedanke des regelmäßigen Sparsens praktiziert, denn die namentlich von den Sparkassen besonders propagierten Sparverträge mit festen Raten setzten periodisch gleichbleibende, meistens vierteljährlich zu leistende Sparbeträge voraus. Sparpolitisch gesehen war es daher, wie noch in dem Abschnitt über die Verbandsarbeit näher dargelegt werden soll, nicht unproblematisch, auf eine solche bewährte Stütze des Sparprozesses verzichten zu müssen, denn das neue steuerbegünstigte Sparen ist kein gleichwertiger Ersatz für die bisherige Einrichtung.

Für die hanseatischen Sparkassen wiegt die Änderung im System der Steuerbegünstigungen besonders schwer, da hier die steuerbegünstigten Spareinlagen mit 13,2 v. H. einen weit größeren Anteil am Gesamteinlagenbestand einnahmen als bei den Sparkassen im übrigen Bundesgebiet mit 10,2 v. H. Bei den hanseatischen Sparkassen entfallen 36,6 DM auf den Kopf der Bevölkerung, bei den Sparkassen im übrigen Bundesgebiet 22,12 DM. Auf eine Ursache, die neben der besonderen Pflege dieses Sparzweiges durch die hanseatischen Sparkassen für das überdurchschnittliche Aufkommen an steuerbegünstigten Spareinlagen im hanseatischen Bezirk eine Rolle spielt, ist schon in dem Abschnitt über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Hansestädte hingewiesen worden. Im ganzen ist aber sowohl im Verbandsbezirk als auch im Bundesgebiet der größere Teil der steuerbegünstigten Spareinlagen nicht den Sparkassen, sondern anderen Kreditinstituten, die sonst im Sparverkehr einen geringeren Anteil haben, zugeflossen. Die weitere Entwicklung der Spareinlagenbestände wird zeigen, inwieweit die Kreditinstitute mit Hilfe der Steuerbegünstigung echte Sparer und echtes Sparkapital erfassen konnten, oder ob nicht in zunehmendem Maße Geldmittel nur wegen der Steueraersparnis Anlage auf Sparkonten gefunden haben. Nach Art und Größe der steuerbegünstigten Spareinlagen lassen sich diese Fragen bei den Sparkassen wahrscheinlich in einem für die Kapitalbildung positiven Sinne beantworten.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

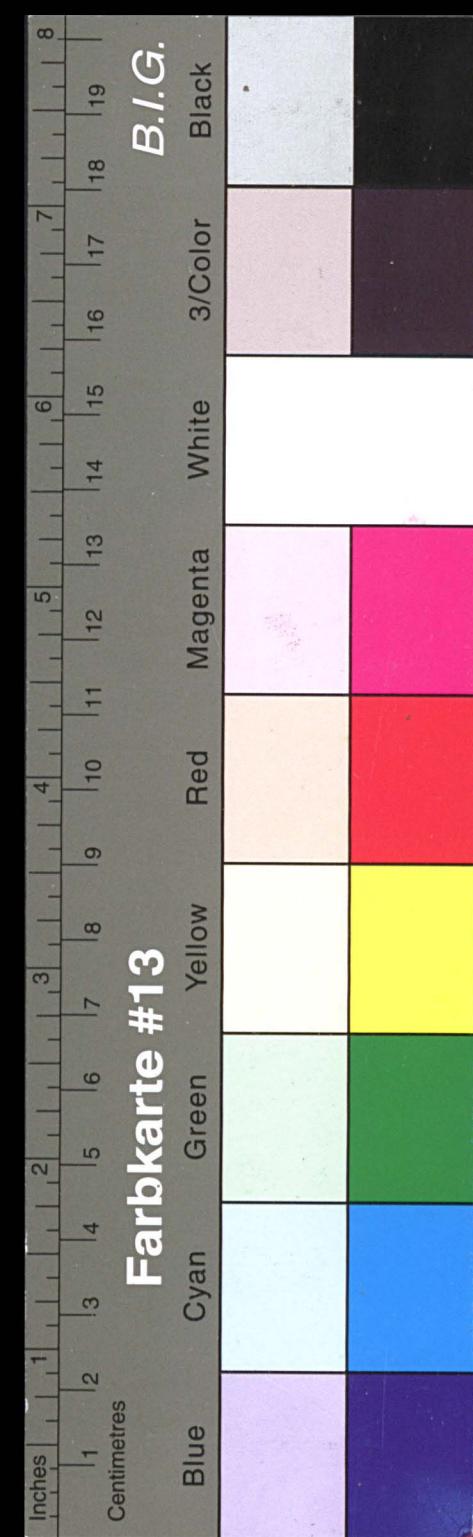


16

Eindrucksvolles Bekenntnis zum regelmäßigen Sparen

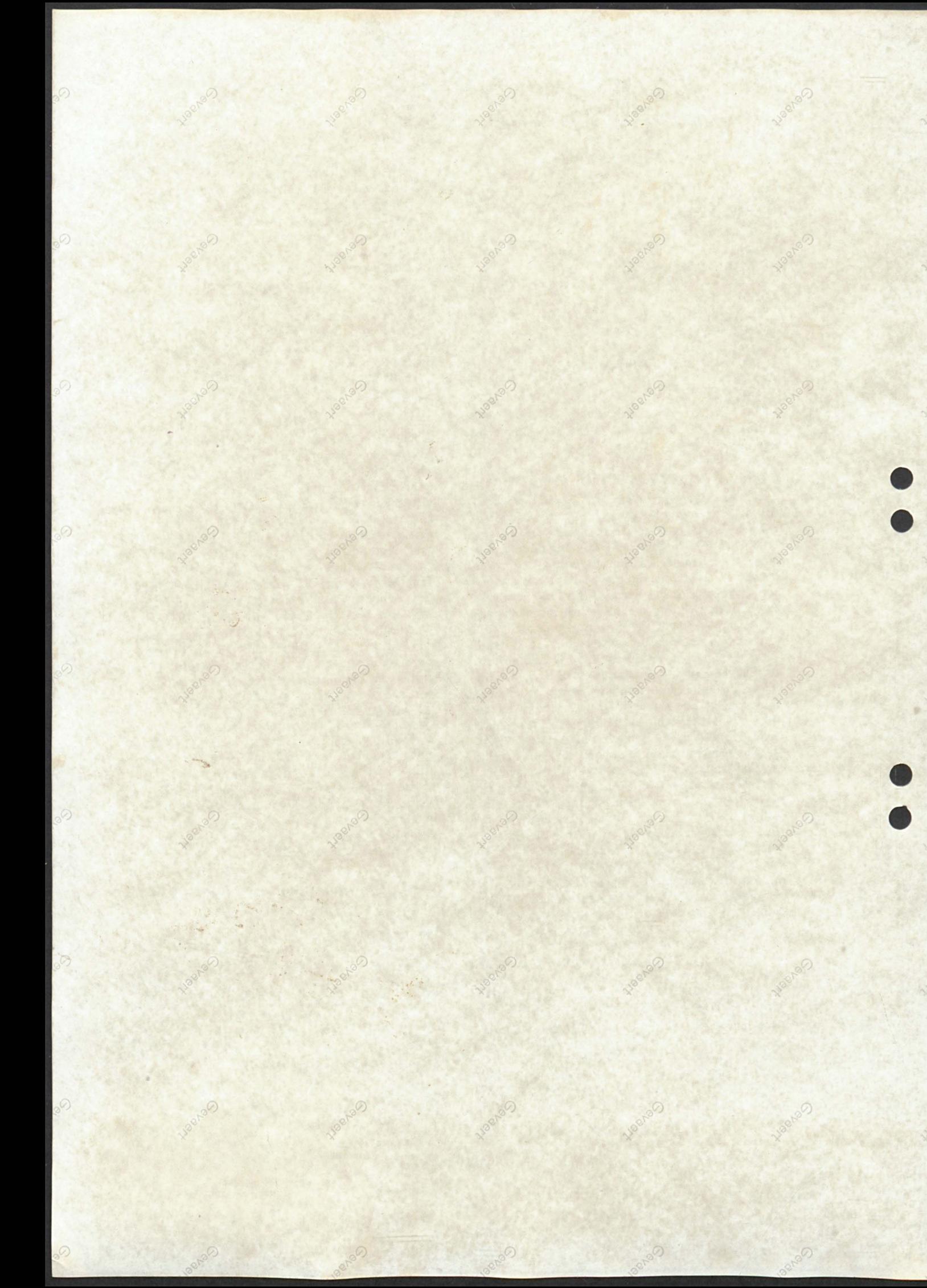
Hanseatisches Prämien sparen

	Sparjahr 1952/53	1953/54	1954/55
Teilnehmerzahl:			
1. Sparmonat (April)	129 998	266 250	332 550
12. Sparmonat (März)	307 950	372 250	426 100
Monats- durchschnitt	234 855	317 838	373 257
Aufgebrachtes Sparkapital			
DM	22 562 112	30 504 520	35 832 640
ausgeloste Prämien- beträge			
DM	2 051 424	2 804 112	3 246 506
Zahl der Gewinne (Prämien)	315 735	425 271	520 642
Das hanseatische Prämien sparen ist ein Beweis dafür, daß auch neue Spareinrichtungen, wenn sie in der Zeit liegen und die Öffentlichkeit ansprechen, erfolgreich und der Sparkapitalbildung nützlich sein können. Vor seiner Einführung selbst von wohlmeinenden Fachverständigen vielfach mit Skepsis beurteilt, hat sich das hanseatische Prämien sparen zu einer Einrichtung des öffentlichen Lebens der Hansestädte entwickelt, die an Popularität wohl von keinem anderen Sparzweig übertroffen wird. Das dritte Sparjahr schloß mit 426 100 Teilnehmern ab. Das bedeutet, daß jetzt etwa 18 v. H. der Bevölkerung am Prämien sparen teilnehmen. Gleichwohl scheint der Kulminationspunkt noch keineswegs erreicht zu sein, so daß die Erwartung nicht unbegründet ist, daß in absehbarer Zeit, wenn auch nur im Durchschnitt gesehen, sich jede Familie am hanseatischen Prämien sparen beteiligt. Die hanseatischen Sparkassen haben es jedenfalls an nichts fehlen lassen, dem Prämien sparen von Monat zu Monat neue Freunde zuzuführen. So bietet das hanseatische Sparverfahren ein Beispiel dafür, daß durch gute, planmäßige und intensive Werbung neue Sparquellen erschlossen werden können, die sonst nicht fließen würden. Bei ihren Bemühungen geht es aber den hanseatischen Sparkassen nicht nur um das Sparkapital selbst, sondern nicht weniger um die sparpädagogische Wirkung. Das hanseatische Prämien sparen ist von Anfang an so konstruiert worden, daß es für den regelmäßigen Sparer besonders vorteilhaft ist. Daher konnten für den Spargedanken nicht nur Hunderttausende neuer Sparer, sondern auch ebenso viele regelmäßige Sparer gewonnen werden. Die Gewöhnung an eine regelmäßige Spartätigkeit ist die dem Prämien sparen innewohnende Wirkung, deren Ausstrahlungen, über den speziellen Bereich hinausgreifend, auch die allgemeine Spartätigkeit fördern.			
In den ersten drei Jahren sind fast 90 Mill. DM Sparkapital von den Prämien sparern aufgebracht worden. Bei der Fälligkeit der Sparbeträge ist die alte Erfahrung bestätigt worden, daß einmal entstandene Sparguthaben nicht ohne weiteres in Anspruch genommen werden. Nach den bisherigen Feststellungen bleiben etwa 70 v. H. der Prämien sparbeträge als Sparguthaben stehen. Die Dauer kapitalbildung aus dem hanseatischen Prämien sparen kann somit nach drei Jahren mit etwa 63 Mill. DM veranschlagt werden. Das Prämien sparen hat damit einen Kapitalbildungserfolg erzielt, der an den Bestand der steuerbegünstigten Spareinlagen bei den hanseatischen Sparkassen etwa heranreicht. Die Breitenwirkung ist aber wesentlich höher zu veranschlagen, denn nicht ganz 50 000 Sparern mit steuerbegünstigten Sparverträgen stehen über 400 000 Prämien sparner gegenüber.			
Im übrigen Bundesgebiet gab es am Jahresende 2,01 Millionen Prämien sparner. Der verhältnismäßig kleine hanseatische Bezirk, auf den etwa 5 v. H. der Bevölkerung des Bundesgebietes entfallen, besitzt mithin mehr als den fünften Teil der Prämien sparner, die in allen anderen Ländern vorhanden sind. Immerhin kann man auch außerhalb des hanseatischen Bezirks im letzten Jahr einen beachtenswerten Fortschritt verzeichnen, da sich die Zahl der Prämien sparner von 1,57 auf 2,01 Millionen erhöht hat, während vorher ein Rückgang zu verzeichnen war. Die Wende dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß dort die Prämien sparsysteme dem hanseatischen Verfahren, das durch seinen klaren Aufbau und durch die gute Mischung von großen, mittleren und kleinen Gewinnen besonders ansprechend ist, angenehmt worden sind.			
Nachdem für das zweite Sparjahr erstmalig ein Zweckertrag für soziale, karitative, gemeinnützige und jugendpflegerische Zwecke in Höhe von 429 090,— DM zur Verfügung gestellt worden war, wurden auch für das dritte Sparjahr Zuwendungen dieser Art aus dem Prämien sparen abgezweigt, und zwar in Höhe von 495 371,— DM. Die Zweckwidmung erfolgte wiederum nach den Vorschlägen der hanseatischen Sparkassen.			
Fortschritte auch bei den traditionellen Kleinspareinrichtungen			
Auf vielfältige Weise fördern die Sparkassen durch Kleinspareinrichtungen den Spargedanken. Der Sparerziehung der Jugend dient namentlich das Schulsparen. Eine für den hanseatischen Bezirk typische Kleinsparform ist das Vereins- und Klub sparen. Daneben wird das Sparen in kleinen Beträgen durch Ausgabe von Heimsparbüchsen und auf verschiedenen anderen Wegen der sparwilligen Bevölkerung nahegebracht.			
In allen Zweigen haben 1954 die Ergebnisse diejenigen des Vorjahres übertroffen.			



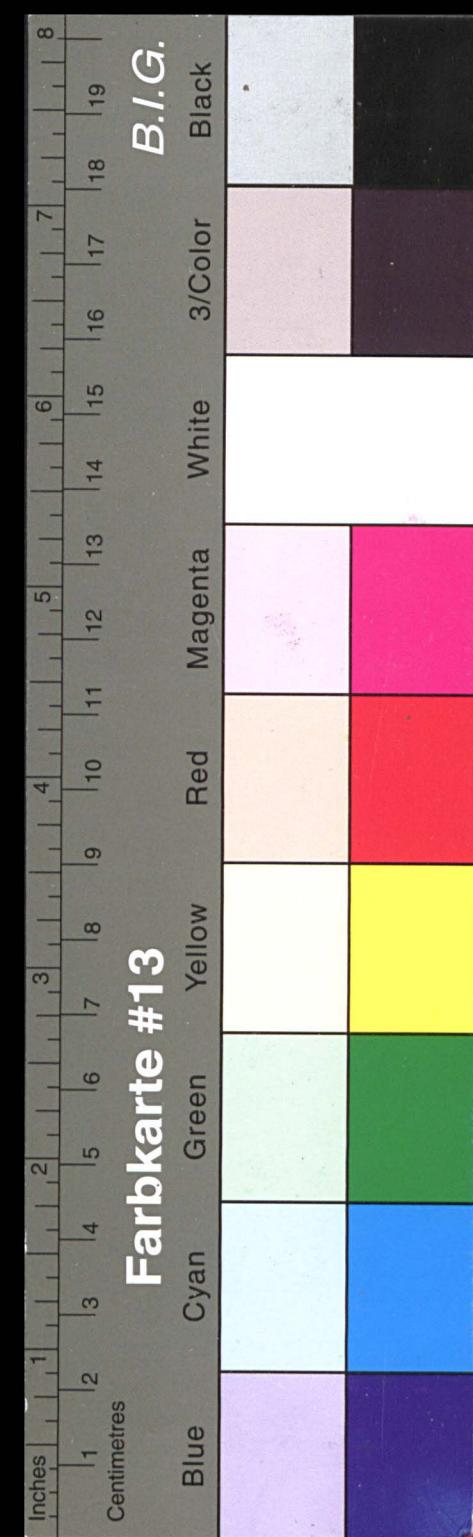
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



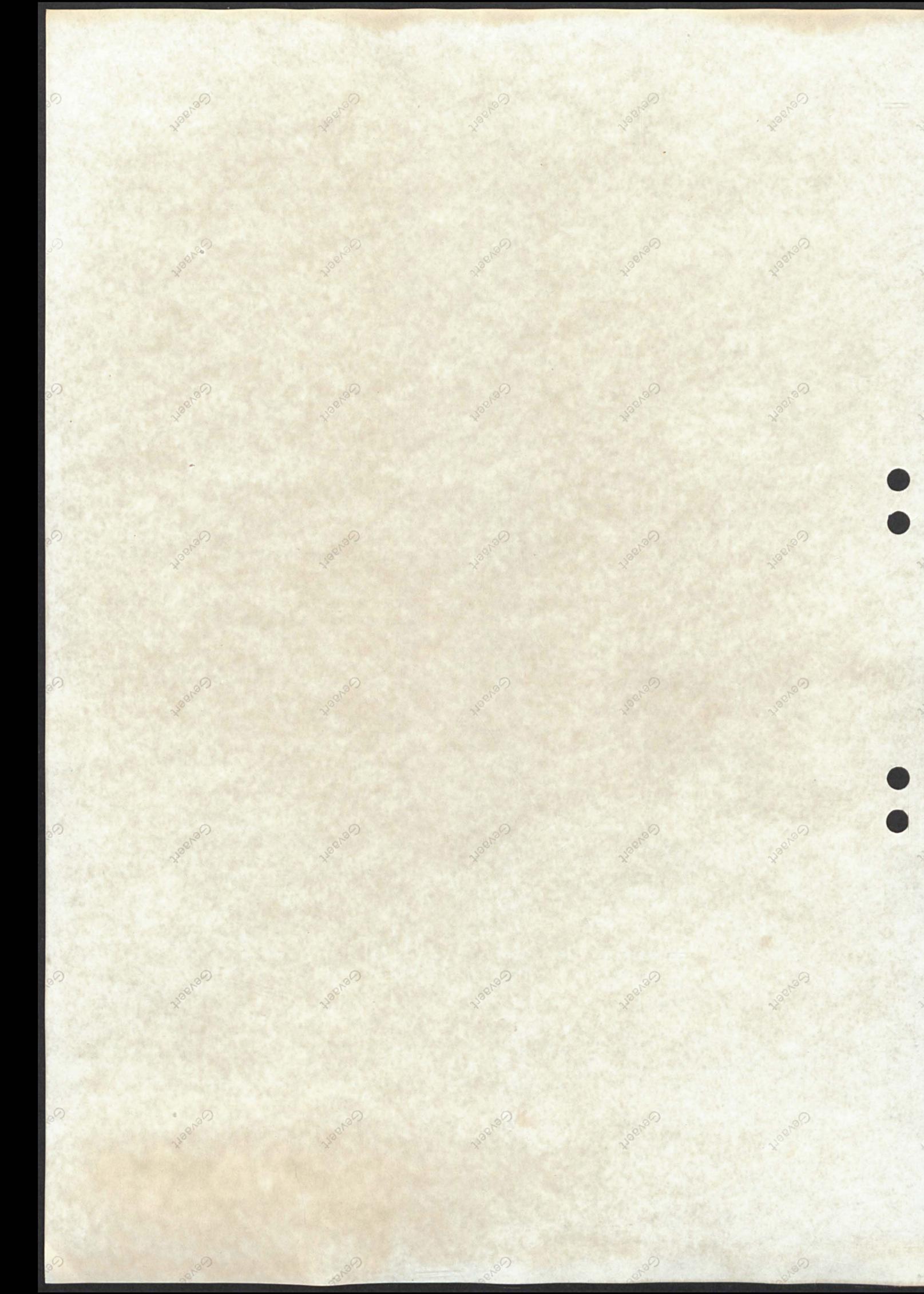
17

Einzahlungen im Kleinsparverkehr				
	DM			
1952	12 927 388			
1953	14 648 746			
1954	17 679 443			
Die für 1953 mit 14,6 und für 1954 mit 17,7 Mill DM angegebenen Einzahlungsbeträge verteilen sich auf die einzelnen Kleinspareinrichtungen folgendermaßen:				
	Mill. DM	Teilnehmerzahl		
Schulsparen	1953 0,4	1954 0,6	1953 143 500	1954 148 747
Heimspärbüchsen	1953 0,3	1954 0,6	1953 69 300	1954 77 300
Vereins-, Klub- und Betriebssparen	1953 8,3	1954 10,2	1953 166 000	1954 194 500
Sonstige Kleinspareinrichtungen	1953 5,6	1954 6,3	1953 189 500	1954 195 500
	14,6	17,7		
Das Schulsparen wird in 482 Schulen gegenüber 376 im Vorjahr durchgeführt.				
Die Gesamteinzahlungen im Sparverkehr betragen 1953 419,4 und 1954 652,0 Mill. DM, die Einzahlungen im Kleinsparverkehr 14,6 und 17,7 Mill. DM. Der Anteil der durch Kleinspareinrichtungen erfassten Sparbeträge macht somit 1953 3,5 und 1954 2,7 v. H. aller Einzahlungen im Sparverkehr aus. Relativ ist aus den schon anfangs angegebenen Gründen der Anteil des Kleinsparverkehrs rückläufig, tatsächlich aber verliert das Kleinsparwesen als praktische Übung des Spargedankens mit geringen Mitteln nicht an Gewicht, da seine Aufgabe zur Sparerziehung und Spargewöhnung nicht an bestimmte Größenordnungen der allgemeinen Sparaktivität gebunden ist.				
Pflege des Bausparwesens				
Die Förderung des Bausparens durch öffentliche Bausparkassen liegt in Bremen bei der Landesbausparkasse Bremen, einer Einrichtung der Sparkasse in Bremen, die in Zusammenarbeit mit der Städtischen Sparkasse Bremerhaven auch das Stadtgebiet Bremerhaven betreut. Außerdem befindet sich in Bremen die Öffentliche Bausparkasse Oldenburg-Bremen, Abteilung der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, deren Geschäftsbezirk vornehmlich das ehemalige Land Oldenburg ist. In Hamburg ist die Öffentliche Bausparkasse Hamburg, eine Abteilung der Hamburgischen Landesbank — Girozentrale —, tätig.				
Bausparkassenergebnisse				
	Landesbauspar- kasse Bremen	Öffentliche Bauspar- kasse Hamburg		
	1953	1954	1953	1954
Verträge	12 030	16 061	7 789	12 518
			Mill. DM	
Vertragssumme	116,9	148,6	107,5	161,2
Bauspareinlagen	20,8	24,1	16,9	25,6
Zwischenkredite	11,9	12,6	5,2	3,7
Bauspardarlehen	15,8	18,2	21,7	25,2



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Wenn auch die Freigabe von 54,9 Mill. DM Altsparerghaben ohne die Möglichkeit einer Mobilisierung der Deckungswerte ein Wagnis für die hanseatischen Sparkassen war, so konnten sie sich doch auf Grund ihrer Kenntnis der Einstellung der Sparger und gestützt auf die positive Beurteilung des allgemeinen Sparprozesses hierzu entschließen. Der Verlauf und die Folgen der Freigabe haben den Sparkassen recht gegeben, denn der größte Teil der Entschädigungsgutschriften ist nicht abgehoben worden, sondern ist als reguläres Sparkapital in den allgemeinen Sparverkehr eingemündet. Eine exakte statistische Aussonderung der abgehobenen Beträge ist damit zwar nicht mehr möglich, die soeben getroffene Feststellung stützt sich aber auf zuverlässige Wahrnehmungen. Das Fehlen einer speziellen Auszahlungsstatistik beeinträchtigt, wie schon an anderer Stelle angedeutet wurde, etwas das Bild der Spareinlagenbewegungen im Berichtsjahr, da der echte Einzahlungsüberschuß um diese Auszahlungen zu niedrig ausgewiesen wird. Immerhin ist es sparpolitisch wohlbürtig, die zu regulären Sparguthaben gewordenen Ausgleichs- und Entschädigungsgutschriften nunmehr auch als solche in den Nachweisen zu behandeln.

Die Durchführung der Altsparerentschädigung hat den Sparkassen einen hohen Arbeitsaufwand verursacht, der endgültige Abschluß wird erst nach der Erledigung aller Fälle des sogenannten Antragsverfahrens, das für Spareinlagen bis zum 31. 7. 1955 befristet ist, sowie der wenigen noch offenen Fälle des Amtsverfahrens nähergerückt sein. Im wesentlichen aber sind die Altsparer nunmehr zu ihrem gesetzlich verbrieften Recht und darüber hinaus zu der von den Sparkassen ermöglichten Verfügung über die Gutschriften gekommen.

e) Tendenzen des Sparprozesses

Als Diagnose für die Entwicklungslinie des Kontospars waren in dem letzten Jahresbericht des Verbandes einige Grundrichtungen aufgezeigt worden, die damals bereits offen zutage traten oder wenigstens im Trend bemerkbar waren. So wurde aufgeführt, daß einmal die Breitenwirkung des Spargedankens auf durchaus elastische Grenzen stößt, die weitere Zunahme der Sparkontenzahl möglich erscheinen lassen, zum anderen, daß dadurch

2. Die Sparkassen in der Verwaltung der Zahlungsgelder

a) Entwicklung der Bestände und Konten

Stand der sonstigen Einlagen — ohne Einlagen von Kreditinstituten

	Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet
31. 12. 1951	97,9	61,5	159,4	4 065,3
31. 12. 1952	171,8	65,8	237,6	4 815,3
31. 12. 1953	234,9	81,6	316,5	5 462,4
31. 12. 1954	250,6	95,7	346,3	5 823,1

und durch die Aufstockung der Sparguthaben der Sparprozeß sich in einem fast regelmäßigen Aufstiegsrythmus befindet, und daß schließlich die Neigung zur längerfristigen Anlage den wachsenden Willen zur Vermögensbildung dokumentiert. Für das Berichtsjahr hat sich diese Analyse bestätigt. Die gekennzeichneten Entwicklungslinien sind noch deutlicher hervorgetreten. Im ganzen hat sich im Laufe der letzten Jahre die Einstellung der Sparger zum Sparen verändert. Das Ergebnis ist eine weitreichende Normalisierung der Spartätigkeit.

Für die Sparkapitalbildung und damit für den gesamten Kapitalmarkt würde es abträglich sein, aus dieser veränderten Situation nicht die notwendigen sparpolitischen Folgerungen zu ziehen. Die zunehmende Bevorzugung längerfristiger Anlagen und die wachsende Bereitschaft zum Vermögenssparen weisen auf das zinspolitische Interesse der Sparger hin, das bei den Sparerentscheidungen heute wieder in den Vordergrund rückt. Für die Kontosparger gewinnt der Zins seine aus der langen Spargeschichte abzulesende Bedeutung als eines wesentlichen Anreizes für die Spartätigkeit zurück. Wer eine weitere Gesundung und Konsolidierung der Sparkapitalbildung wünscht, wird die schon alte, heute aber wieder neue Frage der Zinsempfindlichkeit der Sparger nicht außer acht lassen können. Es ist nicht damit getan, daß auf die Möglichkeiten eines höheren Zinsertrages durch die Anlage in Wertpapieren verwiesen wird. Die Sparkassen stellen sich keineswegs gegen einen Anlagewechsel, beraten vielmehr ihre Kunden auch in dieser Hinsicht und halten gerade im Interesse des Sparger eine freie Wahl unter den verschiedenen Anlagemöglichkeiten, wenn sich unterschiedliche Bedingungen auf natürlichem Wege herausbilden, für gesund und richtig. Es geht aber bei der Frage der Zinsreagibilität der Sparger nicht nur um dieses Teilproblem, sondern um die Richtung und den Erfolg der künftigen Zinspolitik schlechthin, denn für den größten Teil der Kontosparger mit aufgestockten Sparguthaben liegt das Kriterium für die Fortsetzung ihres Beitrags zur Kapitalbildung nicht in den Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Anlageformen, sondern in der angemessenen Verzinsung des ihnen gewohnten Kontospars, mit dessen Hilfe allein sie ein Kapitalvermögen aufzubauen wünschen.

Zuwachs in v. H. des Anfangsbestandes

	Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet
1952	73,9	7,0	49,0	18,5
1953	36,7	24,0	33,2	13,4
1954	6,7	17,3	9,4	6,6

Die dem Zahlungsverkehr dienenden Sichteinlagen und die befristeten Einlagen bei den hanseatischen Sparkassen haben sich im Berichtsjahr von 316,5 auf 29,8 auf 346,3 Mill. DM erhöht. Die Zunahme



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



19

macht 9,4 v. H. des Anfangsbestandes aus, liegt über der Zuwachsrate des Bundesgebietes, ist aber im Vergleich mit den Vorjahren und in Übereinstimmung mit der Tendenz bei den Sparkassen im gesamten Bundesgebiet rückläufig. Diese Entwicklung ist natürlich und verständlich. Die sonstigen Einlagen sind im wesentlichen Zahlungsgelder der Wirtschaft, stehen im Wirtschaftskreislauf und sind hauptsächlich von den Änderungen des Wirtschaftsvolumens abhängig. Wie allgemein in der Wirtschaft die Jahre einer überaus stürmischen Expansion nunmehr, nachdem etwa der Zeitpunkt hochkonjunktureller Vollbeschäftigung erreicht ist, von einer Periode langsamerer Ausweitung abgelöst werden, ist auch im Bestand der sonstigen Einlagen nur noch mit einem normalen Zugang zu rechnen. Die Grundlinie wird naturgemäß beeinflußt durch die weitere Intensivierung des Zahlungsverkehrs, namentlich durch die Zunahme der Kundenzahl. Zu einem guten Teil stand die relativ überdurchschnittliche Entwicklung bei den hanseatischen Sparkassen in den Vorjahren und auch 1954 hiermit im Zusammenhang.

b) Anteil der Sparkassen an den Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten bei allen Kreditinstituten

	Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet
Alle Kreditinstitute				Mill. DM
1953	1 593,9	362,5	1 956,4	15 556,6
1954	1 726,4	516,5	2 242,9	17 411,5

Sparkassen

	1953	1954	165,9	59,2	225,1	3 449,8
1953	165,9	176,0	66,0	242,0	3 709,3	

Anteil der Sparkassen in v. H.

	1953	1954	10,4	16,3	11,5	22,2
1953	10,4	10,2	12,8	10,8	21,3	

Der Anteil der hanseatischen Sparkassen an den Einlagen dieser Art bei allen Kreditinstituten stellt sich jetzt auf 10,8 v. H. Im Bundesgebiet ist für die Sparkassen die entsprechende Zahl 21,3 v. H. Die schon erwähnte Wettbewerbslage kann im wesentlichen als Erklärung für die Abweichung angesehen werden.

c) Gliederung nach Sicht- und Termingeldern

	Sichtgelder	Termin-gelder	insgesamt
	Mill. DM		
1952	131,3	106,3	237,6
1953	164,3	152,2	316,5
1954	178,5	167,8	346,3

in v. H.

	1952	1953	55,3	44,7	100
1952	55,3	44,7	100		
1953	51,9	48,1	100		
1954	51,5	48,5	100		

Innerhalb der sonstigen Einlagen haben die Sichteinlagen mit 51,5 v. H. das Übergewicht. Die Tendenz der prozentualen Verschiebung zugunsten der Termineinlagen ist im Berichtsjahr fast zum Stillstand gekommen, da sich ihr Anteil nur noch um 0,4 auf 48,5 v. H. erhöht hat.

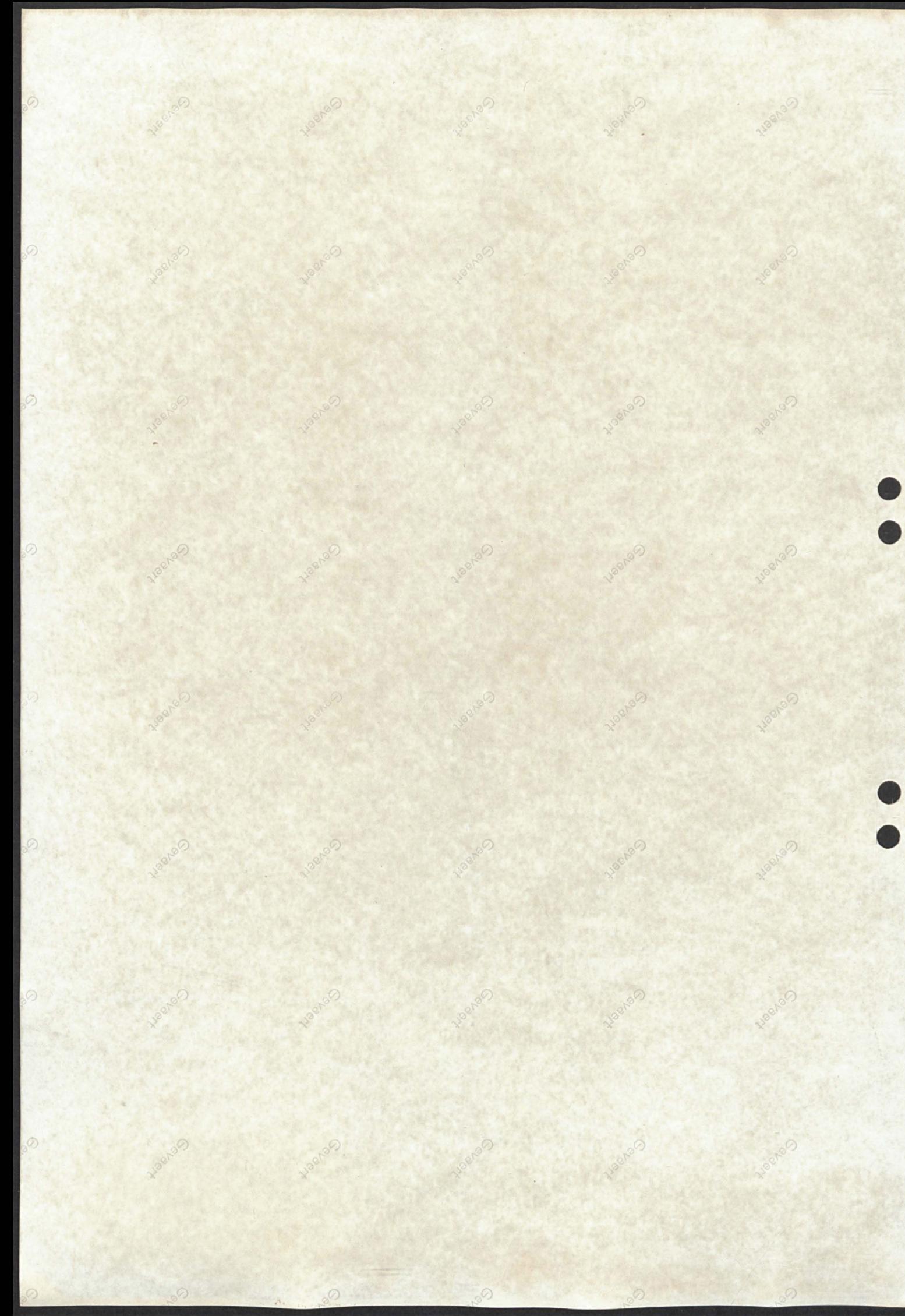
d) Gliederung nach Einlegergruppen

	Sichtgelder	Termin-gelder	Sichtgelder	Termin-gelder
	Mill. DM		Mill. DM	v. H.
Wirtschaft und Private				
1952	116,2	63,5	88,5	59,7
1953	150,4	74,7	91,5	49,1
1954	163,1	78,9	91,4	47,0



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



20

Öffentl.-rechl. Körperschaften				
	Sicht- gelder Mill. DM	Termin- gelder Mill. DM	Sicht- gelder Mill. DM	Termin- gelder Mill. DM
1952	15,1	42,8	11,5	40,3
1953	13,9	77,5	8,5	50,9
1954	15,4	88,9	8,6	53,0
	v. H.			

Wesentliche Änderungen am Anteil der in Wirtschaft und Private einerseits und öffentlich-rechtliche Körperschaften andererseits zusammengefassten Einlegergruppen an den Sicht- und Termingeldern haben sich bei den hanseatischen Sparkassen nicht ergeben. Bei den Termineinlagen ist der Anteil der öffentlich-rechtlichen Körperschaften noch geringfügig gewachsen, die Zuwachsrate ist aber wesentlich geringer als im Vorjahr.

3. Die Gesamteinlagen der hanseatischen Sparkassen

Entwicklung der Gesamteinlagen			
	Bestand Mill. DM	Zunahme Mill. DM	v. H.
Ende 1951	341,5		
Ende 1952	515,0	173,5	50,8
Ende 1953	738,2	223,2	43,2
Ende 1954	992,4	254,2	34,4

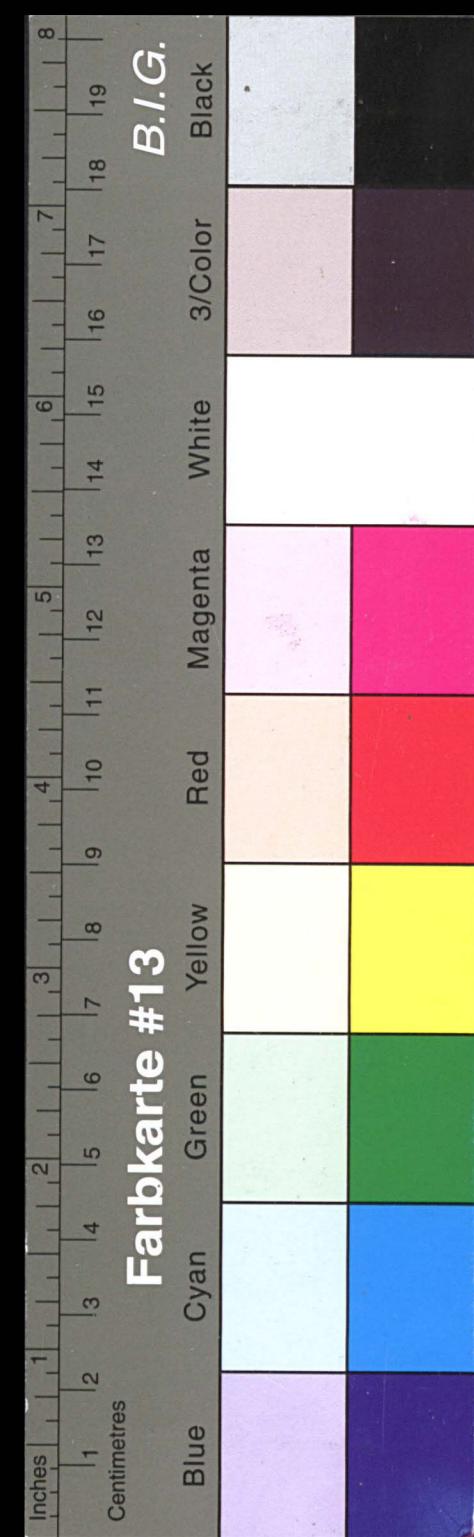
Ende 1954 verwalteten die hanseatischen Sparkassen fast 1 Milliarde DM. Die Zunahme der Gesamteinlagen, die sich auf 254,2 Mill. DM stellt, ist zwar noch etwas höher als im Vorjahr, im Verhältnis zum Anfangsbestand zeigt sich aber, und zwar schon von 1952 an, eine flacher werdende Linie. Hierüber gibt die letzte Spalte des vorstehenden Zahlenbildes näheren Aufschluß. Die Entwicklung erklärt sich damit, daß innerhalb der Gesamteinlagen bei den sonstigen Einlagen die Zuwachsrate mit derjenigen der Spareinlagen nicht Schritt halten konnte. Auf längere Sicht gesehen, wird sich voraussichtlich diese Tendenz noch verstärken, da nicht damit gerechnet werden kann, daß sich die Spareinlagen von Jahr zu Jahr um die Hälfte des Anfangsbestandes vermehren.

Gesamteinlagen pro Kopf der Bevölkerung				
Hamburg	Bremen	Verband	Bundesgebiet	
DM				
1951	141	193	154	153
1952	224	246	230	200
1953	321	326	323	261
1954	420	442	426	337

Wie im einzelnen bei den Spareinlagen und den sonstigen Einlagen die Durchschnittsbeträge pro Kopf der Bevölkerung im Verbandsbezirk höher sind als im Bundesgebiet, ist auch der Durchschnittsbetrag der Gesamteinlagen höher. Dabei wird der Unterschied zugunsten des hanseatischen Bezirks von Jahr zu Jahr größer. Während noch 1951 die Durchschnittsbeträge nur um 1 DM differierten, hat sich der Unterschiedsbetrag in den folgenden Jahren auf 30,—, dann auf 62,— und jetzt auf 89,— DM erhöht.

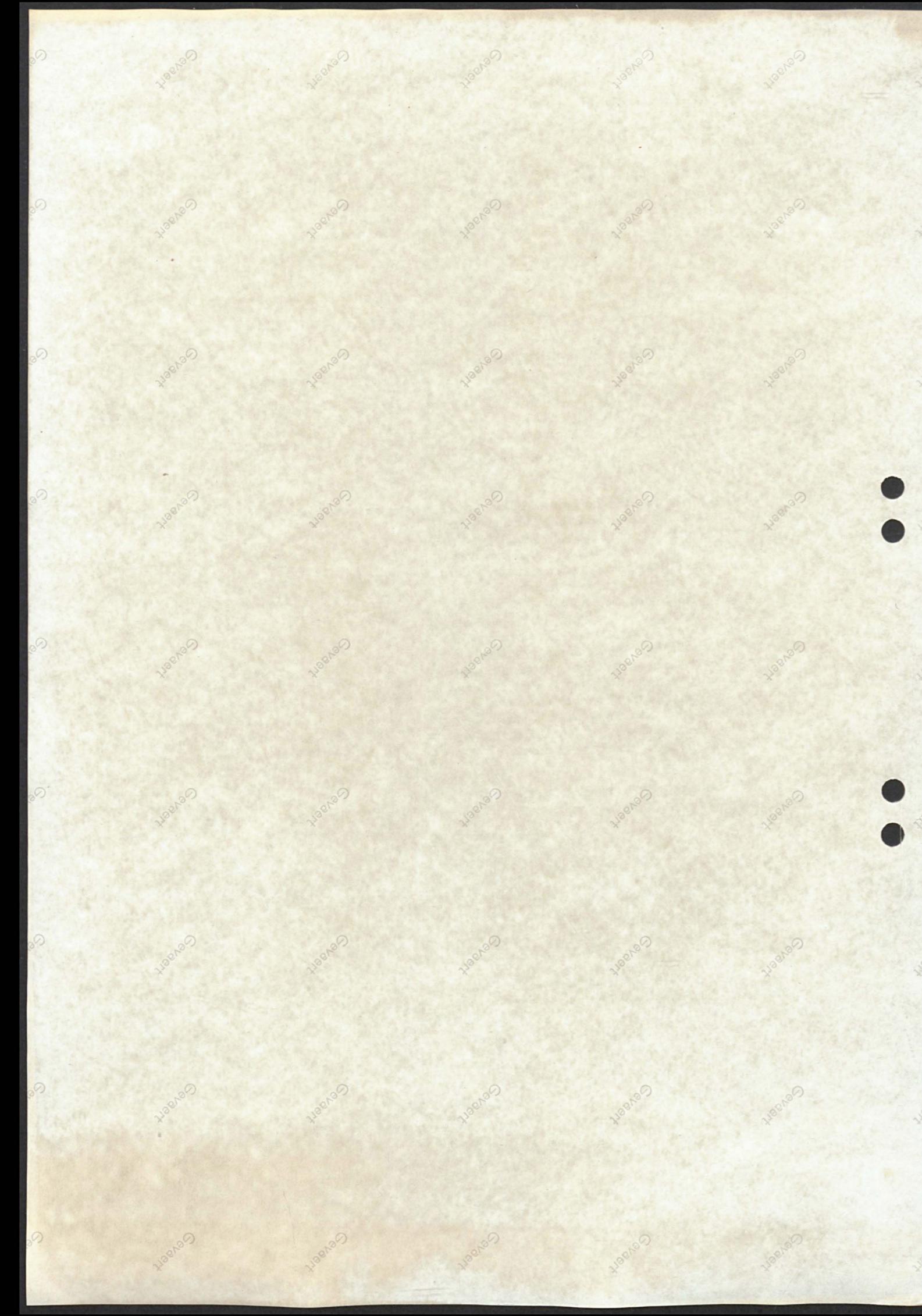
Anteil der hanseatischen Sparkassen am Gesamteinlagenbestand der Sparkassen im Bundesgebiet			
1951: 4,6 v. H.	1953: 5,8 v. H.		
1952: 5,3 v. H.	1954: 6,0 v. H.		

Die schon mehrfach erwähnten Faktoren eines relativ kräftigeren Einlagenzuwachses haben sich dahin ausgewirkt, daß jährlich der Anteil der hanseatischen Sparkassen am Gesamteinlagenbestand der Sparkassen im Bundesgebiet zugenommen hat. Während 1951 auf die hanseatischen Sparkassen 4,6 v. H. aller Einlagenbestände der bundesdeutschen Sparkassen entfielen, waren es Ende 1954 bereits 6,0 v. H.



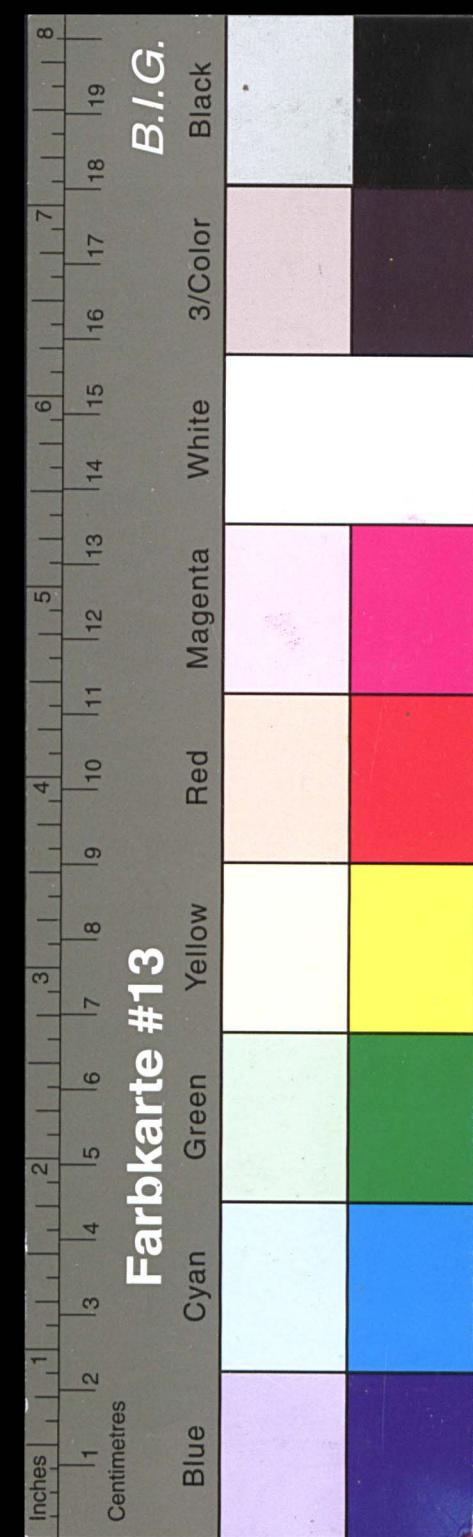
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



21

4. Ausleihungen der hanseatischen Sparkassen																																																																					
a) Allgemeine Daten zum Kreditgeschäft																																																																					
Kreditvolumen der hanseatischen Sparkassen																																																																					
Mill. DM																																																																					
1951 186,0 1953 476,8																																																																					
1952 289,5 1954 654,6																																																																					
Das Kreditvolumen der hanseatischen Sparkassen ist im Berichtsjahr von 476,8 auf 654,6, mithin um 177,8 Mill. DM gestiegen.																																																																					
Die Zunahme ist nicht ganz so hoch, wie im Jahr zuvor, in dem sie sich auf 187,3 Mill. DM stellte. Im Laufe der letzten drei Jahre hat sich das Kreditvolumen der Sparkassen des Verbandsbezirks um 46,8 Mill. DM erhöht. Das Kreditgeschäft hat in dieser Zeit wieder Umfang und Art der traditionellen Sparkassenkredithilfe angenommen.																																																																					
Aufgliederung des Kreditvolumens nach der Herkunft der Mittel																																																																					
<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Spar- kassen- mittel</th> <th>weiter- gegebene Wedsel</th> <th>durch- laufende Kredite</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Mill. DM</td> <td>Mill. DM</td> <td>Mill. DM</td> </tr> <tr> <td>1951</td> <td>156,3</td> <td>1,1</td> <td>28,6</td> </tr> <tr> <td>1952</td> <td>252,6</td> <td>0,9</td> <td>36,0</td> </tr> <tr> <td>1953</td> <td>412,7</td> <td>0,8</td> <td>63,3</td> </tr> <tr> <td>1954</td> <td>563,6</td> <td>—</td> <td>91,0</td> </tr> </tbody> </table>							Spar- kassen- mittel	weiter- gegebene Wedsel	durch- laufende Kredite		Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	1951	156,3	1,1	28,6	1952	252,6	0,9	36,0	1953	412,7	0,8	63,3	1954	563,6	—	91,0																																								
	Spar- kassen- mittel	weiter- gegebene Wedsel	durch- laufende Kredite																																																																		
	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM																																																																		
1951	156,3	1,1	28,6																																																																		
1952	252,6	0,9	36,0																																																																		
1953	412,7	0,8	63,3																																																																		
1954	563,6	—	91,0																																																																		
In dem Kreditbestand von 654,6 Mill. DM sind durchlaufende Kredite mit 91,0 Mill. DM enthalten. Die hanseatischen Sparkassen haben somit aus eigenen Betriebsmitteln 563,6 Mill. DM Kredite gewährt.																																																																					
Kreditanlage nach Fristen																																																																					
<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>kurz- fristig</th> <th>mittel- fristig</th> <th>lang- fristig</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Verbandsgebiet</td> <td>Mill. DM</td> <td>Mill. DM</td> <td>Mill. DM</td> </tr> <tr> <td>1951</td> <td>54,4</td> <td>24,3</td> <td>77,6</td> </tr> <tr> <td>1952</td> <td>68,5</td> <td>47,4</td> <td>136,7</td> </tr> <tr> <td>1953</td> <td>65,0</td> <td>78,8</td> <td>268,9</td> </tr> <tr> <td>1954</td> <td>77,3</td> <td>105,7</td> <td>380,6</td> </tr> <tr> <td>v. H.</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>1951</td> <td>34,8</td> <td>15,5</td> <td>49,7</td> </tr> <tr> <td>1952</td> <td>27,1</td> <td>18,8</td> <td>54,1</td> </tr> <tr> <td>1953</td> <td>15,8</td> <td>19,1</td> <td>65,1</td> </tr> <tr> <td>1954</td> <td>13,7</td> <td>18,8</td> <td>67,5</td> </tr> </tbody> </table>							kurz- fristig	mittel- fristig	lang- fristig	Verbandsgebiet	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	1951	54,4	24,3	77,6	1952	68,5	47,4	136,7	1953	65,0	78,8	268,9	1954	77,3	105,7	380,6	v. H.				1951	34,8	15,5	49,7	1952	27,1	18,8	54,1	1953	15,8	19,1	65,1	1954	13,7	18,8	67,5																				
	kurz- fristig	mittel- fristig	lang- fristig																																																																		
Verbandsgebiet	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM																																																																		
1951	54,4	24,3	77,6																																																																		
1952	68,5	47,4	136,7																																																																		
1953	65,0	78,8	268,9																																																																		
1954	77,3	105,7	380,6																																																																		
v. H.																																																																					
1951	34,8	15,5	49,7																																																																		
1952	27,1	18,8	54,1																																																																		
1953	15,8	19,1	65,1																																																																		
1954	13,7	18,8	67,5																																																																		
<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>kurzfristige Kredite</th> <th>mittelfristige Kredite</th> <th>langfristige Kredite</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bundesgebiet</td> <td>Mill. DM</td> <td>Mill. DM</td> <td>Mill. DM</td> </tr> <tr> <td>1953</td> <td>3 447,9</td> <td>1 005,3</td> <td>4 149,3</td> </tr> <tr> <td>1954</td> <td>4 136,0</td> <td>1 260,3</td> <td>5 723,7</td> </tr> <tr> <td>v. H.</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>1953</td> <td>40,1</td> <td>11,6</td> <td>48,3</td> </tr> <tr> <td>1954</td> <td>37,2</td> <td>11,3</td> <td>51,5</td> </tr> </tbody> </table>							kurzfristige Kredite	mittelfristige Kredite	langfristige Kredite	Bundesgebiet	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	1953	3 447,9	1 005,3	4 149,3	1954	4 136,0	1 260,3	5 723,7	v. H.				1953	40,1	11,6	48,3	1954	37,2	11,3	51,5																																				
	kurzfristige Kredite	mittelfristige Kredite	langfristige Kredite																																																																		
Bundesgebiet	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM																																																																		
1953	3 447,9	1 005,3	4 149,3																																																																		
1954	4 136,0	1 260,3	5 723,7																																																																		
v. H.																																																																					
1953	40,1	11,6	48,3																																																																		
1954	37,2	11,3	51,5																																																																		
Mehr noch als bei den Sparkassen im gesamten Bundesgebiet tritt im hanseatischen Bezirk bei der Aufgliederung der Kredite nach Fristen die Normalisierung des Kreditgeschäfts in Erscheinung. Mit dem günstigen Verlauf der Spartätigkeit konn-																																																																					
Anteil der Kredite nach Fristen an den Einlagen																																																																					
<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Gesamt- einlagen</th> <th>Spar- einlagen</th> <th>Sonstige Einlagen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>kurzfristige Kredite</td> <td>v. H.</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>1951</td> <td>15,9</td> <td>—</td> <td>34,1</td> </tr> <tr> <td>1952</td> <td>13,4</td> <td>—</td> <td>28,8</td> </tr> <tr> <td>1953</td> <td>8,7 (34,8)</td> <td>—</td> <td>20,0 (81,6)</td> </tr> <tr> <td>1954</td> <td>7,8 (25,0)</td> <td>—</td> <td>22,3 (71,0)</td> </tr> <tr> <td>mittelfristige Kredite</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>1951</td> <td>7,1</td> <td>13,4</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>1952</td> <td>9,2</td> <td>17,1</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>1953</td> <td>10,7 (7,8)</td> <td>18,7 (13,7)</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>1954</td> <td>10,7 (7,6)</td> <td>16,4 (11,7)</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>langfristige Kredite</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>1951</td> <td>22,7</td> <td>42,5</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>1952</td> <td>26,5</td> <td>49,3</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>1953</td> <td>36,4 (32,4)</td> <td>63,8 (56,3)</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>1954</td> <td>38,3 (34,6)</td> <td>59,0 (53,3)</td> <td>—</td> </tr> </tbody> </table>							Gesamt- einlagen	Spar- einlagen	Sonstige Einlagen	kurzfristige Kredite	v. H.			1951	15,9	—	34,1	1952	13,4	—	28,8	1953	8,7 (34,8)	—	20,0 (81,6)	1954	7,8 (25,0)	—	22,3 (71,0)	mittelfristige Kredite				1951	7,1	13,4	—	1952	9,2	17,1	—	1953	10,7 (7,8)	18,7 (13,7)	—	1954	10,7 (7,6)	16,4 (11,7)	—	langfristige Kredite				1951	22,7	42,5	—	1952	26,5	49,3	—	1953	36,4 (32,4)	63,8 (56,3)	—	1954	38,3 (34,6)	59,0 (53,3)	—
	Gesamt- einlagen	Spar- einlagen	Sonstige Einlagen																																																																		
kurzfristige Kredite	v. H.																																																																				
1951	15,9	—	34,1																																																																		
1952	13,4	—	28,8																																																																		
1953	8,7 (34,8)	—	20,0 (81,6)																																																																		
1954	7,8 (25,0)	—	22,3 (71,0)																																																																		
mittelfristige Kredite																																																																					
1951	7,1	13,4	—																																																																		
1952	9,2	17,1	—																																																																		
1953	10,7 (7,8)	18,7 (13,7)	—																																																																		
1954	10,7 (7,6)	16,4 (11,7)	—																																																																		
langfristige Kredite																																																																					
1951	22,7	42,5	—																																																																		
1952	26,5	49,3	—																																																																		
1953	36,4 (32,4)	63,8 (56,3)	—																																																																		
1954	38,3 (34,6)	59,0 (53,3)	—																																																																		



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



22

Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf die Sparkassen im gesamten Bundesgebiet. Die vorhergehende Übersicht, die für alle Kredite und für alle Einlagen galt, wird hier durch eine weitere Aufgliederung ergänzt, die den Anteil der einzelnen Kreditarten an den Gesamteinlagen, sowie, je nach Zugehörigkeit, an den Spareinlagen und den sonstigen Einlagen wiedergibt. Das Zahlenbild zeigt einerseits wiederum, daß das langfristige Kreditgeschäft im Vordergrund steht und, wie in früheren Zeiten, die kurzfristigen Kredite ihm gegenüber nur einen geringeren Anteil haben, so daß im Rahmen der Gesamteinlagen die Position des mittel- und langfristigen Kreditgeschäfts sich im Berichtsjahr noch weiter verstärkt hat. Bei den Sparkassen im Bundesgebiet ist die Entwicklung, wenn auch nicht mit gleichen Ergebnissen, so doch parallel verlaufen. Von besonderem Interesse ist nun aber, aus den mittleren Zahlenreihen zu erkennen, daß erstmalig die Quoten der mittel- und langfristigen Kredite am Spareinlagenbestand sich etwas ermäßigt haben. Die Gründe dürften einmal darin liegen, daß das Tempo der Ausleitertätigkeit im mittel- und langfristigen Kreditbereich dem Anwachsen der Spareinlagen nicht in vollem Umfange angepaßt werden konnte, zum andern aber, daß, wie noch anhand des folgenden Zahlenbildes gezeigt werden soll, auch Liquiditätsgesichtspunkte jetzt stärker mitsprechen.

dem relativ stärker werdenden Anteil des langfristigen Geschäfts am Gesamtgeschäft hat sich schon quantitativ eine etwas andere Situation ergeben. So war es notwendig und richtig, bei dem Spareinlagenzugang von 1954 den Gesichtspunkt einer stärkeren eigenen Liquidität des langfristigen Geschäfts mehr zu betonen.

Schwerpunkt des Kreditgeschäfts der Sparkassen
1952 1953 1954

Mill. DM

Wohnungsbau
103,4
182,4
271,4

Handwerk, Gewerbe
62,3
71,3
87,4

Handel
42,1
44,6
58,0

sonstige private Kreditnehmer
17,9
30,6
42,2

Wie bisher steht der Wohnungsbau im Vordergrund, ihm folgen Handwerk, Gewerbe und Handel.

b) Ermäßigte Zuwachsquote im langfristigen Kreditgeschäft

Die langfristigen Ausleihungen

**Hypothe-
kendarlehen**
**Kommunal-
darlehen**
Sonstige
Insgesamt

Mill. DM

1951
66,8
2,1
8,7
77,6

1952
94,4
18,6
23,6
136,6

1953
162,7
22,4
83,8
268,9

1954
257,9
31,2
91,5
380,6

v. H.

1951
86,1
2,7
11,2
100

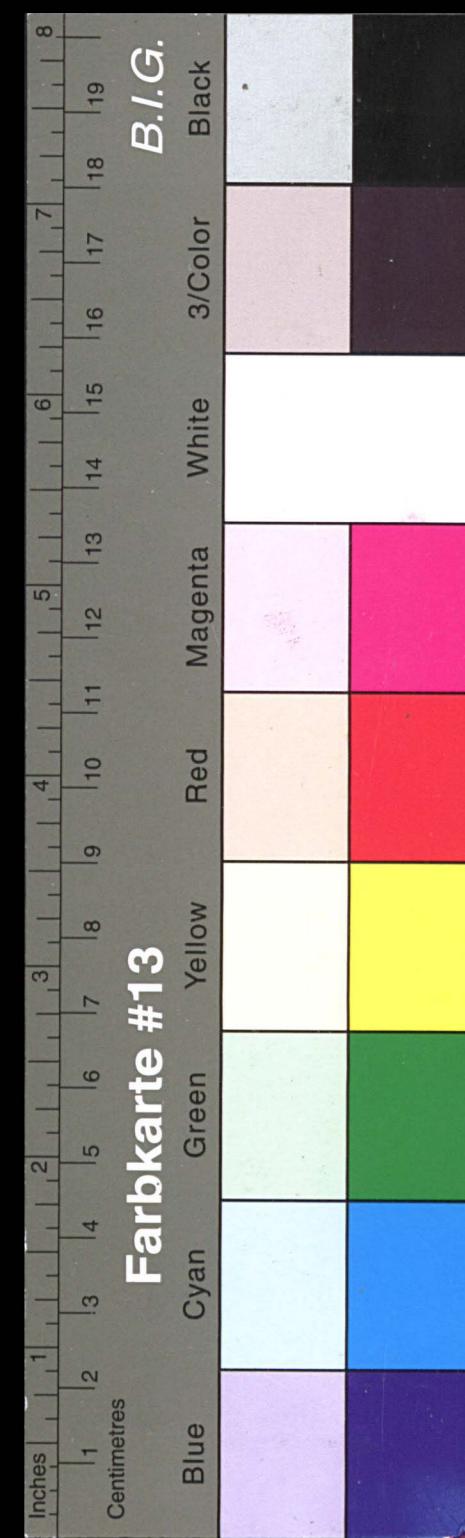
1952
69,2
13,6
17,2
100

1953
60,7
8,4
30,9
100

1954
67,8
8,2
24,0
100

Die langfristigen Ausleihungen der hanseatischen Sparkassen hatten sich in den letzten drei Jahren jeweils etwa verdoppelt.

Im Jahre 1954 haben sie sich von 268,9 um 111,7 auf 380,6 Mill DM erhöht, die Zuwachsquote beträgt mithin 41,5 v.H. des Anfangsbestandes. Damit zeichnet sich auch in diesem Zusammenhang der Beginn einer neuen, gleichmäßigeren und mehr als bisher auf die Liquiditätserfordernisse abgestellten Entwicklung ab. — Innerhalb der langfristigen Ausleihungen sind zwar bei allen drei Gruppen im Berichtsjahr erhebliche Betragszunahmen festzustellen, Prozentual sind aber die



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



13

Kommunaldarlehen und die sonstigen langfristigen Ausleihungen zugunsten der Hypotheken jetzt wieder etwas schwächer beteiligt, während in den drei Jahren zuvor sich eine andere Entwicklung gezeigt hatte.

Das Hypothekengeschäft

Die Herkunft der Mittel für das Hypothekengeschäft der hanseatischen Sparkassen ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

	1952	1953	1954
	Mill. DM		
Hypotheken aus eigenen Mitteln	94,4	162,7	257,9
weitergeleiteten Mitteln	19,1	40,5	50,6
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	113,5	203,2	308,5
Umgestellte Hypotheken	16,4	14,5	13,2
neue Hypotheken	97,1	188,7	295,3

Die Hypothekenanlage der hanseatischen Sparkassen von 308,5 Mill. DM verteilt sich mit 257,9 Mill. DM auf Hypotheken aus eigenen Mitteln und mit 50,6 Mill. DM auf Hypotheken aus weitergeleiteten Mitteln. Der Anteil der zweiten Gruppe, der sich um 10,1 Mill. DM erhöht hat, ist im Verhältnis zu den Hypotheken aus eigenen Mitteln geringer geworden.

Das Hypothekengeschäft im Verhältnis zu den Spareinlagen

	Hypothekenbestand im Verhältnis zum Spareinlagenbestand v. H.	Hypothekenzusagen im Verhältnis zum Spareinlagenzugang v. H.
	Mill. DM	
1951	36,6	90,0
1952	34,9	30,0
1953	40,0	47,6
1954	39,9	60,1

Im Verhältnis zum Spareinlagenbestand ist der Hypothekenbestand etwa konstant geblieben. Mit einer Anlage von rund 40 v. H. der Spareinlagen in Hypotheken ist die allgemeine satzungsmäßige Höchstanlage von 50 v. H. noch nicht erreicht. Es handelt sich hier aber nicht um eine Frage der Bereitschaft zum Realkredit, vielmehr müssen einerseits die Hypothekenzusagen und andererseits das langfristige Anlagegeschäft im ganzen mit berücksichtigt werden. Hypothekenzusagen wurden von den hanseatischen Sparkassen im Ausmaß von 60,1 v. H. des Spareinlagenzuganges erteilt. Unter sonst gleichbleibenden Umständen würde die Erfüllung der Hypothekenzusagen den Anlagesatz an die satzungsmäßige Quote von 50 v. H. der Spareinlagen näher heranführen. Grundsätzlich sollten bei der Frage der Ausschöpfung dieser satzungsmäßigen Grenze ohnehin die Hypothekenzusagen mit in Ansatz gebracht werden, da es richtig erscheint, bereits bestehende Verpflichtungen dieser Art auf die vorhandenen Mittel, nicht aber auf zu erwartende Spareinlagenzugänge abzustellen. Was die langfristigen Ausleihungen im ganzen anbe-

langt, so stellten sie sich einschließlich der Ausgleichsforderungen Ende 1954 nur noch auf 75, im Jahr zuvor auf 94 v. H. der Spareinlagen.

Verwendungszweck der neuen Hypotheken

	1952	1953	1954
	Mill. DM		
Wohnungsbauhypotheken	89,6	164,1	252,9
Schiffshypotheken	2,5	13,9	20,0
Sonstige Hypotheken	5,0	10,7	22,4
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	97,1	188,7	295,3

Im Laufe der letzten drei Jahre haben sich die Bestände an Wohnungsbauhypotheken annähernd dreifacht, an Schiffshypotheken verachtacht und an sonstigen Hypotheken mehr als vervierfacht. Mit dem Fortschreiten des Wohnungsbaus kommt der Ausleihung sonstiger Hypotheken allmählich wieder wachsende Bedeutung zu.

c) Wohnungsbaufinanzierung wie bisher an erster Stelle

Steigende Hypothekenzusagen . . .

	aus den Vorjahren übernommene	neue Zusagen	insgesamt
	Mill. DM		
1951	11,3	23,5	34,8
1952	13,9	43,0	46,9
1953	24,9	79,9	104,8
1954	39,5	96,0	135,5

. . . und Hypothekenauszahlungen

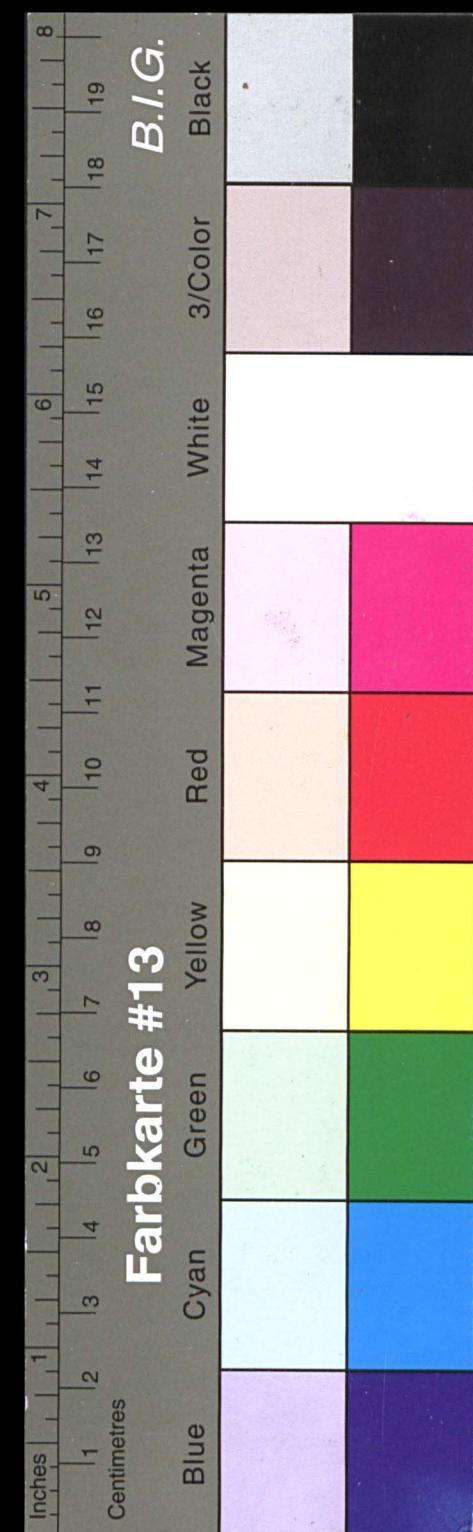
	Mill. DM
1951	18,6
1952	28,5
1953	59,7
1954	84,7

Die hanseatischen Sparkassen hatten im Berichtsjahr Verpflichtungen aus Hypothekenzusagen in Höhe von 135,5 Mill. DM. Die Auszahlungen stellten sich 1954 auf 84,7 Mill. DM. In das Jahr 1955 sind mithin noch offene Hypothekenzusagen in Höhe von 50,8 Mill. DM übernommen worden. Im Jahr zuvor wurden 45,1 Mill. DM offene Hypothekenzusagen in das Jahr 1954 mit hineingenommen.

Finanzierung des sozialen Wohnungsbau

	öffentl. geförderter	sonstiger sozialer Wohnungs-bau	Insgesamt sozialer	in v. H. aller Zusagen bzw. Auszahlungen
	Mill. DM			
Hypothekenzusagen	—	—	20,7	59,5
1951	18,6	12,9	31,5	67,2
1952	45,3	22,2	67,7	84,8
1953	58,9	24,4	83,3	86,8
Hypothekenauszahlungen	—	—	9,9	53,2
1951	12,6	6,4	19,0	66,7
1952	29,6	18,0	47,6	79,7
1953	51,2	20,6	71,8	84,8

20



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Mit 86,8 v. H. der Zusagen und 84,8 v. H. der Auszahlungen hat der soziale Wohnungsbau innerhalb der Wohnungsbaufinanzierung der hanseatischen Sparkassen wiederum einen breiten Raum eingenommen. Die für den „sonstigen sozialen Wohnungsbau“, der in erster Linie von privaten Bauherren getragen wird, zugesagten und ausgezahlten Mittel machen nicht ganz die Hälfte der auf den „öffentlichen geförderten Wohnungsbau“ entfallenden Beiträge aus. Die Änderung im System der Wohnungsbaufinanzierung wird voraussichtlich auf die Anteile beider Gruppen nicht ohne Einfluß bleiben.

d) Erweiterte Kredithilfe durch mittel- und kurzfristige Kredite

Erhöhte mittel- und kurzfristige Ausleihungen

	1952	1953	1954	1952	1953	1954
	Mill. DM			v. H.		
Debitoren	86,1	120,0	153,8	56	83	84
Wechselbestand	29,9	22,6	28,0	44	17	15
zum Einzug versandte Bestandswechsel	—	1,2	1,2	—	—	1
weitergegebene Wechsel	0,8	0,8	—	—	—	—
	116,8	144,6	183,0	100	100	100

Die mittel- und kurzfristigen Kredite haben sich weiter erhöht. In den letzten beiden Jahren haben sie von 116,8 auf 183,0 Mill. DM zugenommen. Im Berichtsjahr ist der Rückgang im Wechselbestand, der 1953 zu verzeichnen war, etwa wieder ausgeglichen worden.

Gliederung nach kurz- und mittelfristigen Krediten

	1952	1953	1954	1952	1953	1954
	Mill. DM			v. H.		
Kredite:						
kurzfristige	69,4	65,8	77,3	60	45	42
mittelfrist.	47,4	78,8	105,7	40	55	58
	116,8	144,6	183,0	100	100	100

Die mittelfristigen Kredite zeigen einen weiteren kräftigen Anstieg, infolgedessen hat sich auch ihre Relation gegenüber den kurzfristigen Krediten auf 58 zu 42 v. H. weiter verstärkt. Bei den kurzfristigen Krediten hat sich die rückläufige Bewegung, die 1953 zu verzeichnen war, nicht fortgesetzt. Vielmehr ist eine beachtenswerte Zunahme festzustellen, durch die der Bestand auf 77,3 Mill. DM erhöht wurde, so daß er jetzt über dem Ergebnis von Ende 1952 liegt. Hinsichtlich der Anteilsätze der beiden Kreditarten ist im Vergleich zu 1952 von Interesse, daß sich das ursprüngliche Verhältnis von 60 zu 40 zwischen kurz- und mittelfristigen Krediten jetzt nahezu umgekehrt hat.

Gliederung nach Art und Fristigkeit und nach Kreditnehmergruppen

Wirt-schaft u. Körper-schaften	öffentl. Kredit-institute	Ins-schafthaften	gesamt
Mill. DM			
Debitoren bis zu 6 Monaten			
1952	34,3	—	4,3
1953	39,7	—	1,5
1954	44,8	—	3,3
Wedelselobligo der Kundshaft			
1952	25,2	—	5,5
1953	19,8	—	4,7
1954	25,0	—	4,2
Mittelfristige Kredite			
1952	44,4	3,1	—
1953	61,3	8,0	9,6
1954	62,2	27,7	15,8
insgesamt			
1952	103,9	3,1	9,8
1953	120,8	8,0	15,8
1954	132,0	27,7	23,3

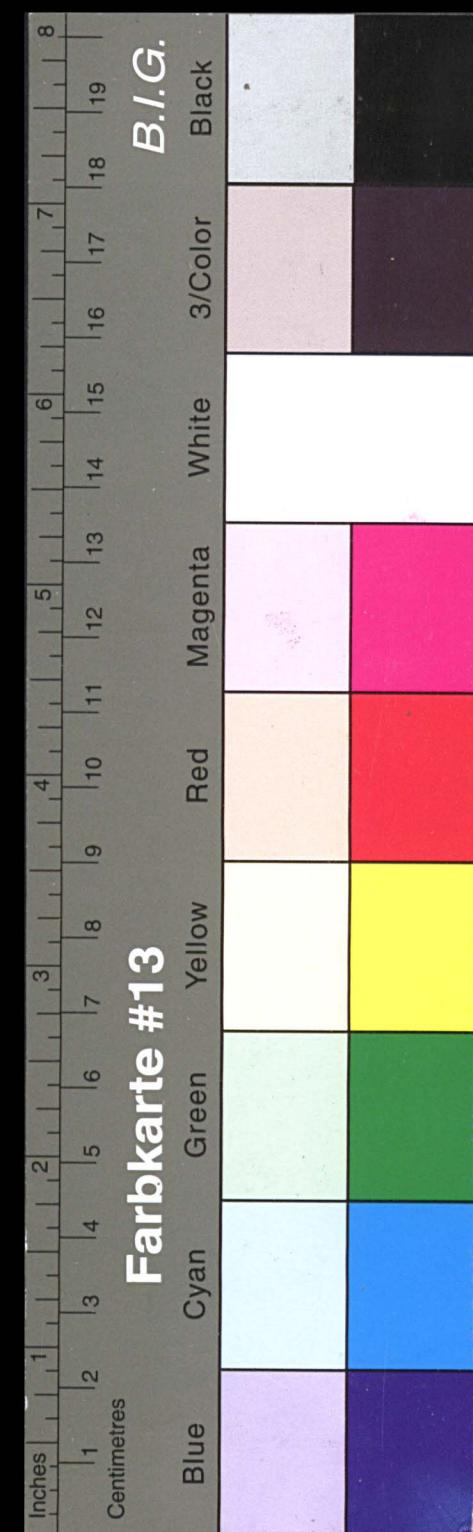
Aus der vorstehenden Gliederung geht hervor, daß die Debitoren bis zu 6 Monaten, die auf Wirtschaft und Private entfallen, sich weiter erhöht haben, und daß das Wedelselobligo desselben Kundenkreises, das im Jahr zuvor etwa um den Betrag der Erhöhung der Debitoren gesunken war, den alten Stand fast wieder erreicht hat. Bei den mittelfristigen Krediten ist die Erhöhung von 78,9 auf 105,7 Mill. DM in der Hauptsache bei den Kreditnehmergruppen der öffentlichen Körperschaften und der Kreditinstitute bewirkt worden.

Teilzahlungsfinanzierung durch kurz- und mittelfristige Kredite

Ende 1954 hatten die hanseatischen Sparkassen 18,1 Mill. DM Teilzahlungsfinanzierungskredite ausgelichen, gegenüber 16,1 Mill. DM Ende 1953 und 18,0 Mill. DM Ende 1952. Der Anteil dieser Kredite an den kurz- und mittelfristigen Ausleihungen der hanseatischen Sparkassen ist auf 9,9 v. H., gegenüber 11,2 v. H. im Vorjahr und 11,0 v. H. Ende 1952, gesunken.

Gliederung der Teilzahlungskredite nach kurz- und mittelfristigen Laufzeiten

	kurzfristig	mittelfristig	Mill. DM
1952	5,7	7,3	
1953	4,1	12,0	
1954	3,6	14,5	
davon im Wege der Refinanzierung			
1952	3,7	—	
1953	0,4	5,2	
1954	0,4	4,4	



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



25

Innerhalb der Teilzahlungskredite hat sich die Entwicklungslinie eines Rückgangs bei den kurzfristigen und einer Erhöhung bei den mittelfristigen Krediten fortgesetzt.

Durchschnittsbeträge und Größengliederung

An Wirtschaft und Private waren von den hanseatischen Sparkassen Ende 1954 im ganzen 132,1 Mill. DM, Ende 1953 119,4 Mill. DM und Ende 1952 103,9 Mill. DM ausgeliehen. Die folgenden Übersichten geben über die Durchschnittsbeträge und die Größengliederung der kurz- und mittelfristigen Kredite an Wirtschaft und Private näheren Aufschluß.

	Durchschnittsbeträge		Kredite		Wechsel	
	1952	1953	1954	1952	1953	1954
Stückzahl	45 045	55 912	52 460	4 642	5 492	6 453
Betrag Mill. DM	78,7	101,5	107,1	25,2	17,9	25,0
Durchschnittsbetrag DM	1 747	1 814	2 042	5 421	3 266	3 874
Größengliederung		1952	1953	1954	1952	1953
Kredite		Mill. DM	v. H.	1954		
bis 5 000	18,9	23,9	28,6	23,9	23,5	26,7
über 5 000 bis 20 000	11,2	13,6	15,4	14,2	13,4	14,4
" 20 000 " 100 000	21,2	22,5	26,7	26,9	22,2	24,9
" 100 000 " 200 000	9,7	9,5	10,3	12,3	9,4	9,6
" 200 000	17,7	32,0	26,1	22,7	31,5	24,4
	78,7	101,5	107,1	100,0	100,0	100,0
Wechsel		Mill. DM	v. H.	1954	1953	1954
bis 5 000	4,0	5,4	6,3	16,0	30,2	25,2
über 5 000 bis 20 000	3,2	3,6	4,3	12,5	19,8	17,2
" 20 000 " 100 000	4,0	4,2	4,9	15,9	23,6	19,6
" 100 000 " 200 000	2,2	1,5	1,6	8,7	8,4	6,4
" 200 000	11,8	3,2	7,9	46,9	18,0	31,6
	25,2	17,9	25,0	100,0	100,0	100,0

Bei den Debitoren hat sich der Durchschnittsbetrag nochmals leicht erhöht, nämlich von 1 814 DM auf 2 042 DM. Bei den Wechseln ist der 1953 zu verzeichnende Rückgang des Durchschnittsbetrages zu einem Teil wieder aufgeholt worden. In der Größengliederung zeigt sich bei den Krediten in allen Positionen bis zu 200 000 DM eine absolute und prozentuale Zunahme, bei den größeren Krediten dagegen ein Rückgang. Bei den Wechseln haben die Bestände in allen Größenklassen zugenommen, relativ am stärksten jedoch bei den größeren Abschnitten, so daß sich im prozentualen Anteil der einzelnen Größenklassen ein umgekehrtes Bild wie bei den Krediten ergibt.

e) **Mittelständische Investitionskredite**

Die Kredithilfe der hanseatischen Sparkassen für den Mittelstand durch Bereitstellung dringend benötigter Investitionskredite ist im Berichtsjahr auf zweifache Weise vonstatten gegangen. Einmal haben die hanseatischen Sparkassen, wie auch die Sparkassen im übrigen Bundesgebiet, die Bestrebungen um eine Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Hilfe von Garantiegemeinschaften wirksam unterstützt. Zum anderen ist von den hanseatischen Sparkassen der mittelständische Investitionskredit aus eigener Initiative und aus eigenen Mitteln in besonderem Maße gepflegt worden. Im Jahre 1954 wurde von ihnen ein Betrag von zunächst 26,5 Mill. DM für Investitionskredite an das Handwerk, den Handel, die Landwirt-

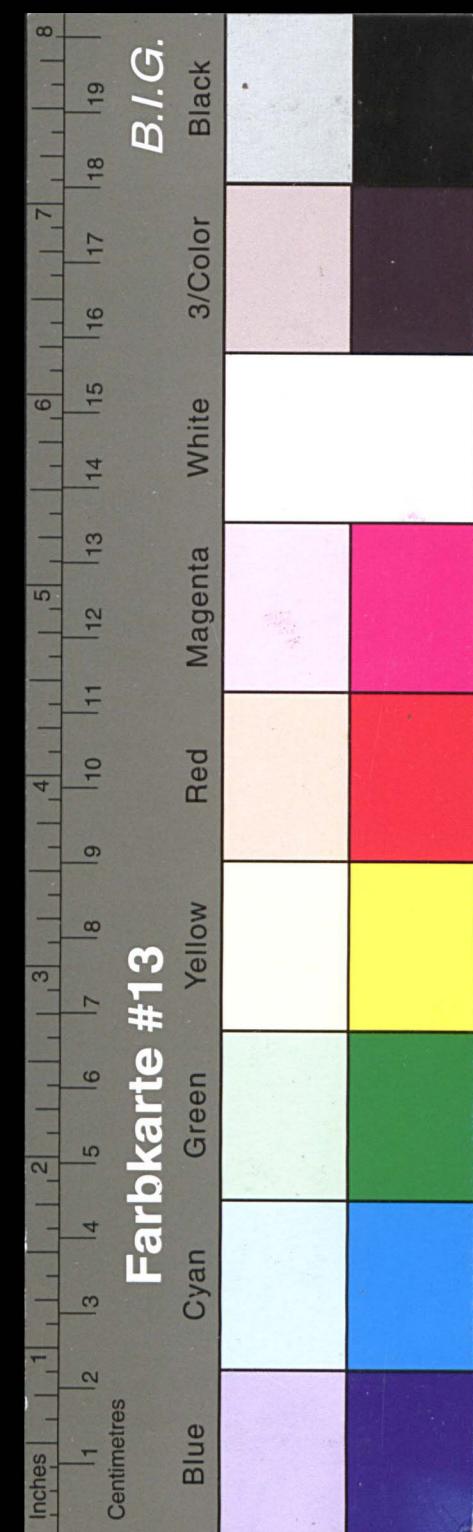
schaft und die freien Berufe zur Verfügung gestellt. Die Darlehen haben eine Laufzeit von zwei bis zu zehn Jahren. Je nach Bedarf kann der bereitgestellte Betrag aufgestockt werden. Im Rahmen dieser Aktionen war den hanseatischen Sparkassen daran gelegen, nicht nur durch einen größeren Kreditfonds eine umfassende Kredithilfe zu leisten, sondern auch die Bedingungen zu verbessern und sie auf den Typ von Investitionskrediten abzustellen. Deshalb wurde für die Darlehen die Möglichkeit nicht nur mittelfristiger, sondern auch langfristiger Laufzeiten vorgesehen.

Diese Kreditaktionen der hanseatischen Sparkassen sind von den Kreisen des Mittelstandes als zweckmäßige Maßnahme sehr begrüßt und durch zahlreiche Kreditanträge und Kreditanspruchnahmen praktisch anerkannt worden. Berufsständische Organisationen der mittelständischen Wirtschaft haben öffentlich auf Bedeutung und Zweckmäßigkeit solcher Kreditaktionen hingewiesen, so daß auch außerhalb des Verbandsbezirks Sparkassen gleiche oder ähnliche Krediteinrichtungen geschaffen haben.

f) **Weitere Zunahme der durchlaufenden Kredite**

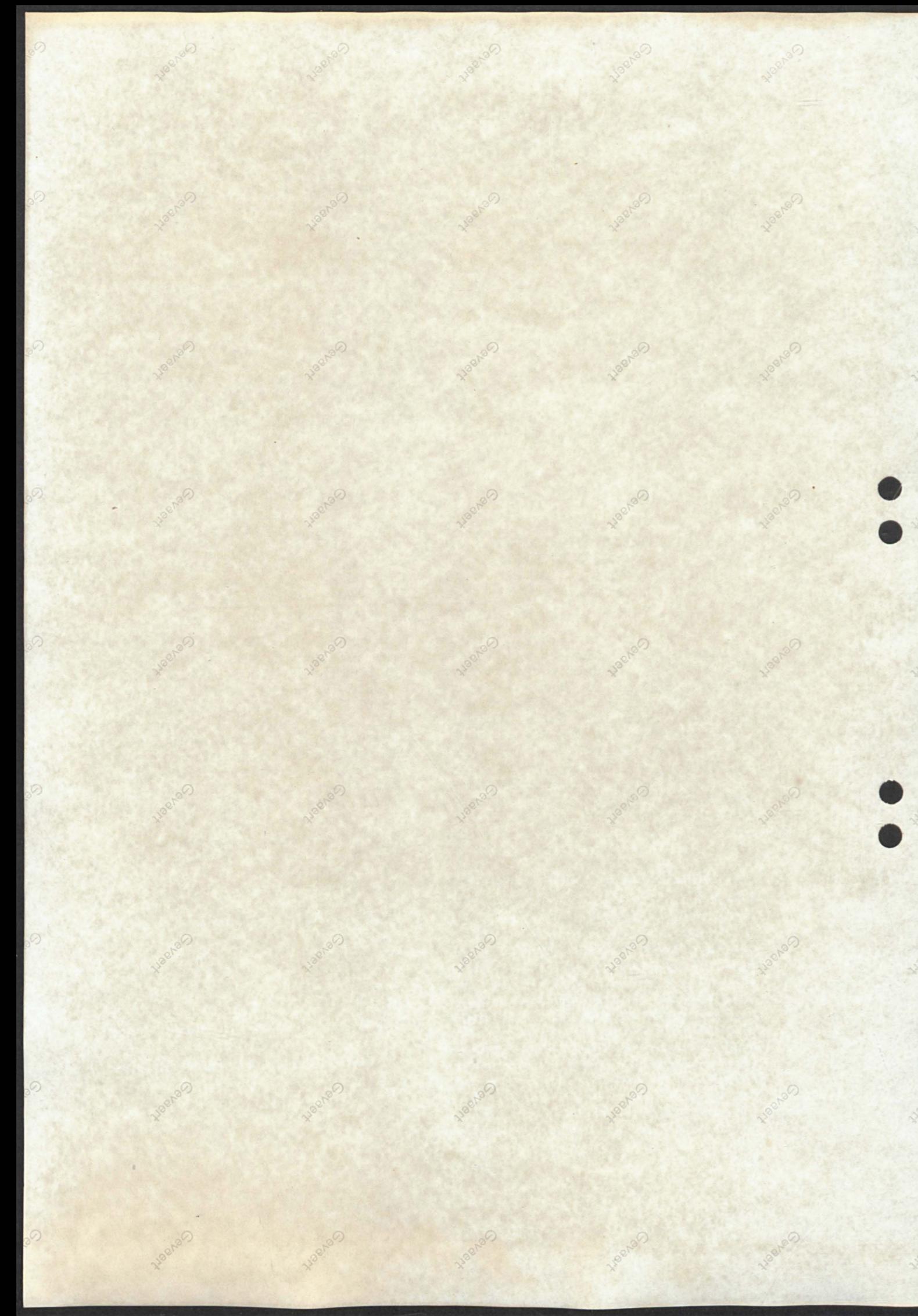
Bestand der durchlaufenden Kredite

	Mill. DM
1952	36,0
1953	63,3
1954	91,0



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



26

Herkunft der Mittel		
	1952	1953
		Mill. DM
Lastenausgleichsbank	11,8	20,0
öffentliche Stellen	23,3	41,1
sonstige Stellen	1,9	2,2
	36,0	63,3
		91,0

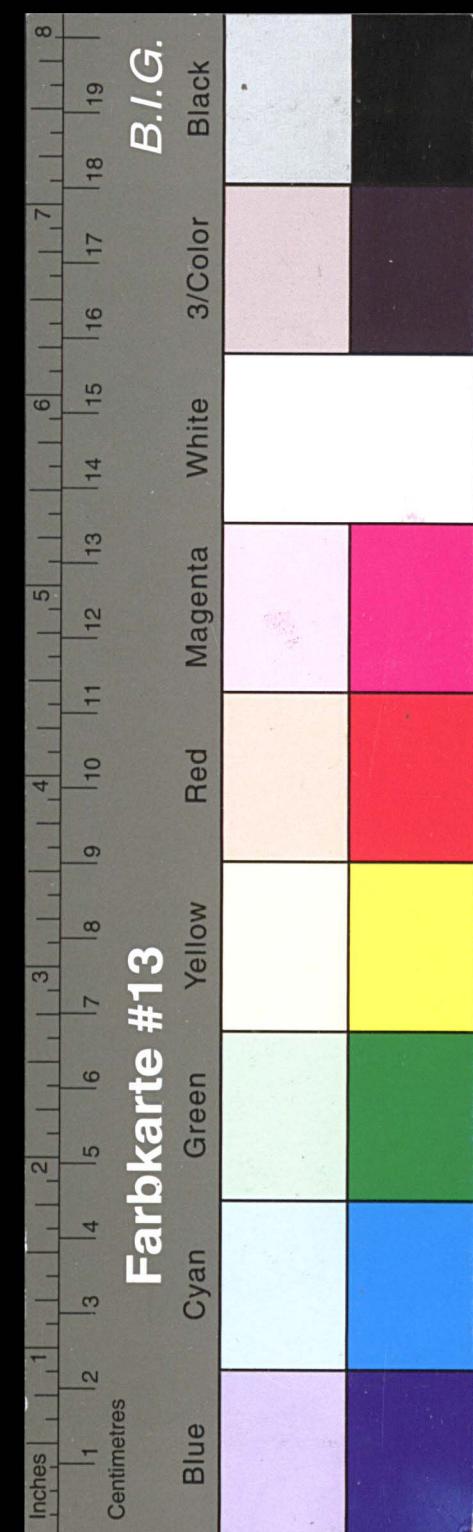
Wie das gesamte Kreditvolumen hat sich auch der Bestand der durchlaufenden Kredite im Berichtsjahr nicht mehr im gleichen Maße wie im Vorjahr erhöht. Immerhin hat diese Kreditart mit jetzt 91,0 Mill. DM nach wie vor kreditpolitisch ein starkes Gewicht. Hinzu kommt, daß bei diesen Sozialkrediten von den Sparkassen meistens sehr detaillierte Auflagen und Weisungen der die Mittel gewährenden Stellen zu beachten sind, so daß sich für sie damit ein besonders starker Arbeitsaufwand verbindet.

5. Dringliches Problem Ausgleichsforderungen

Seit der Währungsreform ist das Thema der Ausgleichsforderungen, mit denen die bei der Umstellung entstandenen Bilanzlücken der Kreditinstitute ausgefüllt wurden, nicht zur Ruhe gekommen. Es kann nicht aus der bankpolitischen Diskussion verschwinden, so lange es nicht befriedigend gelöst ist. Für die Sparkassen hat es infolge des großen Postens der Ausgleichsforderungen ein besonders schweres Gewicht. Der Hinweis, daß seine Bedeutung im Laufe der Jahre mit der Ausweitung der Bilanzsumme nachgelassen hat, ist nur relativ richtig. Diese Meinung läßt sich allenfalls unter dem Gesichtspunkt vertreten, daß die Sparkassen jetzt kreditpolitisch größere Bewegungsmöglichkeit haben, und daß infolgedessen die Ausgleichsforderungen ihre Kreditkapazität nicht mehr in dem Maße blockieren wie in den ersten Jahren nach der Währungsreform. Ganz untragbar sind aber weiterhin die Belastung der Sparkassen in der Rentabilität, das Mißverhältnis zwischen formalem und tatsächlichem Liquiditätswert der Ausgleichsforderungen und die Beeinträchtigung des Bilanzbildes mit Werten, die nach allgemeinen Bilanzierungsgrundsätzen infolge ihrer Unterverzinslichkeit und ihrer mangelnden Tilgung nicht als vollwertig gelten können. Die Ausgleichsforderungen stellen für die hanseatischen Sparkassen noch immer eine drückende Last dar.

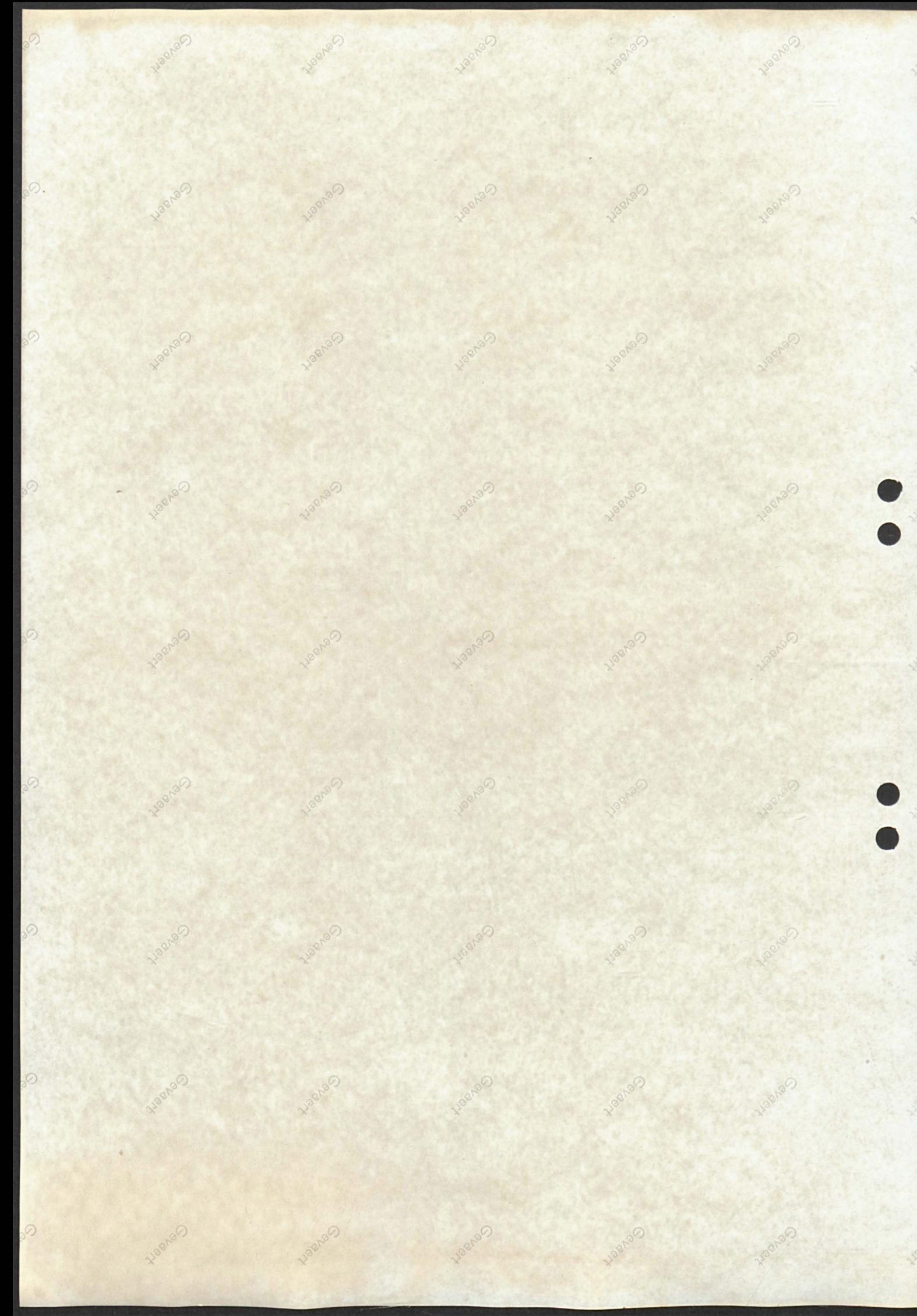
Bestand der Ausgleichsforderungen		
	Hamburg	Bremen
	Mill. DM	Verband
1951	84,1	28,4
1952	93,4	28,3
		112,5
		121,7
		1953 93,7 28,0 121,7
		1954 93,0 30,8 123,8

Die Erwartungen auf die dringend notwendige, angemessene Regelung haben in letzter Zeit durch das in Aussicht genommene Gesetz zur Tilgung von Ausgleichsforderungen einen, wenn auch schwachen, praktischen Ansatzpunkt gefunden. Vorgesehen ist eine allgemeine Tilgung von jährlich 1 v. H. und außerdem Ankäufe in besonderen Fällen aus Gewinnen der Notenbank. Zweckmäßiger erscheint es im Interesse einer gleichmäßigen Aufteilung des Blockes der Ausgleichsforderungen, von solchen Sonderankäufen abzusehen und dafür die allgemeine Tilgung zu verstärken. Leider be- schränkt sich der Änderungsvorschlag auf die Tilgung und berührt nicht die Verzinsung der Ausgleichsforderungen. Eine beide Fragen umfassende Regelung ist aber nicht nur wegen der Sparkassen und der übrigen Kreditinstitute, sondern auch wegen der Tragweite des Problems für den Kapitalmarkt und den Staatskredit notwendig. Möglichkeiten zu einer Regelung der Frage zeichnen sich im Zusammenhang mit der Umwandlung von Ausgleichsforderungen der Notenbank in Geldmarktpapiere ab.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



27

6. Im Status der Liquiditätsfülle			
Erweiterte Liquidität			
	1952	1953	1954
Mill. DM			
liquide Mittel erster Ordnung (wie oben)	144,6	212,8	262,4
Wechsel	29,9	22,6	28,0
Schatzwedsel und unverzins- liche Schatzanweisungen	1,0	4,0	4,5
Wertpapiere	<u>17,8</u>	<u>26,4</u>	<u>52,3</u>
	<u>193,3</u>	<u>265,8</u>	<u>347,2</u>
Ausgleichsforderungen	121,7	121,7	123,8
Gesamtliquidität	315,0	387,5	471,0
Sollbetrag	212,2	290,6	381,4
Istbetrag in v. H. des Sollbetrages	148,5	133,4	123,5

Die Zeit ständiger Liquiditätsanspannung durch massierte Kreditanforderungen bei spärlichen Einlagenzuflüssen ist schon seit längerem einer Periode steigender Liquiditätsvorsorge und außergewöhnlicher Liquiditätsfülle gewichen. Es würde nahelegen, bereits von einer Überiquidität zu sprechen, wenn nicht das Liquiditätsproblem, auch bei ruhiger Betrachtung der allgemeinen Wirtschaftslage, mit der Übersehbarkeit der Entwicklung belastet wäre. So haben die hanseatischen Sparkassen im Berichtsjahr Wert darauf gelegt, über den Zugang neuer Einlagen so zu disponieren, daß das Liquiditätsbild im ganzen etwa unverändert geblieben ist.

Neben den für alle Kreditinstitute geltenden Mindestreservevorschriften, die ihren praktischen Niederschlag in den Guthaben bei den Landeszentralbanken finden, müssen von den Sparkassen die im Sparkassenrecht verankerten Liquiditätsvorschriften beachtet werden. Danach ist zu unterscheiden zwischen Liquidität erster Ordnung und der erweiterten Liquidität. Die erste Stufe umschließt eine Liquiditätsreserve von 10. v. H. der Spareinlagen und 20 v. H. der sonstigen Einlagen, während die entsprechenden Prozentsätze für die zweite Stufe 30 und 50 v. H. betragen. Zu Ende 1954 ergeben sich nach diesen Regeln für die hanseatischen Sparkassen Sollbeträge der Liquidität erster und erweiterter Ordnung von 139,8 und 381,4 Mill. DM. Das Liquiditätsbild zeigt im einzelnen folgende Ergebnisse:

Liquidität erster Ordnung			
	1952	1953	1954
Mill. DM			
Kassenbestand	10,1	10,8	12,7
Guthaben bei Landeszentralbanken	32,6	58,9	62,6
Postcheckguthaben	0,8	0,8	0,9
Guthaben bei Kreditinstituten	98,5	138,9	183,3
Schecks und Inkassowechsel	2,6	3,4	2,9
liquide Mittel erster Ordnung	<u>144,6</u>	<u>212,8</u>	<u>262,4</u>
Sollbetrag	<u>77,2</u>	<u>107,9</u>	<u>139,8</u>
Istbetrag in v. H. des Sollbetrages	187,5	197,2	187,8

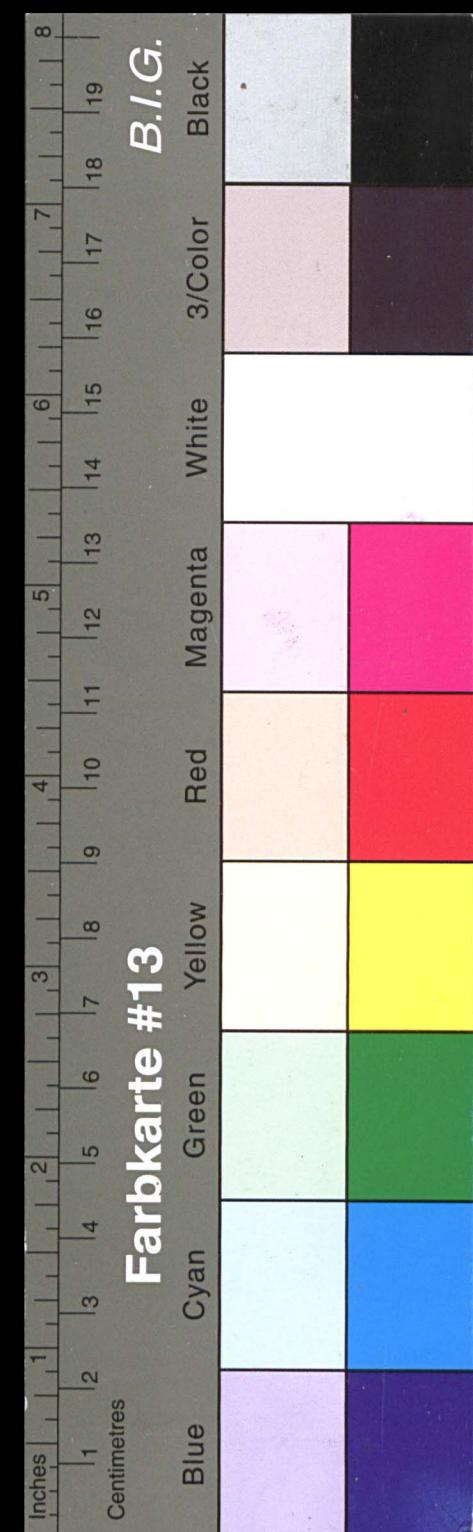
Der Liquiditätsschwerpunkt ruht auf der Liquidität erster Ordnung. Das Liquiditätssoll ist mit 187,8 v. H. fast doppelt erfüllt. Allein an Mindestreserven bei Landeszentralbanken wird mit 62,6 Mill. DM ein Betrag unterhalten, der annähernd die Hälfte des Liquiditätssollbetrages und ein Viertel des Liquiditätssollbetrages ausmacht. In Guthaben bei Kreditinstituten, die vor allem die Liquiditätsanlagen bei den sparkasseneigenen Zentralbanken, den Girozentralen, enthalten, sind weit mehr liquide Mittel vorhanden, als dem Sollbetrag entspricht. Mit 262,4 Mill. DM liquiden Mitteln erster Ordnung haben die hanseatischen Sparkassen 26,3 v. H. der Gesamteinlagen in flüssigen Werten dieser Art angelegt.

Bei der erweiterten Liquidität machen die einzurechnenden liquiden Mittel erster Ordnung mehr als zwei Drittel des Sollbetrages aus. Die Position der anrechnungsfähigen Wertpapiere hat sich verdoppelt; bei den Ausgleichsforderungen sind natürgemäß keine nennenswerten Änderungen eingetreten.

7. Leichte Verbesserung der Ertragslage

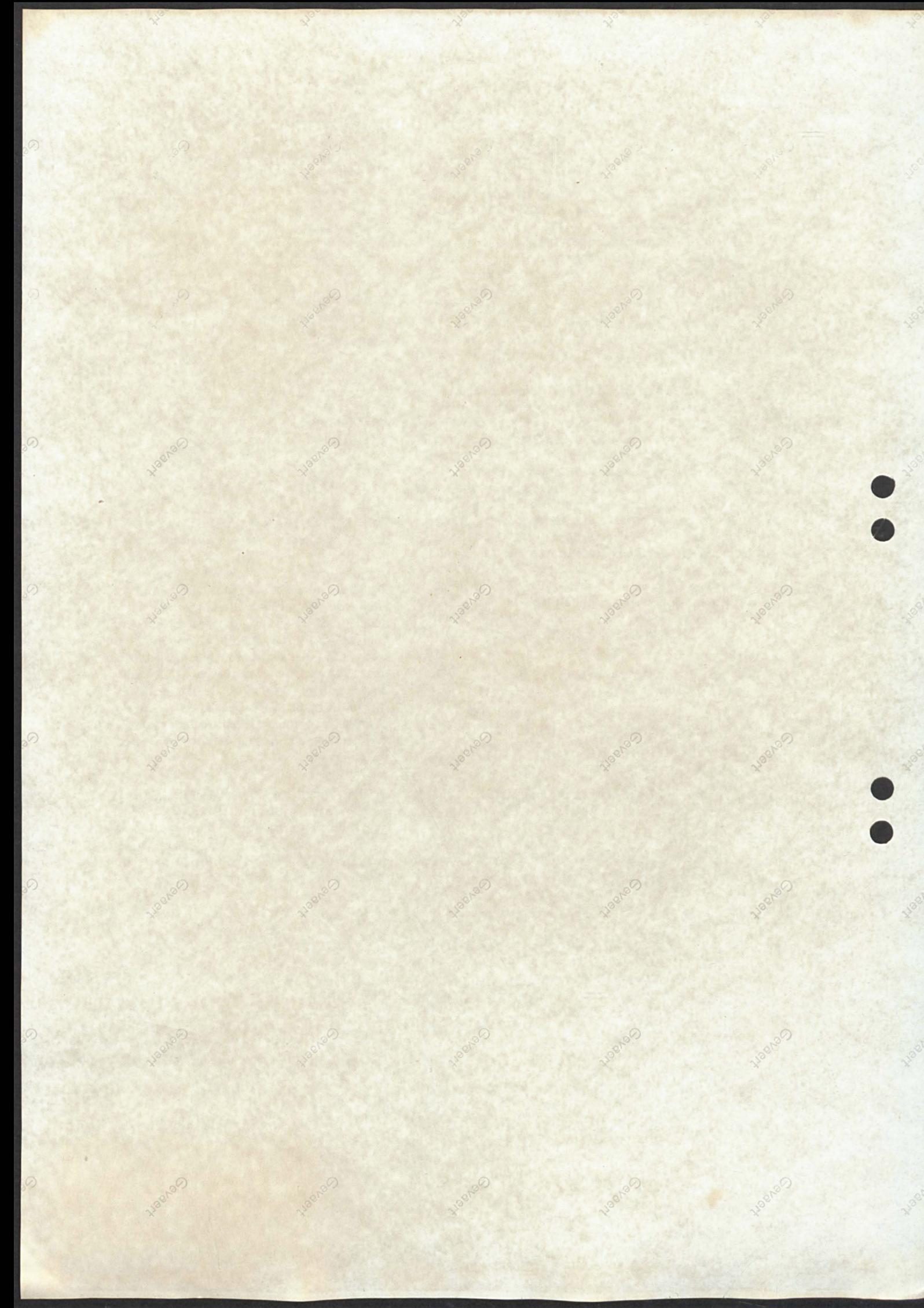
Die Gewinnspanne der hanseatischen Sparkassen hat sich nach dem Betriebsvergleich von 1953 auf 1954 von 1,33 auf 1,50 und nach Ausscheidung der außerordentlichen Aufwendungen und Erträge von 0,92 auf 1,14 erhöht. Die Ertragslage hat sich im ganzen also weiter gebessert, obwohl der Zinsaufwand prozentual zur Bilanzsumme sich von 2,55 auf 2,60, der Zinsertrag sich aber nur von 5,42 auf 5,45 erhöht hat. Auf dem Wege der Anlagepolitik wird sich künftig die Ertragslage in wesentlichem

Umfange nicht mehr günstiger gestalten lassen, da hierfür Voraussetzung wäre, daß die neuen Einlagen in einer ertragswirtschaftlich günstigeren Mischung angelegt werden könnten als die schon vorhandenen. Diese Voraussetzung ist aber kaum gegeben. Ein Unsicherheitsfaktor für die Beurteilung der weiteren Entwicklung liegt auf dem Gebiet der Zinspolitik, wobei zu berücksichtigen ist, daß allgemeine Zinssenkungen den Ertrag voll treffen, den Aufwand weniger, zumal die Einleger durch



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



28

schärfere Dispositionen zugunsten längerfristiger Anlagen sich den bisherigen Zinsnuten zu erhalten suchen, ohne daß den Kreditinstituten auf der Aktivseite eine parallele Bewegung möglich ist.

Die Verbesserung der Ertragslage ist bei den hanseatischen Sparkassen in erster Linie auf die Ausweitung des Geschäftsvolumens, die daraus resultierende bessere Ausnutzung der Betriebskapazitäten und auf betriebsorganisatorische Maßnahmen zurückzuführen.

Die persönlichen und die sächlichen Verwaltungskosten haben sich, wiederum auf die Durchschnittsbilanzsumme bezogen, von 2,08 auf 1,79 und von 0,82 auf 0,76 v. H. ermäßigt. Dabei trat, wie sich im einzelnen aus dem statistischen Anhang zu diesem Bericht ergibt, nochmals die Notwendigkeit einer nicht unerheblichen Vermehrung der Mitarbeitenden Kräfte ein, deren Zahl sich 1954 von 2085 auf 2587 erhöhte. Diese ungewöhnlich starke Zunahme der Zahl der Mitarbeiter steht in engem Zusammenhang mit der Übernahme zusätzlicher Sonderaufgaben, wie der Altsparerentschädigung und der Verwaltung der Hypotheken gewinnabgabe. Die Forderung der Sparkassen, daß der Aufwand für die Erledigung solcher Aufträge,

III. Die Arbeit des Verbandes

1. Konsequente sparkassenpolitische Linie

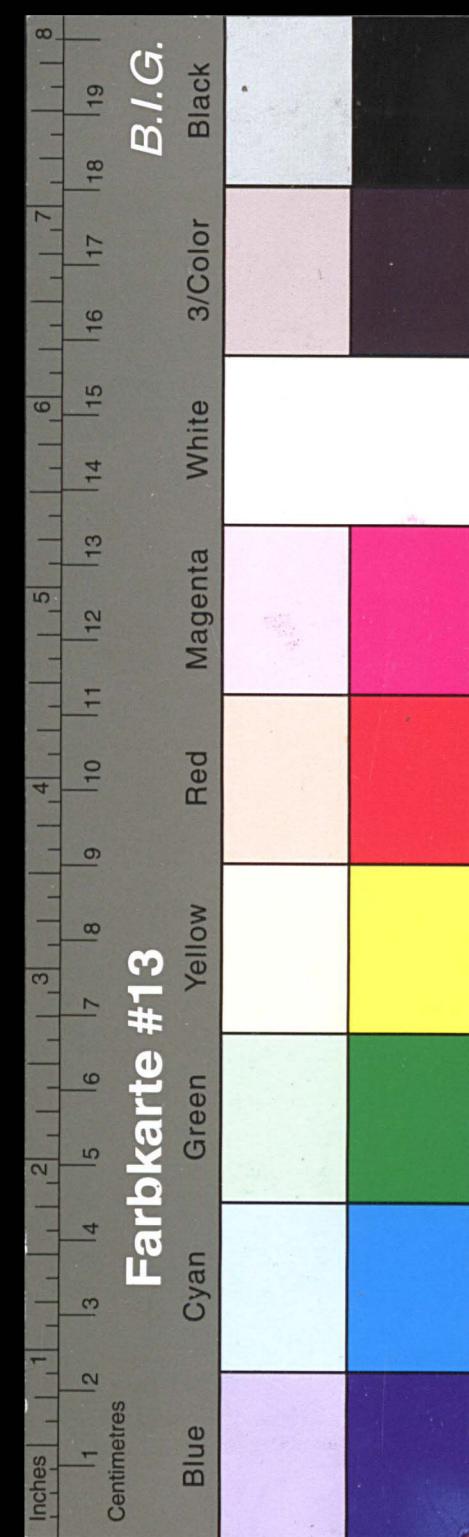
a) **Wahrnehmung der Sparerinteressen**

In einer Periode der Neuorientierung der Kapitalmarktpolitik muß es der Sparkassenorganisation entscheidend um die richtige Würdigung und Wertung der volkswirtschaftlichen Position des Sparsers gehen. Es handelt sich dabei nicht nur um die Interessenvertretung der Millionen Sparer schlechthin, sondern mindestens ebenso um die sorgfältige Pflege der bisher für den Kapitalmarkt in ihrer Breite ergiebigsten Quelle. Durch die Diskussionen der letzten Zeit über das Kontensparen und seine Stellung zu anderen Kapitalbildungsformen ist zwar der Sparprozeß bisher praktisch nicht beeinflußt worden, aber auch in dieser Hinsicht bergen manche zunächst theoretisierenden Betrachtungen über das Kontensparen, obwohl sie weder praktisch noch theoretisch fundiert sind, gewisse Gefahren. Darüber hinaus sind sie als Planungen und Vorstufen von Maßnahmen anzusehen, die für das Kontensparen Schaden stiften können, ohne vollends anderen Kapitalbildungsformen Nutzen zu bringen.

Die Leistungen der Sparer und die Bewährung des Kontensparens in den ungewöhnlich kritischen Jahren nach der Währungsreform beanspruchen Anerkennung und Förderung, nicht aber Minderbewertung und Vernachlässigung. Deshalb hat der Verband im Berichtsjahr wiederholt zu solchen Äußerungen Stellung genommen, die das Kontensparen zu disqualifizieren und dezimieren tradieren.

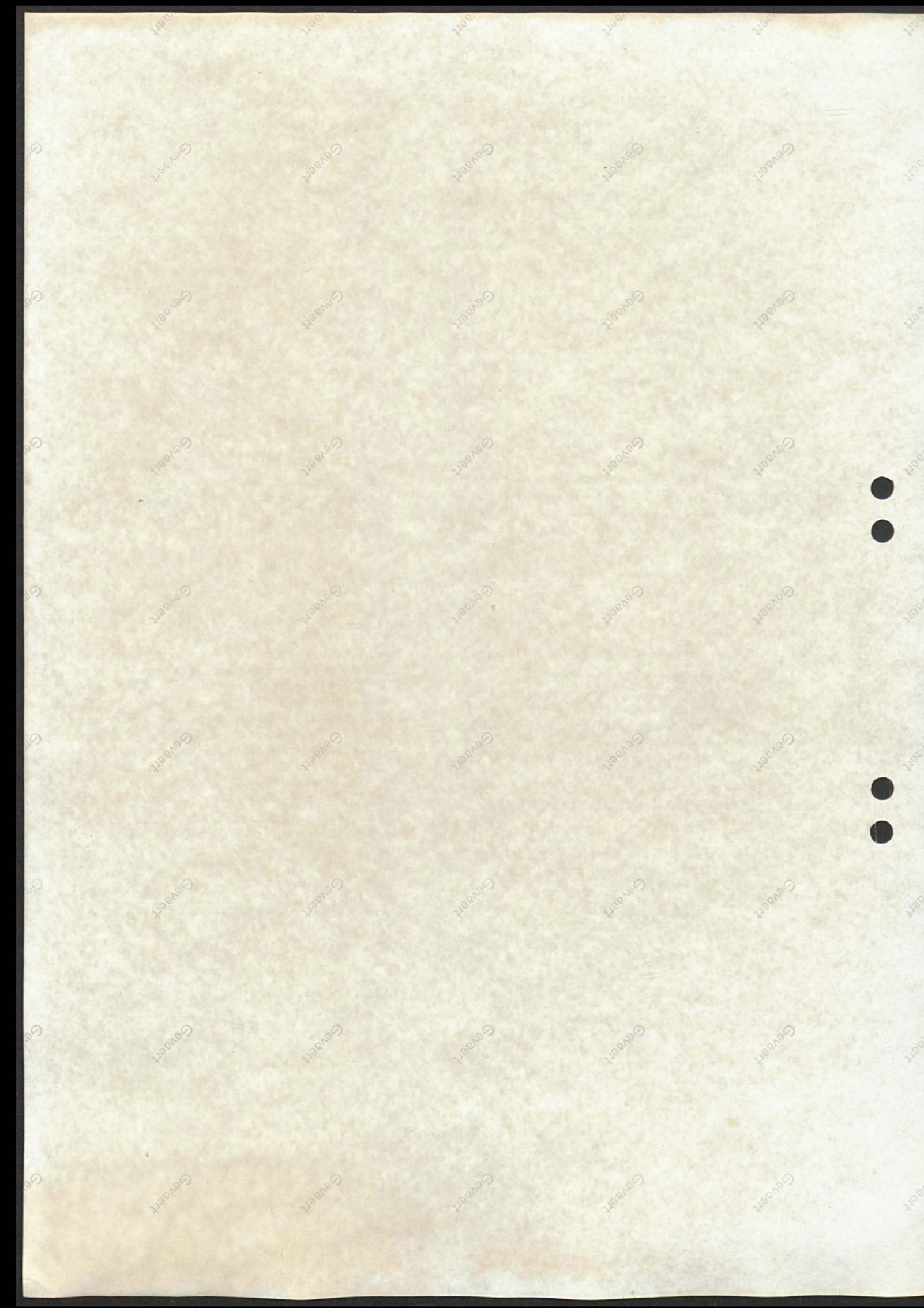
ten. Hierin gehören die immer noch wieder auftauchenden Meinungen über die mindere Qualität des Kontensparens als einer liquiden Kapitalbildungsart, der gegenüber anderen Formen angeblich geeigneter und zweckmäßiger Anlagen darstellen sollen. In der gleichen Richtung laufen die Tendenzen, den Sparverkehr durch Höchstbeträge oder durch die Aussonderung bestimmter Einlegergruppen einzuschränken.

Was die These vom liquiden Sparen anbelangt, so ist sie nicht nur historisch falsch, sondern gerade auch in den letzten Jahren durch die Anlagepolitik der Sparkassen, die in dieser Form bei einem Liquiditätsrisiko der Spareinlagen gar nicht möglich gewesen wäre, aber auch durch die ständige Aufstockung der Sparguthaben, die Bevorzugung längerfristiger Dispositionen und durch die zunehmende Neigung zum Vermögenssparen praktisch widerlegt. Im übrigen ist es problematisch, bei anderen vergleichbaren Kapitalbildungsformen zu unterstellen, daß die Titelbesitzer nicht eine gleiche Liquiditätsneigung haben. Ihre Verwirklichung vollzieht sich lediglich in anderen Bahnen, beeinflußt aber den volkswirtschaftlichen Sparprozeß, da auch hier neue Sparer an die Stelle der bisherigen treten müssen, nicht anders und stellt an die volkswirtschaftliche Gesamtkapitalität, wenn sich die Liquiditätsneigungen massiert realisieren, keine geringeren Anforderungen, als es bei dem Kontensparen der Fall ist.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



29

Ahnlich verhält es sich mit den anderen Forderungen, deren Verwirklichung das Sparkassenwesen und das Kontensparen grundsätzlich um mehr als hundert Jahre zurückwerfen würde. Seitdem sind die Unterhaltung auch größerer Sparguthaben, die schon rentabilitätsmäßig den Ausgleich für die Masse der kleinen Konten bringen müssen, und die Führung von Rücklagefonds öffentlicher Stellen zu einer selbstverständlichen und normalen Erscheinung im Sparverkehr geworden, deren Bedeutung im übrigen auch dann nicht überschätzt werden darf, wenn zeitweise aus den öffentlichen Bereichen mehr Rücklagemittel als sonst Anlage finden. Mit solchen Vorschlägen wird niemand gedient, dem Sparproß im ganzen aber geschadet.

b) Rückwirkungen der neuen Steuerpolitik auf den Sparproß

In das Berichtsjahr fielen die Auseinandersetzungen um den Weg der Steuerpolitik. Nach einer langen Periode der Steuerbegünstigungen für die Kapitalbildung schien nunmehr der Zeitpunkt gekommen zu sein, auf fiskalische Stützen zu verzichten und den Kapitalmarkt sich aus eigener Kraft entfalten zu lassen. Die Steuerpolitik ist damit in einen neuen Abschnitt eingetreten; sie ist, soweit es sich um den Kapitalmarkt handelt, neutralisiert worden. An anderer Stelle wurde schon erwähnt, daß es keine leichte Entscheidung war, auf die bisherigen Steuerbegünstigungen der Spartätigkeit zu verzichten. Im ganzen hat sich aber die Sicht verändert. Heute kommt es nicht mehr darauf an, die Spartätigkeit wieder in Gang zu bringen und das langfristige Sparen durch steuerrechtlich bedingte Bindungen zu schützen. Wichtiger ist, nachdem sich die Spartätigkeit auf breiter Grundlage entfaltet und das langfristige Vermögenssparen wieder viele Freunde gefunden hat, die Sparfähigkeit im ganzen zu verbessern. Bei dieser Schlage mußte die Überlegung, daß allgemeine Tarifsenkungen die Sparkapitalbildung nachhaltiger als Steuerbegünstigungen fördern, entscheidend sein. Von rund 18 Millionen Sparern bei den Sparkassen im Bundesgebiet sind etwa 500 000 steuerbegünstigte Sparer, das sind knapp 3 v.H. Der Anteil ihrer Einlagen an den gesamten Spareinlagen macht allerdings rund 10 v.H. aus. Trotzdem liegt das allgemeine Sparerinteresse offensichtlich mehr bei kräftigen Steuertarifsenkungen als bei Steuerbegünstigungen. Der Verband hat es, da das Fortbestehen der bisherigen Steuerbegünstigungen die generelle Tarifsenkung ausgeschlossen hätte, daher für richtig gehalten, bei voller Anerkennung der Bedeutung des steuerbegünstigten Spars in der bisherigen Form sich für allgemeine Tarifsenkungen auszusprechen.

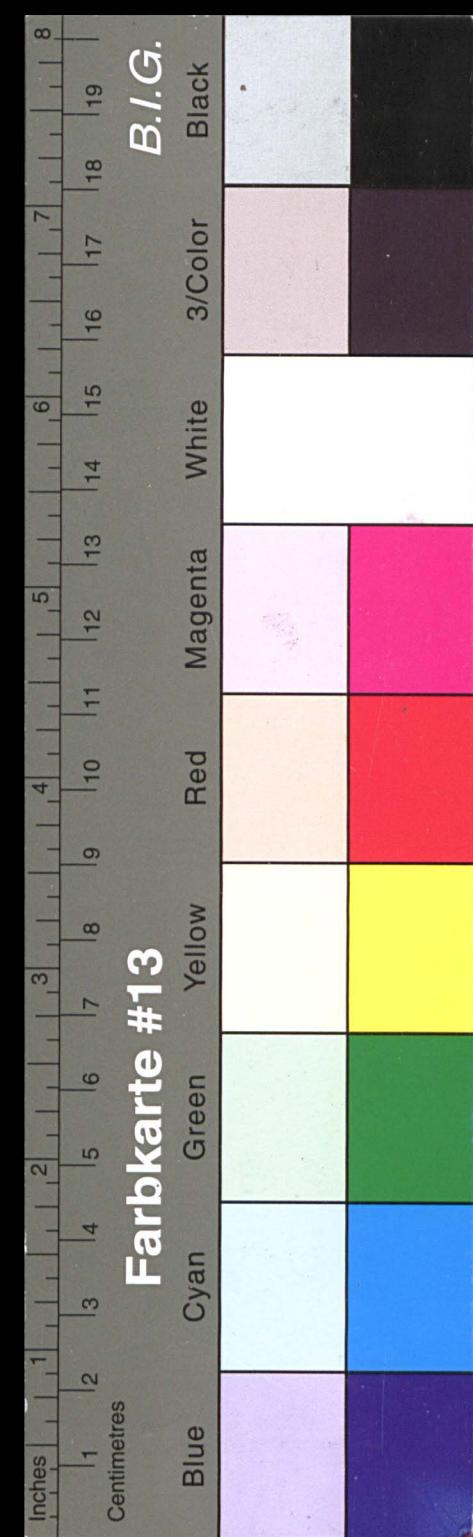
Die Entscheidung wurde dadurch erleichtert, daß einerseits die bisherigen Steuerbegünstigungen für die bis zum 31. 12. 1954 abgeschlossenen Raten-sparverträge weiterlaufen und andererseits das System der steuerbegünstigten Sparverträge nicht vollends beseitigt, sondern umgestellt wurde. Die

steuerbegünstigten Sparverträge neuer Art sind nach Auffassung des Verbandes keinesfalls eine unbrauchbare Konstruktion. Mit ihrem Grundgedanken der Alters- und Familienversorgung liegen sie im Zuge der Zeit und in der Tendenz der allgemeinen Spartätigkeit. Zu der Bindung von sieben oder zehn Jahren sei darauf hingewiesen, daß auch 1948 die dreijährige Bindung vielfach als völlig unrealistisch und unbrauchbar erschien. In Wirklichkeit sind die Dinge aber wesentlich anders geläufig. So besteht die Hoffnung, daß auch die neuen Sparverträge für die Sparkapitalbildung fruchtbar gestaltet werden können. In den freien Berufen und bei den Gewerbetreibenden, aber auch in sonstigen Bevölkerungsschichten wird das Sparen für das Alter und für die Familie Anklang finden, namentlich wenn es gelingt, die richtige Verbindung mit einem Versicherungsschutz zu schaffen.

c) Der Zins wieder regulierender Faktor

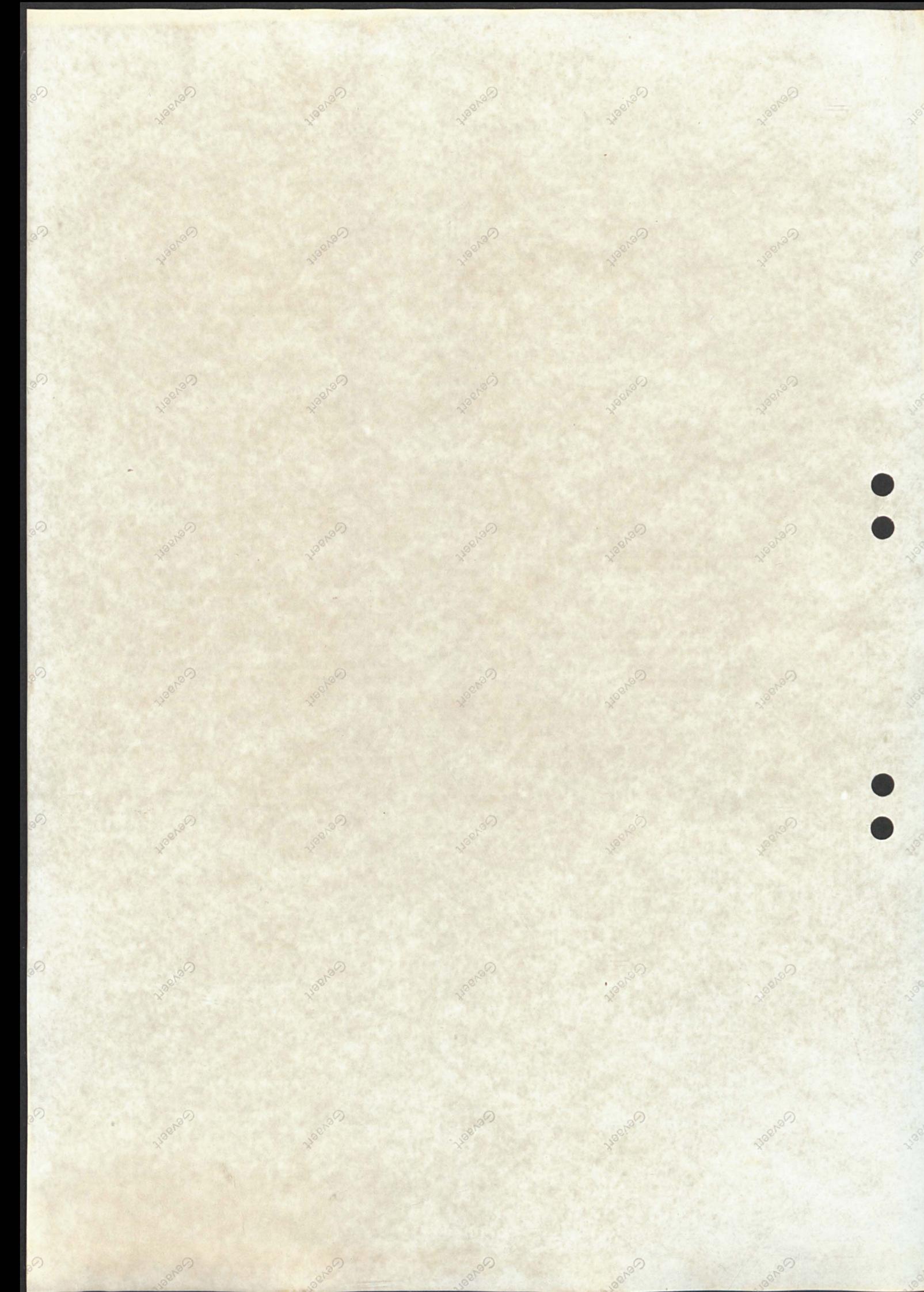
Die zinspolitische Situation hat sich im Berichtsjahr wesentlich gewandelt. Einmal wirkte sich herbei die Neutralisierung der Steuerpolitik aus, zum anderen drängten die immer ungünstiger werdenden Konsequenzen des Kapitalmarktförderungsgesetzes auf eine Änderung. Das Gesetz, das anfangs als eine zweckmäßige Maßnahme bewertet wurde, blockierte allmählich den Wertpapiermarkt, begünstigte einseitig bestimmte Emissionen, versperrte der übrigen Kapitalnachfrage den Zugang zum Markt und hielt letzten Endes das Zinsniveau bei den Wertpapieren künstlich hoch. Ende 1954 ist das Kapitalmarktförderungsgesetz ausgelaufen. Das bedeutet, daß für den Ertrag neuer Wertpapiere nicht mehr ein Steuervorteil, sondern allein der Zinssatz maßgebend ist. Der Zins ist damit wieder zum regulierenden Faktor am Wertpapiermarkt geworden.

Diese Entwicklung, die auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf den Sparverkehr bleiben kann, zeichnete sich bereits in der ersten Hälfte des Berichtsjahrs ab. Bei den Diskussionen um die Spareinzinssätze anlässlich der Diskontsenkung zum 20. 5. 1954 wurde daher von dem Verband geltend gemacht, daß nicht nur die damalige, sondern auch die künftige Kapitalmarktlage in Rechnung gestellt werden müsse, und daß es daher mehr denn je abwegig sei, den Spareinzins von Änderungen des Diskontsatzes abhängig zu machen. Dem kapitalmarktpolitischen Interesse an einem ausreichenden Spareinzins gegenüber dürfte nach Auffassung des Verbandes die Möglichkeit einer Umwandlung von Termingeschäften in Spareinlagen keine ausschlaggebende Bedeutung haben, wobei noch darauf hingewiesen werden konnte, daß die allgemeine Bankpolitik ohnehin einen Abfluß von Termingeschäften in Kapitalmarkttitel für wünschenswert hielte, und daß in dieser Hinsicht die Spareinlagen als gleichwertig mit festverzinslichen Wertpapieren angesehen werden müßten.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

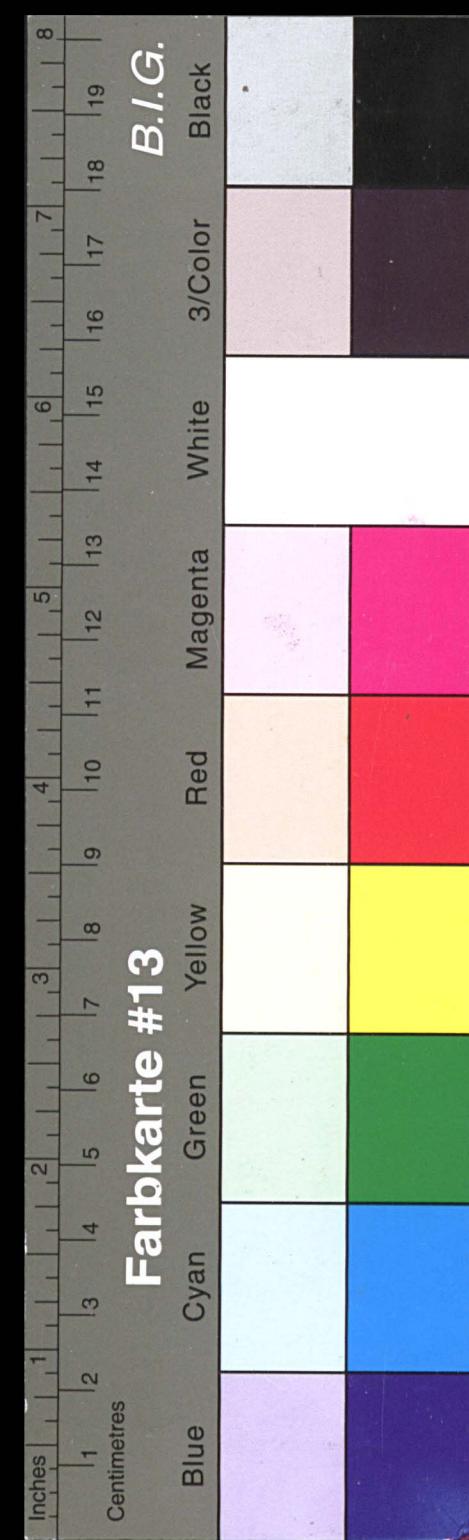


Die gegensätzlichen Meinungen innerhalb des Kreditgewerbes, die bei diesen Diskussionen zutage traten, sind nach Meinung des Verbandes hauptsächlich auf die unterschiedliche Anlagepolitik im Sparverkehr zurückzuführen. Kreditinstitute, die Spareinlagen nicht vorzugsweise langfristig sondern kurzfristig anlegen, sind bei einer Diskontsenkung, die die kurzfristigen Ausleihungen betrifft, daran interessiert, die Spareinlagenzinssätze in die allgemeine Zinssenkung am Geldmarkt einzubeziehen, obwohl die Spareinlagen dem Kapitalmarkt zuzurechnen sind. Sparkassen legen dagegen die Spareinlagen, soweit nicht liquide Mittel unterhalten werden müssen, ausschließlich in langfristigen Aktiven an, für die die Zinssituation des Kapitalmarktes maßgebend ist. Eine Änderung der Lage am Kapitalmarkt war aber bei der Diskontsenkung im vorigen Jahr nicht gegeben. Die schließlich zum 1. 7. 1954 angeordnete Herabsetzung der Zinssätze für Spareinlagen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist um $\frac{1}{4}$ v. H. wurde daher als eine Vorleistung der Sparkassen auf eine vermutete künftige Entspannung des Kapitalmarktes motiviert. Die Problematik der Begründung veranlaßte die Sparkassenorganisation, die dieser Zinsherabsetzung nicht zustimmen konnte, bei den Bankaufsichtsbehörden darauf zu dringen, daß nach etwa einem halben Jahr die Zinssituation unter dem Gesichtspunkt geprüft werden soll, ob die Voraussetzungen für die Ermäßigung der Spareinlagenzinssätze eingetreten sind. — Die gleichzeitig vorgenommene Senkung der Zinssätze für täglich fällige Gelder um $\frac{1}{2}$ v. H. erschien bedenklich, weil bei den jetzt erreichten Zinssätzen von $\frac{1}{2}$ und 1 v. H. für täglich fällige Guthaben in provisionsfreier und provisionspflichtiger Rechnung nur noch ein sehr schwacher Anreiz gegeben wird, Bargeldbestände auf Konten einzuzahlen.

Die Verhältnisse am Wertpapiermarkt lassen sich nach Meinung des Verbandes gegenwärtig, wie schon an anderer Stelle dargelegt wurde, noch nicht übersehen. Es ist zweifelhaft, ob bereits jetzt von einer effektiven Zinssenkungstendenz gesprochen werden kann. Selbst wenn sich aber das Zinsniveau der Wertpapiere vorläufig bei 6 bis $6\frac{1}{2}$ v. H. stabilisieren sollte, bedarf es einer Überprüfung der Zinspolitik im Sparverkehr. Die früher übliche Relation zwischen Wertpapier- und Spareinlagenzinsen sollte wenigstens in der Weise wieder angebahnt werden, daß für Spareinlagen mit längerer Anlegungsdauer als einem Jahr ein attraktiverer Zinssatz geboten wird. Hierfür sprechen auch die Erfahrungen, die in letzter Zeit bei Spareinlagen mit einer Kündigungsvereinbarung von mehr als vier Jahren gewonnen wurden. Diese Einlagen unterliegen nicht den Bindungen der Zinsabkommen. Auf längere Sicht will es ohnehin fraglich erscheinen, ob sich die Zinsreglementierungen für den Sparverkehr aufrecht erhalten lassen, da sich die Spaltung des Kapitalmarktes in einen Markt mit Zinsreglementierung und in einen Markt mit Zinsfreiheit im Laufe der Zeit immer stärker bemerkbar machen wird. Darüber hinaus vertritt der Verband die Meinung, daß der Zinsdirigismus im ganzen einen abbaureichen Anachronismus darstellt.

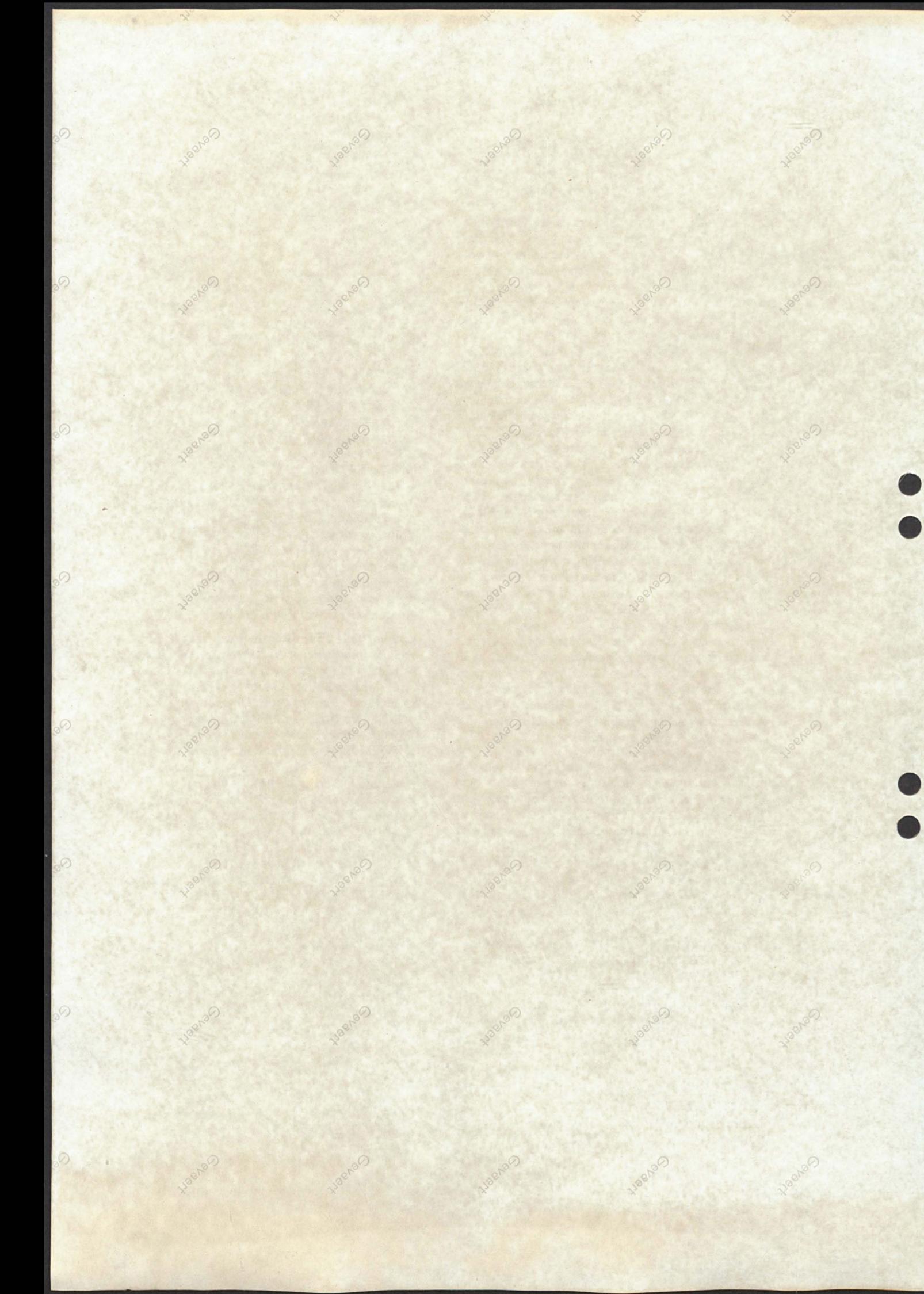
d) **Kontaktpflege zum Sparer**
Nicht nur auf den Gebieten der Steuer- und Zinspolitik, sondern auch sonst war das Berichtsjahr reich an Fragen, die das Interesse der Sparer berühren und damit die Verbandsarbeit angehen. Ein Hauptanliegen des Sparers und eine elementare Voraussetzung für die Spartätigkeit ist die Stabilität der Währung. Die Sparen selbst leisten, je breiter die Spareinlagen fließen, einen um so wirksameren Beitrag zur Währungsintegrität. Mit Recht erwarten sie, daß alles getan wird, um das Vertrauen zur Währung zu erhalten und zu festigen. In dieser Hinsicht unterstützt die Sparkassenorganisation die Bemühungen der Bank deutscher Länder in der Überzeugung, daß die Notenbank nicht nur den Willen, sondern auch die Mittel hat, die bisher bewährte Politik der festen Währung einzuhalten. So lehnt der Verband die Einführung neuer Anlageformen ab, die über das echte Anlagebedürfnis des Publikums hinausgehen und Zweifel an der Währungssituation beinhalten. Handelt es sich dagegen nach ausländischen Vorbildern nur darum, einen Anlagetyp zu schaffen, der eine Risikoverteilung bieten und dem Kapitalbesitzer die Anlagewahl erleichtern soll, so gewinnen solche Erwartungen eine diskutabile Grundlage.

Das Vertrauen zur Sicherheit der Währung könnte von der Sparkassenorganisation nicht dokumentiert werden, wenn nicht durch eine kritische Einstellung und durch ständige Beobachtungen und Untersuchungen die eigene Überzeugung fundiert würde. Die Preis- und Lohnbewegungen im Berichtsjahr sind in ihren etwaigen Auswirkungen auf die Währungslage laufend analysiert worden. Eine Beeinträchtigung der Währung war bei den Lohn erhöhungen nicht zu befürchten, da sie sich im Rahmen des allgemeinen Produktivitätsfortschrittes hielten und den Arbeitnehmern nicht etwa als Ausgleich für Preissteigerungen, sondern als Anteil an der Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität zufielen. Allerdings verband sich mit dieser Entwicklung die Frage, ob nicht durch Preis senkungen derselbe Effekt, aber auf der breiteren Basis der Begünstigung aller Konsumenten erreicht werden könnte. Dagegen sprach unter anderem, daß generelle Preis senkungen den Konjunkturverlauf stören könnten. Die Preisbewegungen des Berichtsjahres haben zu einer nennenswerten Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus nicht geführt. Preiserhöhungen auf einzelnen Gebieten sind durch Preis senkungen in anderen Bereichen im wesentlichen ausgeglichen worden. Unerwünscht war allerdings die zuweilen zu beobachtende Tendenz zur Engpaßbildung. Diese Feststellung gilt namentlich für den Baumarkt. Hier hing die Preisentwicklung mit der seit Jahren zu beobachtenden ständigen Forcierung der Aufträge zusammen. Richtiger erscheint es, nicht von Jahr zu Jahr mit neuen Rekord-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



ziffern aufwarten zu wollen, sondern eine gleichmäßiger und preisgünstigere Wohnungsbaopolitik zu treiben.

Auf der Grundlage einer sicheren Währung konnte der Verband auch im Berichtsjahr den Kontakt mit den Spärem pflegen und die Spartätigkeit aktivieren. Über die Pflege der öffentlichen Meinung wird noch gesondert berichtet. Der Werbung im engeren Sinne diente die Zusammenarbeit mit den Mitgliedssparkassen in grundsätzlichen Fragen und bei besonderen Anlässen, wie etwa zum Weltspartag. Dem hanseatischen Prämienparen, dessen Träger der Verband ist, wurde wieder besondere Aufmerksamkeit und Pflege zuteil; mit der ständig wachsenden Zahl der Prämienparer beansprucht

2. Einzelne Gebiete der Verbandstätigkeit

a) Beiträge zur Entwicklung des Sparkassenrechtes

Weitaus als erste und bis vor kurzem als einzige Sparkasse im Bundesgebiet hatte die Städtische Sparkasse Bremerhaven die für kommunale Sparkassen von der Sparkassenorganisation entworfene und von den Aufsichtsbehörden gebilligte neue Mustersatzung nach dem Typ der Musa A eingeführt. Die seitdem vergangene Zeit war nicht nur eine Periode der Erprobung und Bewährung des neuen Statuts, sondern auch der Vorbereitung weiterer sparkassenrechtlicher Grundlagen für die Städtische Sparkasse Bremerhaven. Dabei ergab sich wiederum Gelegenheit, mit den Organen der örtlichen kommunalen Selbstverwaltung, deren fortschrittliche Aufgeschlossenheit für Sparkassenfragen den Gang der Dinge stark förderte, eng zusammenzuarbeiten. Die Bemühungen um eine Verankerung der neuen Sparkassensatzung in einem Gesetz fanden ihren Abschluß durch das Gesetz über die Neuordnung des Sparkassenrechtes im Gebiet der Stadt Bremerhaven und über die Aufhebung sparkassenrechtlicher Vorschriften vom 22. April 1955, das im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen Nr. 11 vom 3. 5. 1955, Seite 68, verkündet worden ist. Vor dem Abschluß stehen die Vorarbeiten zu dem Erlaß einer Geschäftsanweisung für den Verwaltungsrat und den Vorstand der Sparkasse.

Unabhängig von der Mustersatzung, die hinsichtlich ihrer Kernstücke keine praktische Bedeutung für die freien Sparkassen hat, aber auf Grund des eigenen Satzungsgesetzes, das periodisch eine Revision und Erneuerung der Satzung vorsieht, hat die Neue Sparcasse von 1864 in Hamburg im Berichtsjahr eine neue Satzung angenommen, die von dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg am 3. Dezember 1954 genehmigt wurde. Die geschäfts-politischen Bestimmungen sind grundsätzlich denjenigen der neuen Mustersatzung angenähert worden, tragen dabei aber den individuellen Verhältnissen des Instituts in vollem Maße Rechnung.

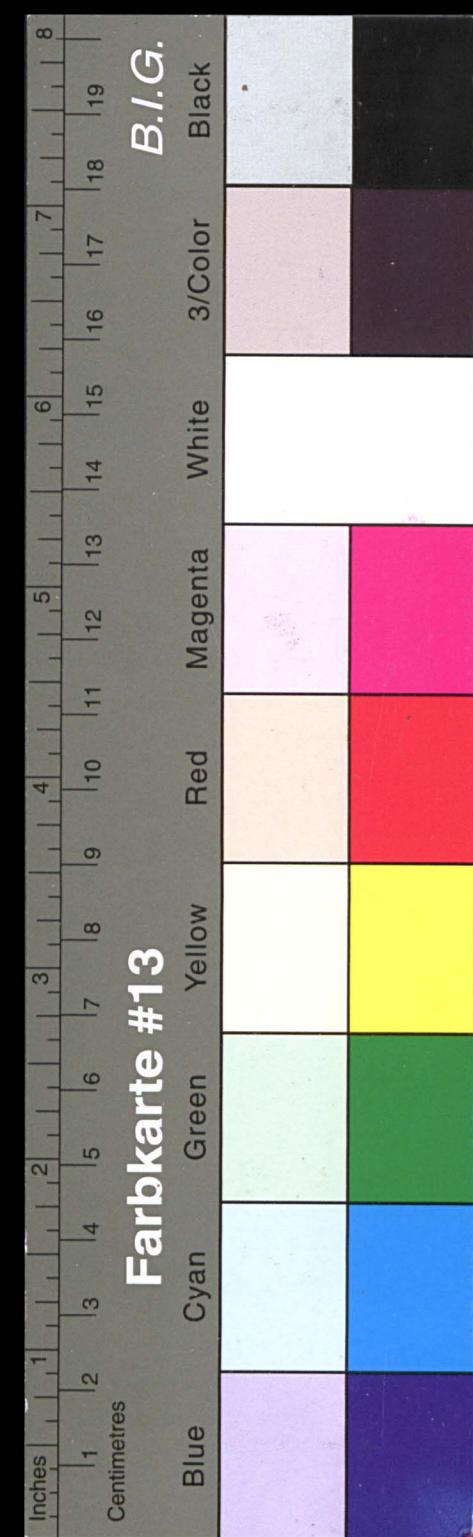
es innerhalb der Verbandsarbeit einen regelmäßigen zunehmenden Raum. Mit dem großen Kreis der Schulspare und den das Schulsparwesen fördernden Pädagogen ergab sich im Berichtsjahr eine weitere und neue Verbindung durch die Teilnahme der Schüler in Hamburg und Bremen am Internationalen Schülerwettbewerb, zu dem von 186 Schulen 1412 Arbeiten eingereicht wurden, nachdem bereits die Schulen selbst eine Auswahl getroffen hatten. Der Förderung der Sparkassenwerbung diente auch die enge Zusammenarbeit des Verbands mit dem Deutschen Sparkassenverlag in Stuttgart, der in den Jahren seit der Währungsreform zu der Wiederaufnahme und Intensivierung der Werbearbeit im Sparkassenwesen der Bundesrepublik einen wesentlichen Beitrag geleistet hat.

b) Klärung der Sparkassenposition

In der allgemeinen bankpolitischen Diskussion, an der sich der Verband in mannigfacher Weise beteiligte, standen 1954 verschiedene Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die zwar noch nicht zum Abschluß, aber doch einer Entscheidung nähergebracht worden sind, zur Erörterung. Hier seien, ohne die Stellungnahme des Verbands näher wiedergeben zu wollen, lediglich einzelne Themen genannt:

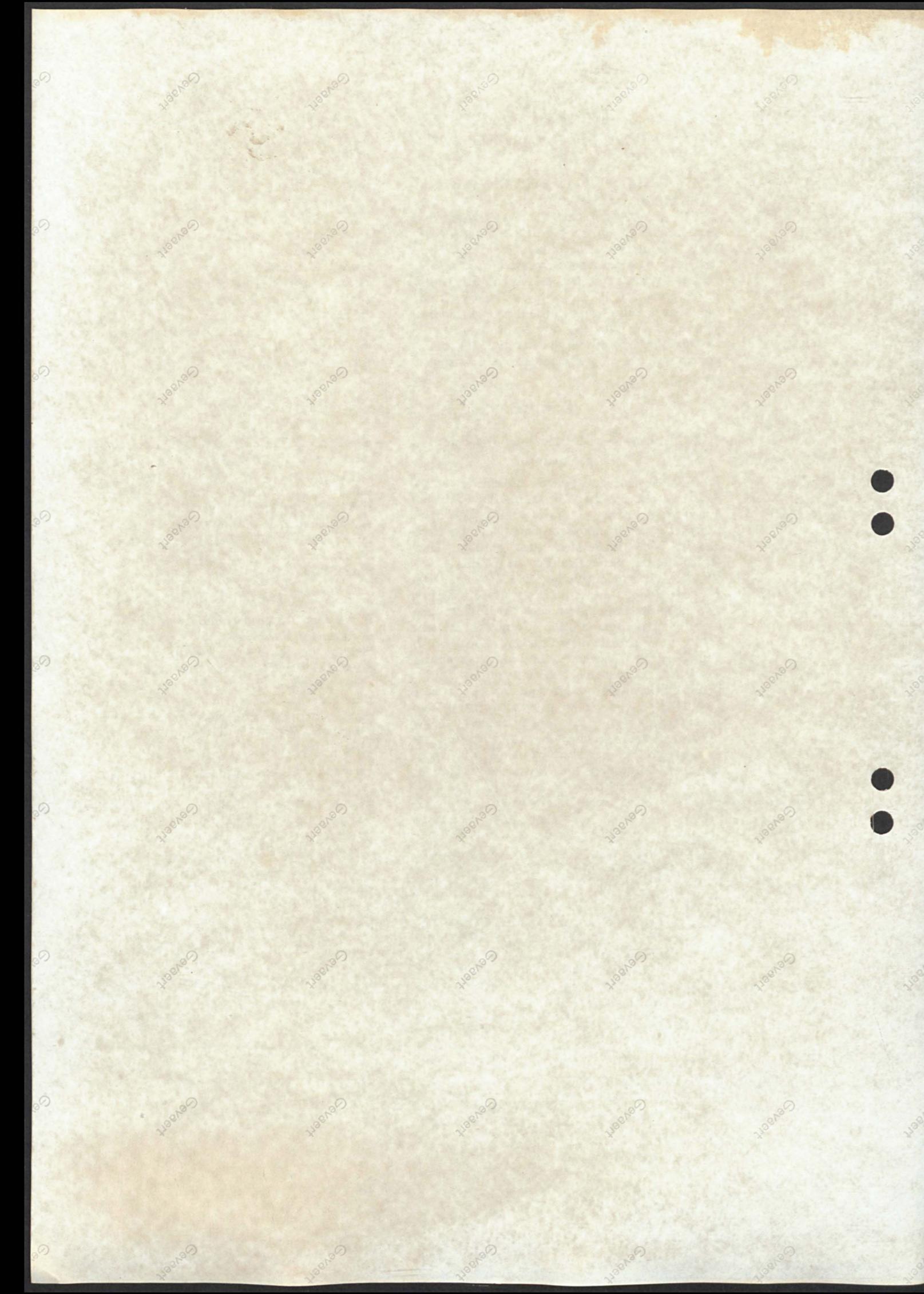
Bei dem Bundesnotenbankgesetz, das das derzeitige Notenbanksystem den veränderten Verhältnissen anpassen soll, geht es für die Sparkassen weniger um das Problem des zentralen oder dezentralen Aufbaues, sondern mehr um einige Fragen von geschäfts-politischer Tragweite. Unter ihnen ist die künftige Mindestreserveshaltung von besonderem Interesse, namentlich soweit es sich um die Mindestreservepflicht für Spareinlagen handelt. Für die Sparkassenorganisation im ganzen geht es weiterhin um die indirekte oder direkte Mindestreserveshaltung, das heißt also, ob der Liquiditätszug wie früher über die Girozentralen laufen soll oder nicht. Auch die Frage des Verhältnisses der Mindestreserven zu den Liquiditätsreserven steht in diesem Zusammenhang zur Erörterung.

Besonderes Interesse beanspruchen die Vorarbeiten zu dem Erlaß eines neuen Kreditwesengesetzes. Das gegenwärtig noch geltende Reichsgesetz über das Kreditwesen, das im Anschluß an die Bankenreform von 1933 erlassen wurde, hat sich in manchen



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



32

Punkten als nicht durchführbar erwiesen und ist daher zu einem guten Teil ein Rahmengesetz geblieben. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß es falsch war, Bestimmungen, die für eine einzelne Gruppe von Kreditinstituten richtig und am Platze sein mögen, auf alle Kreditinstitute anwenden zu wollen. Das deutsche Kreditwesen entzieht sich infolge seiner Vielgliedrigkeit und seiner strukturellen Verschiedenheiten einer gesetzlichen Schematisierung und Uniformierung. Der Verband bemüht sich daher um die allgemeine Akzeptierung seiner Auffassung, daß ein neues Kreditwesengesetz nur insoweit für alle Kreditinstitute allgemeingültige Vorschriften enthalten kann, als ohne Schaden für einzelne Gruppen eine generelle Regelung vertretbar ist. Die sonstigen Fragen müßte das Gesetz abschnittsweise in einer für jede Gruppe des Kreditwesens angemessenen Form lösen. Für die Sparkassen würden beispielsweise Normen für das Eigenkapital wesentlich anders als bei anderen Kreditinstituten zu gestalten sein. In methodischer Hinsicht wäre zu erörtern, ob nicht mit einem Bundesparkassengesetz ein zweckmäßigerer Weg beschritten werden könnte, zumal frühere rechtsrechtliche Sparkassenvorschriften ohnehin durch ein Bundesgesetz zu ändern sind.

Von den Fragen, die den Verband im Berichtsjahr weiterhin beschäftigen, seien hier noch diejenigen der Liquiditätshaltung, der Anlagepolitik, insbesondere der Wohnungsbaufinanzierung und der Ausgleichsforderungen genannt. Die in dem vorjährigen Bericht aufgezeichneten Entwicklungslinien haben sich fortgesetzt. So ist das Liquiditätsproblem als etwaiger Anlaß neuer Liquiditätsbestimmungen infolge der guten Liquiditätshaltung der Sparkassen weniger akut als vordem, zumal auch die Bankaufsichtsbehörden den Komplex zurückgestellt haben. Hinsichtlich der Anlagepolitik war in dem Bericht 1953 darauf hingewiesen worden, daß Überlegungen, die an die frühere Einrichtung der reichsverbürgten 1b-Hypotheken anknüpfen und darauf hinzuweisen, die vermutlich im Laufe der Zeit noch stärker anfallenden Mittel der Sparkassen auch in den nachstelligen Raum einfließen zu lassen, am Platze sind. Hier ist inzwischen durch gesetzliche Regelung in den Ländern Hamburg und Bremen die Grundlage für eine erweiterte Wohnungsbaufinanzierung der Sparkassen geschaffen worden.

Neben der schon länger als Außenhandelsbank tätigen Sparkasse in Bremen sind neuerdings auch die beiden Sparkassen in Hamburg als Außenhandelsbanken zugelassen worden. Bei der Städte-Sparkasse Bremerhaven fällt, dem Platz entsprechend, im Vermittlungsverhältnis ein umfangreiches Sorten- und Devisengeschäft an.

c) Pflege der öffentlichen Meinung

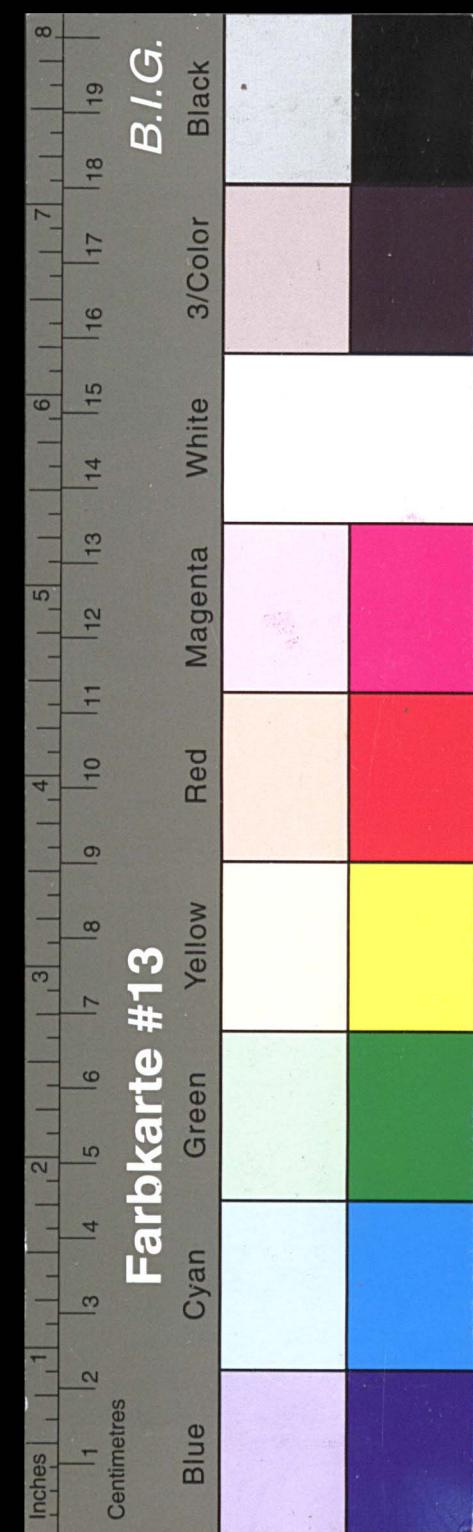
Die volkswirtschaftliche Seite der Sparkapitalbildung, die Funktionen der Sparkassen und ihre Anlagepolitik sind gern gewählte Themen der Publizistik. Die damit zusammenhängenden Fragen der Kapitalmarkt- und Zinspolitik in der Sicht der Sparer und der Sparkassen waren ebenfalls wiederholt Gegenstand öffentlicher Erörterungen. Der Verband hat sich darum bemüht, der Presse mit Material zu allen aktuellen Fragen dieser Art zu dienen. Durch mehrere Pressekonferenzen wurde auch der persönliche Kontakt mit den Fachjournalisten gepflegt. In öffentlichen Kundgebungen, Vorträgen und eigenen Pressebeiträgen konnte die Verbindung mit der Öffentlichkeit unmittelbar vertieft werden. Dem Verband geht es auf diesem Gebiet darum, der öffentlichen Meinung die aktuellen Fragen des Sparkassenwesens näherzubringen, wobei er der Auffassung ist, daß die Sparkassen als öffentliche Einrichtungen und als Treuhänder von Millionen Sparen und sonstigen Kunden in einem Brennpunkt des öffentlichen Lebens und des öffentlichen Interesses stehen.

Umgekehrt sind die Sparkassen an allen Veröffentlichungen sparkassen- und bankpolitischer Art im weitesten Sinne interessiert. Der schnellen und umfassenden Unterrichtung der Mitgliedsparkassen und verschiedener befreundeter Stellen dienen die „Pressestimmen“, die der Verband seit dem Herbst vorigen Jahres täglich herausgibt. In ihnen wird das in den hanseatischen Zeitschriften und in der übrigen Bundespresse, soweit es sich um Zeitungen von überörtlicher Bedeutung handelt, anfallende Material ausgewertet.

3. Tätigkeit als Revisionsverband

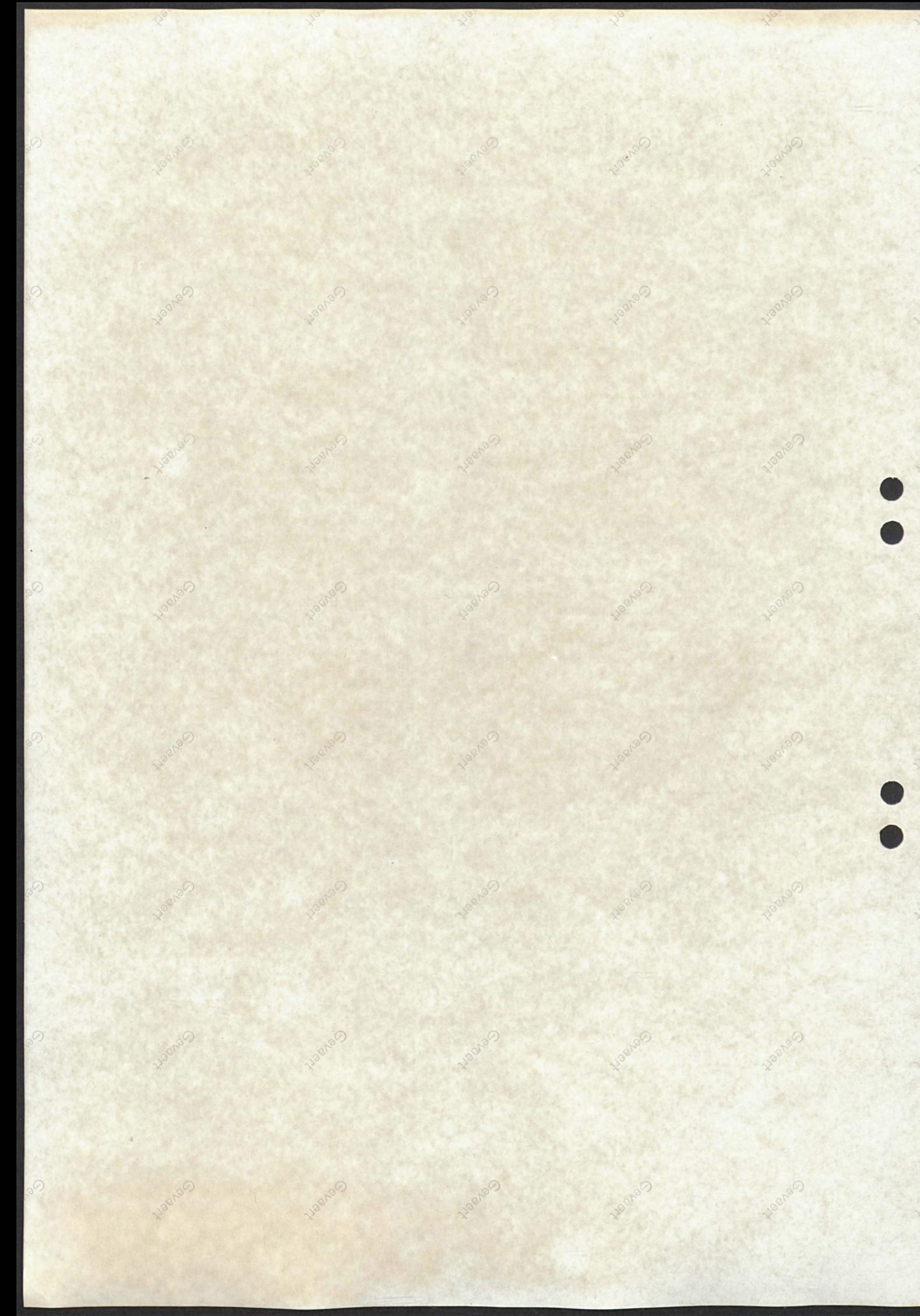
Nach Erledigung der aus dem Jahre 1953 übernommenen, noch nicht beendeten Prüfungsarbeiten (eine Jahresabschlußprüfung 1952, eine Depotprüfung 1953) konnten die laufenden Prüfungen im Berichtsjahre, d. h. also die Jahresabschlußprüfungen 1953 und Depotprüfungen 1954, im wesentlichen termingerecht durchgeführt werden; nur zwei Depotprüfungen wurden erst anfangs des Jahres 1955 vorgenommen.

Die durch § 21 des Altsparergesetzes vorgeschriebene Prüfung der Altsparerentschädigung bedeutet für die Prüfungsstelle eine nicht unerhebliche Ausweitung der ihr bei den Jahresabschlußprüfungen obliegenden Aufgaben. Um bei der Prüfung der



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



33

	1953	1954	1953	1954
	Tage	v. H.	Tage	v. H.
Außendienst	237	246	79	80
Innendienst	16	18	5	6
Fortbildung	6	5	2	2
Krankheit	12	5	4	2
Urlaub	31	29	10	10
	302	303	100	100

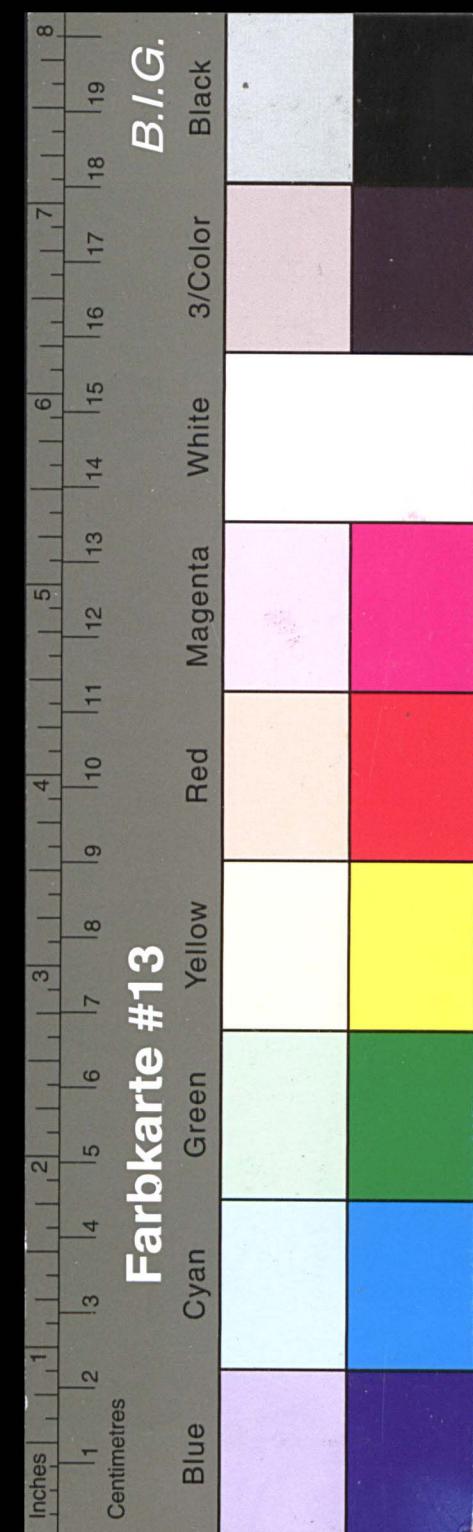
Mit dem sich aus vorstehender Übersicht ergebenden Beschäftigungsgrad ist eine anerkannte Norm erreicht, bei der allerdings Krankheitstage gewisse Schwankungen bringen können. Die Tätigkeit im Innendienst erstreckte sich wie im Vorjahr auf die Mitarbeit am Betriebsvergleich, an der Prüfung von Kreditanzeichen nach dem KWG und an gelegentlichen mit der Prüfungstätigkeit zusammenhängenden besonderen Arbeiten. Der Fort-

4. Hanseatische Sparkassenschule
(Inspektor-Prüfungen) abschließen. Danach wird mit neuen Lehrgängen begonnen werden. Die Hanseatische Sparkassenschule bereitet eine Erweiterung ihres Programms vor. Für die neuen Oberlehrgänge sind Vorbereitungskurse in Aussicht genommen, von denen in Bremen bereits einer läuft. Der Verband hat allgemein die Aufgabe, das Fachbildungswesen zu fördern. Deshalb wird die Hanseatische Sparkassenschule demnächst auch mit Sonderveranstaltungen, wie Vortragsreihen und Tageskursen beginnen. Ebenso berührt die Frage der Lehrlingsausbildung das Programm der Schule. Die Gemeindeverwaltungs- und Sparkassenschulen in Nordwestdeutschland sind in der Leitstelle der nordwestdeutschen Gemeindeverwaltungs- und Sparkassenschulen bei dem Deutschen Städtetag in Köln organisatorisch zusammengefaßt. Die Hanseatische Sparkassenschule ist Mitglied der Leitstelle und erhielt die Anerkennung als Sparkassenfachschule durch die Leitstelle am 17. Mai 1955.

5. Vielfältiges und fruchtbare Verbandsleben

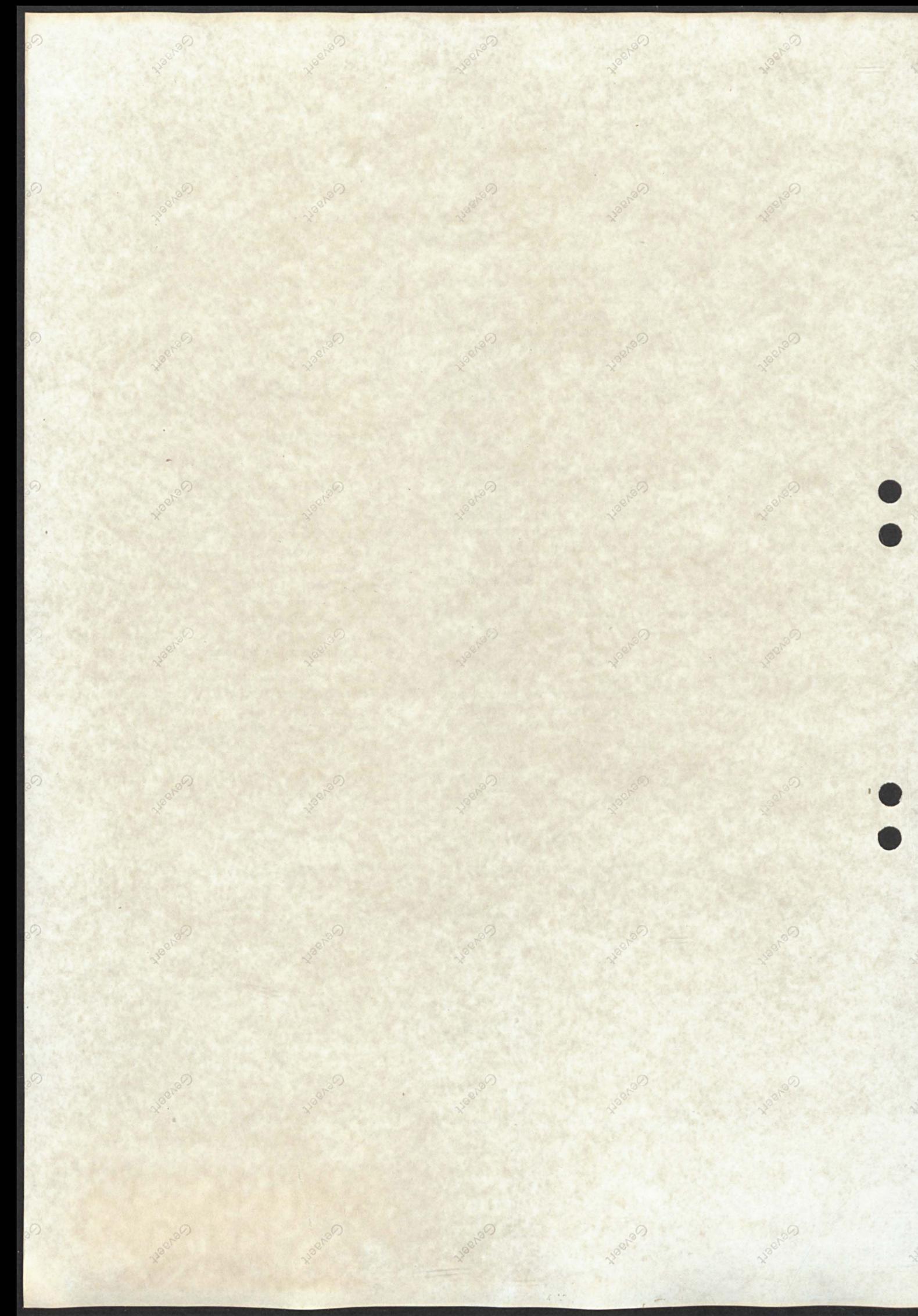
a) **Zusammenfassung in der Verbandsversammlung**
Der Hanseatische Sparkassen- und Giroverband, der der jüngste unter den deutschen Sparkassen- und Giroverbänden ist, bestand am 8. 9. 1954 vier Jahre. Die Errichtung des Verbandes hat sich als gut und richtig erwiesen. Einmal ist dadurch eine Lücke in der gesamten Sparkassenorganisation geschlossen worden, zum anderen konnte die Mitarbeit der großen hanseatischen Sparkassen an der Entwicklung des deutschen Sparkassenwesens durch den Zusammenschluß in einem Verband intensiviert und systematisiert werden. Die Eigenart des Verbandes liegt in der geringen Zahl seiner Mitglieder einerseits und in ihrer großen Finanzkraft andererseits. Die Mitgliederzahl ermöglicht eine

b) **Ergiebige Mitarbeit der Verbandsausschüsse**
Die laufende Arbeit des Verbandes erhält in fachtechnischer Hinsicht durch die Verbandsausschüsse eine gute Unterstützung. Die Arbeitsausschüsse für



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



34

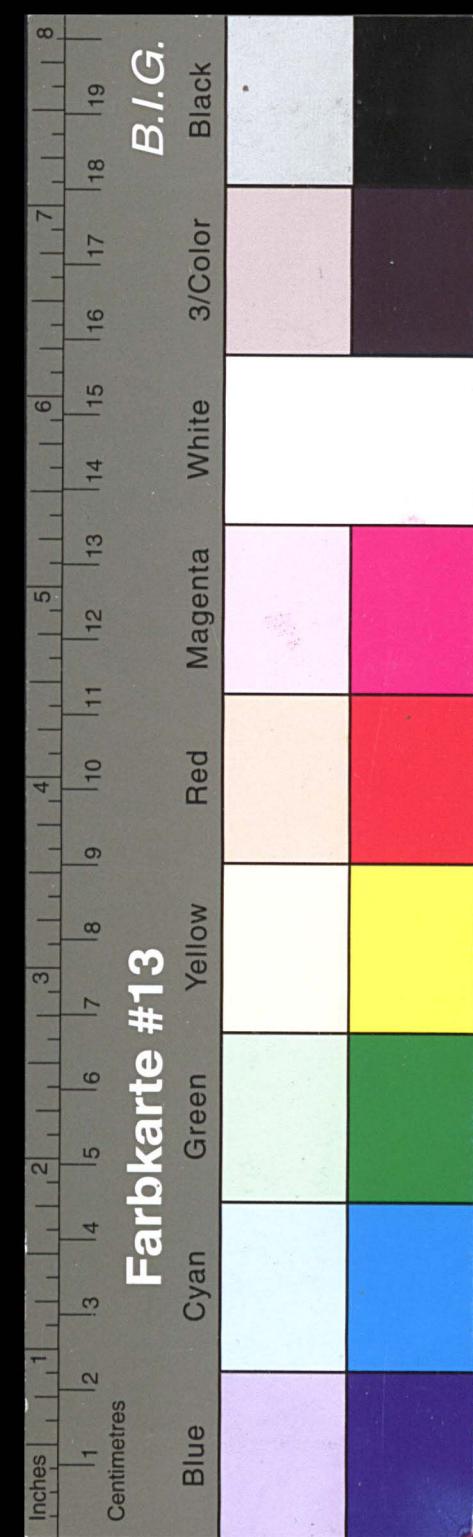
den Realkredit, für das kurz- und mittelfristige Geschäft, für betriebswirtschaftliche Fragen und für Werbefragen befaßten sich mit grundsätzlichen Angelegenheiten ihrer Bereiche und stellten damit der Verbandsversammlung und der Verbandsgeschäftsstelle wertvolles Material zur Verfügung. Für spezielle Fragen, wie etwa die Altsparerentschädigung, wurden Besprechungen mit den Sachbearbeitern der Mitgliedsinstitute veranstaltet. Bilanzierungs- und Steuerfragen wurden mit den Innenrevisoren und den Hauptbuchhaltern der Sparkassen erörtert. Der Schulbeirat der Hanseatischen Sparkassenschule befaßte sich in zwei Sitzungen mit grundsätzlichen Fragen des Fachbildungswesens und mit der Einrichtung und der Durchführung der Lehrgänge.

c) Der Beitrag für die Gesamtorganisation

Der Verband ist in Organen und Ausschüssen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes unmittelbar und mittelbar vertreten. Diese Mitgliedschaften in den Gremien der Spitzenorganisation sind in der Regel zwar persönlicher Art, sind aber den wechselseitigen Beziehungen zwischen der Gesamtorganisation und dem Hanseatischen Sparkassen- und Giroverband in vielfältiger Weise zugute gekommen. Daneben hat der Verband wie bisher besonderen Wert darauf gelegt, durch Mitarbeit an den Problemen der Gesamtorganisation seine Tätigkeit in den Dienst des Ganzen zu stellen. Es bedarf keiner weiteren Erklärung, daß in einer so großen Gruppe, wie derjenigen des Sparkassenwesens, nicht von vornherein alle Meinungen gleichgestimmt sein können. Das Fruchtbare des gesamten Verbandslebens liegt aber vor allem in dem Austausch freier Meinungen. Aus ihnen heraus kristallisiert sich die Stellungnahme der Gesamtorganisation, wobei es selbstverständlich sein muß, daß eine abweichende Meinung zurückzustellen ist, wenn ein genereller Beschuß gefaßt wird. Der Hanseatische Sparkassen- und Giroverband wird weiterhin an den Problemen des deutschen Sparkassenwesens eifrig mitarbeiten.

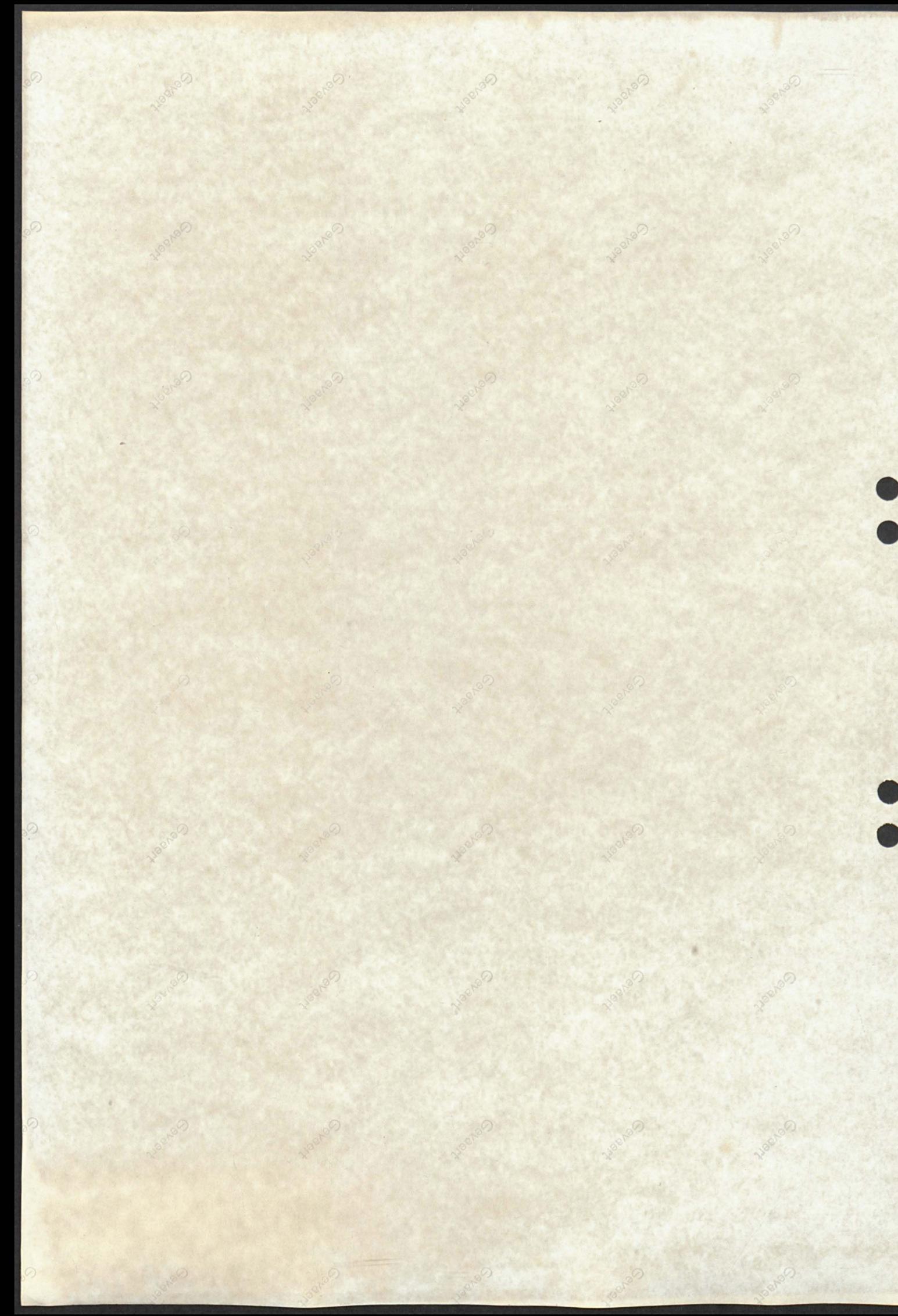
Hamburg, den 9. Juni 1955

Der Verbandsvorsteher
Dr. W. Henze



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

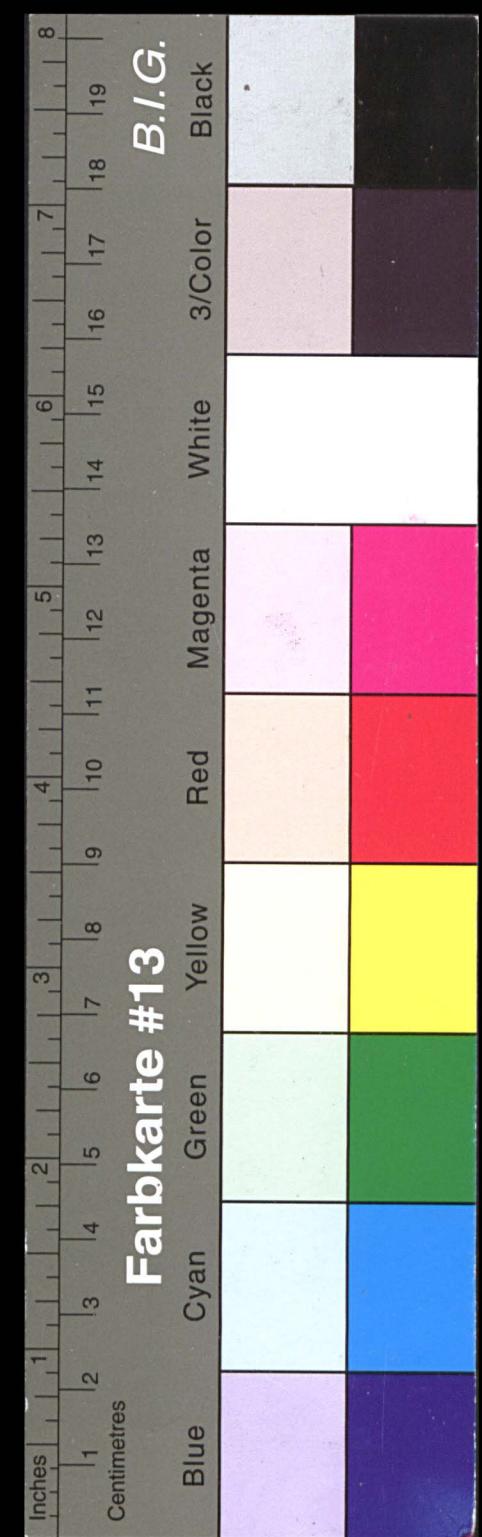


35

IV. Aus der Statistik der hanseatischen Sparkassen

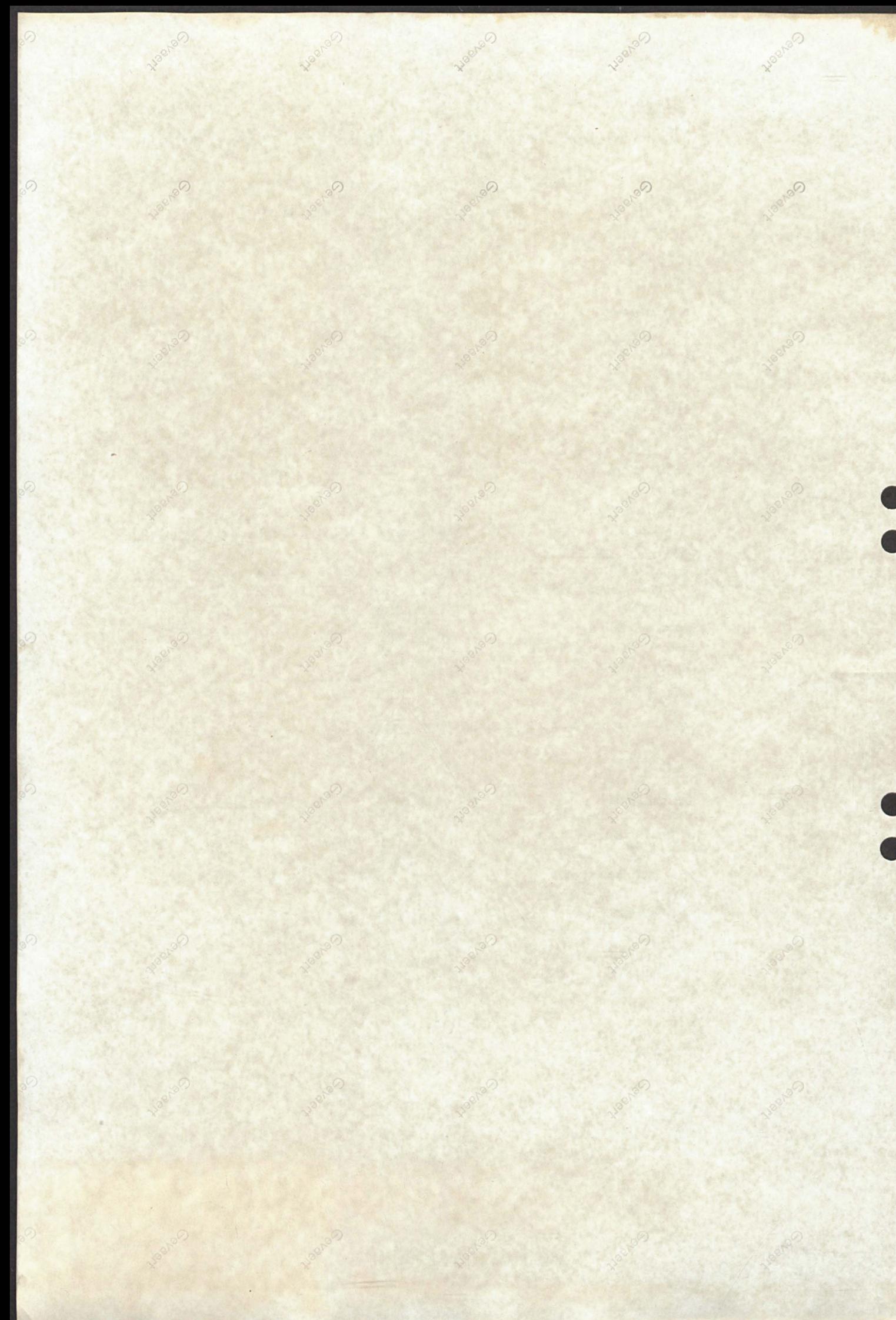
1. Bilanzentwicklung nach den Zwischenausweisen von Ende 1952, 1953 und 1954

	1952 Mill. DM	1953 Mill. DM	1954 Mill. DM	1952 in v. H. der Bilanzsumme	1953 in v. H. der Bilanzsumme	1954 in v. H. der Bilanzsumme
Aktiva						
Kassenbestand	10,1	10,8	12,7	1,6	1,1	1,1
LZB-Guthaben	32,6	58,9	62,6	5,3	6,7	5,2
Nostroguthaben	99,3	139,7	184,1	16,2	15,8	15,3
Schecks	2,6	3,4	2,9	0,4	0,4	0,2
Wechsel	29,9	22,6	28,0	4,9	2,6	2,3
Schatzwechsel	1,0	4,0	4,5	0,2	0,5	0,4
Wertpapiere	17,8	26,4	52,3	2,9	3,0	4,4
Ausgleichsforderungen	121,7	121,8	123,8	19,9	18,8	10,3
Deckungsforderungen	—	0,1	54,1	—	0,0	4,5
Debitoren						
Kreditinstitute	4,3	11,0	19,0	0,7	1,2	1,6
Sonstige	80,8	109,9	134,7	13,2	12,3	11,2
Langfristige Ausleihungen						
gegen Grundpfandrechte	94,4	162,8	257,9	15,4	18,4	21,5
gegen Kommunaldeckung	18,6	22,4	31,2	3,2	2,5	2,6
Sonstige	23,6	83,8	91,5	3,9	9,5	7,6
Durchlaufende Kredite	36,0	63,3	91,0	5,9	7,2	7,5
Grundstücke und Gebäude	19,7	21,8	29,6	3,2	2,5	2,5
Sonstige Aktiva	19,3	21,8	21,8	3,1	2,5	1,8
Summe	611,7	884,5	1 201,7	100,0	100,0	100,0
Passiva						
Spareinlagen	277,4	420,7	646,1	45,3	47,6	53,8
Sicht- und befristete Einlagen						
Kreditinstitute	3,5	12,1	28,9	0,6	1,4	2,4
Sonstige	237,6	317,6	346,3	38,8	35,8	28,8
Nostroverpflichtungen	1,2	0,1	0,1	0,2	0,0	0,0
eigene Akzepte im Umlauf	—	—	—	—	—	—
Aufgenommene langfristige Darlehen . . .	12,2	15,0	16,8	2,0	1,7	1,4
durchlaufende Kredite	36,0	63,3	91,0	5,9	7,2	7,6
Rücklagen nach § 11 KWG	11,8	13,4	19,0	1,9	1,5	1,6
Rückstellungen	23,7	24,0	31,4	3,9	2,7	2,6
Sonstige Passiva	8,3	18,3	22,1	1,4	2,1	1,8
Summe	611,7	884,5	1 201,7	100,0	100,0	100,0
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften . . .	33,5	59,3	90,7			
Indossamentsverbindlichkeiten	—	0,8	—			
Gesamtobligo gegenüber der LZB	6,3	5,0	1,0			
davon aus verkauften Ausgleichsforderungen	6,3	4,2	1,0			



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



36

2. Das Zweigstellennetz von 1951 bis 1954

	Hauptzweigstellen	Nebenzweigstellen	Annahmestellen	Zweigstellen Insgesamt
1951	65	67	38	170
1952	68	70	38	176
1953	70	74	35	179
1954	80	84	35	199

3. Der Mitarbeiterstab von 1951 bis 1954

	Beamte m. w.	Angestellte m. w.	Arbeiter m. w.	Hilfskräfte m. w.	Lehrlinge m. w.	Insgesamt m. w.
1951	25 —	987 427	45 7	9 10	65 53	1131 497
1952	25 —	1055 500	54 7	12 18	62 55	1208 580
1953	35 —	1151 609	66 11	22 51	80 60	1354 731
1954	32 —	1265 797	71 7	44 155	131 85	1543 1044

4. Sparkonten und Spareinlagen

a) Entwicklung der Sparkonten 1952, 1953 und 1954

	1952	1953	1954
Anfangsbestand	830 234	884 134	1 024 469
Konteneröffnungen	116 090	216 797	301 695
Kontenauflösungen	÷ 50 362	÷ 56 605	÷ 138 647
sonstige Veränderungen	÷ 11 828	÷ 19 857	+ 6 800
Endbestand	884 134	1 024 469	1 194 317

davon

	1952	1953	1954
mit gesetzlicher Kündigungsfrist	822 529	948 488	1 096 190
mit vereinbarter Kündigungsfrist			
bis weniger als 12 Monate	24 421	14 054	13 632
von 12 Monaten und mehr	46 353	61 927	84 495

Steuerbegünstigte Sparkonten

	1952	1953	1954
25 746	39 259	49 881	

davon allgemeine Sparverträge

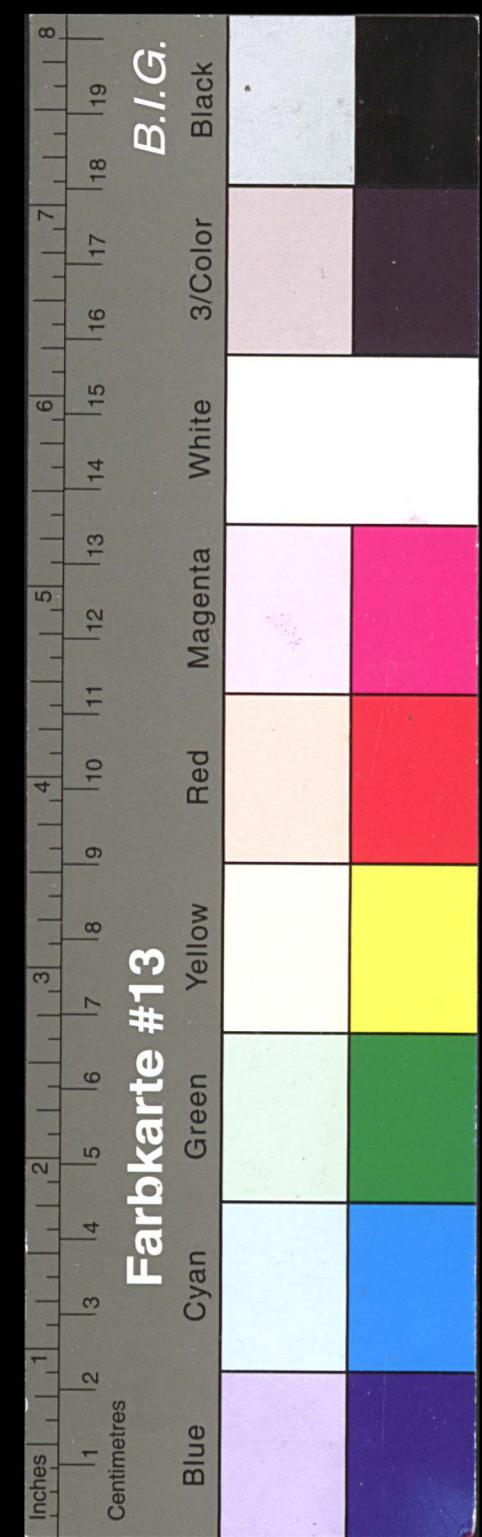
	1952	1953	1954
8 470	16 980	22 459	

Sparverträge mit festgelegten Sparraten

	1952	1953	1954
17 276	22 279	27 422	

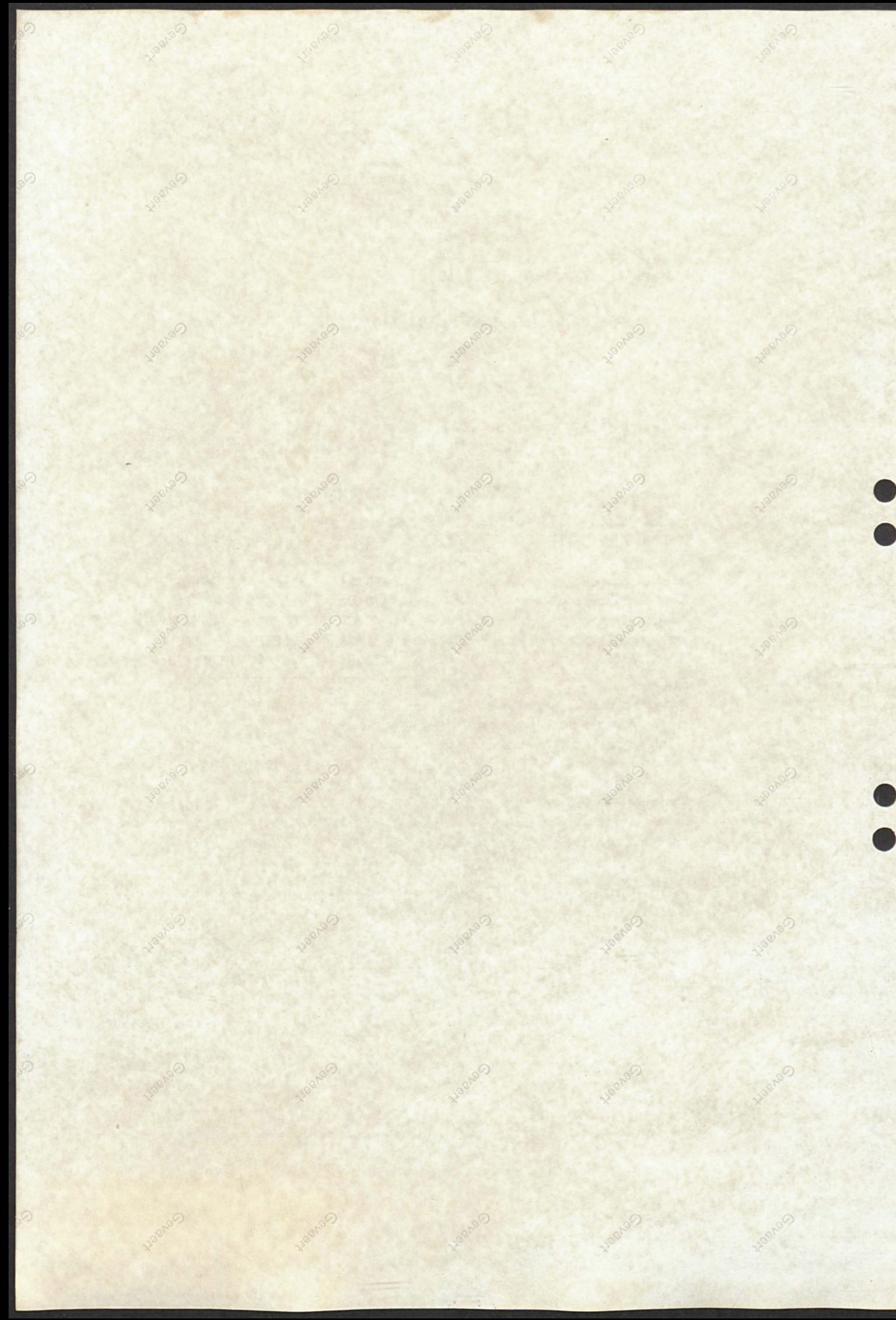
b) Größengliederung der Sparkonten und Spareinlagen Ende 1953 und 1954

Größenklassen in DM	Anzahl der Konten	Betrag in 1000 DM	Anzahl der Konten	Betrag in 1000 DM
bis 100	657 148	22 619	699 868	27 580
über 100 bis 300	134 376	26 564	167 306	34 063
„ 300 „ 1 000	130 014	74 940	173 254	102 058
„ 1 000 „ 3 000	78 457	130 403	112 603	194 386
„ 3 000 „ 5 000	15 168	56 681	24 860	96 694
„ 5 000 „ 10 000	7 233	47 310	12 944	85 673
„ 10 000 „	2 073	62 219	3 482	105 638
insgesamt	1 024 469	420 736	1 194 317	646 092



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



37.

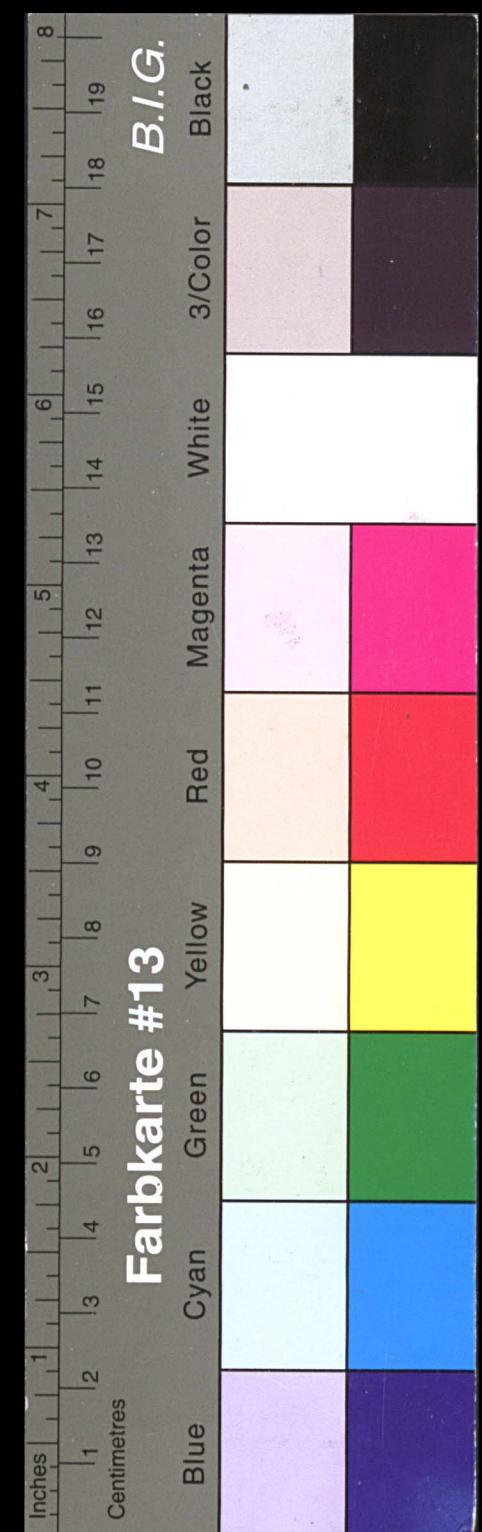
5. Die Kredite Ende 1953 und 1954 nach Arten, Fristen und Kreditnehmergruppen

Zahl der Konten

	Wirtschaft und Private		öffentl.-rechl. Körperschaften		Kreditinstitute		Insgesamt	
	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954
Debitoren	55 912	52 460	8	16	20	34	55 940	52 510
Wechselobligo	5 491	6 453	2	2	52	69	5 545	6 524
Langfristige Ausleihungen gegen Grundpfandrechte	26 072	27 532	1	8	—	—	26 073	27 540
gegen Kommunaldeckung	—	3	26	32	—	—	26	35
Sonstige	438	1 133	21	15	26	45	485	1 193
durchlaufende Kredite	10 118	13 119	—	—	—	—	10 118	13 119
insgesamt	98 031	100 700	58	73	98	148	98 187	100 921

Mill. DM

	Wirtschaft und Private		öffentl.-rechl. Körperschaften		Kreditinstitute		Insgesamt	
	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954
Debitoren	101,5	107,1	8,1	27,7	11,0	19,0	120,6	153,8
Wechselobligo	17,9	25,0	0,0	0,0	4,7	4,2	22,6	29,2
Langfristige Ausleihungen gegen Grundpfandrechte	162,7	257,4	0,0	0,5	—	—	162,7	257,9
gegen Kommunaldeckung	—	1,2	22,4	30,0	—	—	22,4	31,2
Sonstige	12,6	18,9	1,2	0,6	70,0	72,0	83,8	91,5
durchlaufende Kredite	63,3	91,0	—	—	—	—	63,3	91,0
insgesamt	358,0	500,6	31,7	58,8	85,7	95,2	475,4	654,6



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

